

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



6. April 1985
Jg. 6 Nr. 7

G 7756 D Preis:
2,50



CDU-Parteitag: Flexibilisierung
der Frauenarbeit Seite 7



USA 1945-1955: Verschwörung
gegen das Volk – die ersten zehn
Jahre nach Jalta Seite 12



Rentenpolitik: Grüne Alternativen
– Wertschöpfungssteuer Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlags-
gesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Krieg Iran/Irak: Nur eine Krise des Fundamentalismus kann den Krieg beenden 4

CDU-Parteitag: Flexibilisierung der Frauenarbeit 7

"Auschwitzlüge": Allparteienkoalition für Gesetzentwurf? 7

Urteile in Stammheim: Die Vernichtung des inneren Feindes als Staatsgrundsatz 8

Geraer Forderungen der DDR: (III) Die "mitteleuropäische Friedensunion" des Otto Schily ... 10
Dokumentiert: GRÜNE und SPD zur Deutschlandpolitik 10

Auslandsberichterstattung

USA 1945-1955: Verschwörung gegen das Volk – Die ersten zehn Jahre nach Jalta 12

US-Regierung: Lohnkürzung bei Bundesbeschäftigten 16

Lohnkampf Dänemark: Kapitalisten: "Weiterer Fall der Lohnkosten" 16

Mosambik: Harter Kampf ums Überleben 16

Südafrika/Azania: Terrorakte der Regierung 17

Bolivien: Reaktionäre Versuche, das Bündnis von Arbeitern und Bauern zu spalten 17

Internationale Meldungen 18

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 20

NPD-Landesparteitag: Protestaktionen trotz Geheimhaltung/ Die CDU ermöglicht Durchführung 21

Ostermarsch '85 in Kiel: Wichtige Aktionen gegen Faschismus und Reaktion unter rechtem Aufruf 22

8. Mai 1985: Antifaschistisches Bündnis 22

Anzeige

Materialien zu: Klassenverhältnisse im östlichen Europa

Hrsg. Arbeitskreis "Revolution und Konterrevolution im östlichen Europa" der Delegiertenkonferenz des BWK, 18 Seiten, Preis 1,00 DM

Inhalt:

Untersuchung über die Stellung der Frau – Nivellierungs- und Differenzierungsbewegungen in der gesellschaftlichen Reproduktion anhand der CSSR

Doch ein Kampf zwischen werktätigen Klassen – Einige Anmerkungen zur ungarischen Realität

Diskussionsbeitrag zu den Klassenverhältnissen in Jugoslawien
Gesichtspunkte für die Kritik der sowjetischen Außenpolitik

zu beziehen über: GNN-Verlag, Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

ERNST JÜNGER GEEHRT ALS STAATSPHILOSOPH

Mit dem großen Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband erhielt der Schriftsteller Ernst Jünger zu seinem 90. Geburtstag aus der Hand des baden-württembergischen Ministerpräsidenten höchste staatliche Ehren. Der Bundespräsident widmete ihm als "unerschrockenem Einzelkämpfer" ein Glückwunschschreiben. Der Bundeskanzler sandte von Amts wegen ein Glückwunschtelegramm, in dem er sein "herausragendes Werk" würdigt. Jüngers Werke seien Zeugnis einer unabhängigen Persönlichkeit, "die sich nie gescheut hat, auch unbequeme Wege" zu erkunden. Die höchsten staatlichen Würdenträger setzten damit fort, was Wallmann (CDU) mit der Verleihung des Goethe-Preises trotz Protesten vor allem der Grünen begonnen hatte: die Erhebung Jüngers zum Staatsphilosophen. Seinen "privaten" Geburtstagsbesuch gestaltete Bundeskanzler Kohl aus, wie man das von Kaisers oder Hitlers Besuchen erzählt. Mit dem Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes flog er auf dem Dorfsportplatz ein. Die Honorationen traten an mit Schärpen, der Kriegerverein von 1875 mit Fahne, die Schulkinder zum Winken, die Bundeswehr brachte dem Geburtstagskind ein Ständchen, und die Nationalhymne wurde abgespielt.

Jüngers Werk bestand in der geistigen Wegbereitung des Faschismus. Als Führer der "neunationalen Bewegung" arbeitete er in den zwanziger Jahren am Bündnis aller faschistischen Kräfte, schrieb für die Beilage des "Stahlhelm", tauschte mit Hitler die jeweiligen mit Widmung versehenen Werke aus. Was Jünger für die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland, Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, so interessant macht? Er war kein Mitglied der NSDAP. Aber bis heute ver-

breitet er faschistisches Gedankengut, u.a. durch Neuauflage seiner Bücher aus dem Dritten Reich. Er steht zur Verherrlichung des Krieges, propagiert Rassismus, unterstützt das Streben des deutschen Monopolkapitals nach Weltherrschaft. Er kritisiert an den Nationalsozialisten, daß sie aus den Fehlern der Reichsbourgeoisie im Ersten Weltkrieg nicht gelernt hätten, daß sie nicht konsequent genug seine Vorstellungen eines Militärstaates durchsetzten und: "Heute noch kann ich Hitler nicht verzeihen, dieses wunderbare Instrument, das unsere



E. Jünger (vorne links) noch mit Bundesverdienstkreuz ohne Schulterband

Armee war, verschwendet zu haben." (Jünger in Le Monde, 22.3. 1973). Solche Ideen müssen verbreitet werden, sollen Nationalismus, Begeisterung für das "Deutsche" wieder populär gemacht werden. Jünger 1924: "Uns aber leite über alles Niederträchtige hinweg unsere klare und verbindende Idee: das Vaterland, in seinem weitesten Sinn gefaßt. Dafür sind wir alle zu sterben bereit." Jünger 1982: "Mit Hitlers Sudetenland-Politik und dem Anschluß Österreichs bin ich noch heute völlig d'accord (einverstanden, d. Verf.)." – (ulk)

EG "SÜDERWEITERT" – JETZT: ÖSTERREICH?

Die genauen Bedingungen, zu denen die EG am vergangenen Wochenende dem Beitritt Spaniens und Portugals ab 1.1.1986 zugestimmt hat, werden erst bekannt werden, wenn die Abkommen den Parlamenten der EG-Staaten, Spaniens und Portugals zur Ratifizierung zugeleitet sind. Der Beitritt selbst scheint kaum noch zu verhindern. In Spanien und Portugal ist die parlamentarische Opposition gegen den Beitritt zu schwach, um ihn zu verhindern. Nur die portugiesische KP hat sich gegen den EG-Beitritt ausgesprochen. Die EG ändert durch den Beitritt beider Staaten ihren Charakter. Sie wird noch aggressiver. War sie bisher vor allem ein Konsortium imperialistischer Mächte in Westeuropa zur Ausplünderung und Erpressung von schwächeren Staaten außerhalb der EG, so findet beides

nun auch in bedeutendem Umfang innerhalb der EG und mittels EG-Organen statt. Der Ausbau aller Gewaltorgane in der EG, die Schaffung von EG-weit tätigen Polizeiorganen, der Ausbau der militärischen Zusammenarbeit usw. steht für alle Imperialisten in der EG als nächste Aufgabe fest. Auf dem EG-Gipfeltreffen im Juni soll über "Fortschritte zur politischen Union" und militärische Zusammenarbeit beraten werden. Von Seiten der BRD wird noch auf ein weiteres Ziel gedrängt. E. Lintner, deutschlandpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, forderte in "Bild" am 1.4.: "Die EG muß sich nach Osten öffnen." Assoziierungsabkommen mit Polen, der CSSR, Ungarn, Bulgarien, Jugoslawien und der Sowjetunion müßten angestrebt werden. So bringt man die "Ostexpansion" der EG in die öffentliche Debatte und meint: den Anschluß Österreichs! Immerhin ein Ziel, das einen klaren Verstoß gegen den österreichischen Staatsvertrag und damit gegen den letzten geltenden Friedensvertrag in Mitteleuropa bedeutet. Wann folgen die nächsten auf Lintners Spuren?— (rül)

NATO: 134 RAKETEN STATIONIERT

134 Mittelstreckenraketen hat die NATO seit Beginn der Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II in Westeuropa stationiert. Das teilte NATO-Generalsekretär Carrington am 28. März nach einer Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO mit. Bereits zum Jahresende 1984 waren in Italien, Großbritannien und der BRD 118 Raketen in Stellung gebracht. Am 15. März stimmte dann die belgische Regierung der Stationierung zu, 16 Raketen wurden noch am gleichen Tag stationiert. Insgesamt sollen nach dem NATO-Doppelbeschluß 108 Pershing-II-Raketen und 464 Cruise

Missiles stationiert werden. Nur die niederländische Regierung hat noch nicht über die Stationierung entschieden. In ihrem Kommuniqué bekräftigten die NATO-Verteidigungsminister ihre Absicht, "die Stationierung von Mittelstreckenraketen größerer Reichweite (LRINF) wie geplant fortzusetzen". Außerdem berieten die Verteidigungsminister über die US-Pläne für Weltraumwaffen. Im Kommuniqué wird dazu Zustimmung vermerkt. Wörtlich heißt es: "Wir haben die umfassenden Konsultationen über die politischen und strategischen Implikationen der amerikanischen strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) fortgesetzt. Diese ist darauf ausgerichtet, festzustellen, ob neuere technologische Fortschritte die Aussicht auf eine bedeutend effektivere Verteidigung gegen ballistische Raketen bieten könnten. Wir unterstützen das amerikanische Programm zur Erforschung dieser Technologien, deren Ziel es ist, Stabilität und Abschreckung bei reduziertem Umfang offensiver Nuklearstreitkräfte zu stärken. Diese Forschung, die in Übereinstimmung mit dem ABM-Vertrag durchgeführt wird, liegt im Sicherheitsinteresse der NATO und sollte fortgesetzt werden." In der BRD drängen insbesondere CDU und CSU auf eine rasche Beteiligung der BRD an dem Weltraumwaffenprojekt. Dregger, Späth und Todenhöfer forderten am Wochenende eine Zustimmung der Bundesregierung. Die BRD-Imperialisten hoffen, durch eine Beteiligung an diesem Programm ihre Entscheidungsrechte über den Einsatz atomarer Waffen in der NATO neuerlich ausweiten zu können. Verteidigungsminister Wörner forderte auf einer Konferenz in Texas "politische Mitspracherechte" für die BRD sowohl bei dem Forschungsprogramm wie bei der Einsatzplanung der neuen Waffen.— (rül)



Auf dem 14. Deutschen Bankentag Ende März forderte der Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, Hanns-Christian Schroeder-Hohenwarth (im Bild rechts), eine "Senkung der Steuerlast" und "rigorosen Abbau der Subventionen". Finanzminister Stolzberg (links) sicherte den Bankern zu, in der nächsten Legislaturperiode werde entweder die Besteuerung des Betriebsvermögens völlig abgeschafft oder alternativ die Körperschaftssteuer gesenkt.— (alk)

Signalbau Huber: Betriebsrat gegen Überstundenarbeit..... 23

BMW-Betriebsratswahl: Auseinandersetzung geht weiter 23

Faschistische Schülerpresse: Entwickelte Zusammenarbeit von Faschisten und Konservativen an den Gymnasien..... 24

Arbeitslosigkeit: Minimalprogramm gegen Armut..... 25

Krankenhäuser: Wirtschaftlichkeitsprüfung beendet 25

Ausländerausschuß Stuttgart: Interview mit Vertretern des Ausländerausschusses zu ihrer Arbeit..... 26
Anträge und Anfragen zum Aufenthaltsrecht..... 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung..... 28

Daimler-Benz Teststrecke: Bundesverwaltungsgericht gibt Teststrecke Boxberg zum Bau frei 29

Kultur und Wissenschaft— Diskussionsbeiträge

Kino- und Fernsehfilme:

"Schreiendes Land"..... 30
"Metropolis"..... 30
"Morenga"..... 30
"Der Schneemann"..... 31

Arbeitswissenschaft: REFAS Wunderhorn — Taylorismus im aktuellen Gewand..... 31

Rentenpolitik: Grüne Alternativen (I)— Die Wertschöpfungssteuer 32

Spezialberichte

Landtagswahlen NRW: CDU und FDP wollen es wissen: Gelingt ihnen eine Mobilisierung für reaktionäre Politik in NRW?..... 34
Auszüge aus dem Landtagswahlprogramm der CDU..... 35
SPD-Kongreß Arbeit und Umwelt . 36
Erleidet die grüne Parteibildung einen Rückschlag?..... 37

Titelbild: Arbeiter in Azania, Foto

Iran

NUR EINE KRISE DES FUNDAMENTALISMUS KANN DEN KRIEG BEENDEN

In den letzten Tagen hat die irakische Luftwaffe erneut die iranische Hauptstadt Teheran bombardiert. Der Krieg, der jahrelang hauptsächlich auf das schwierige Terrain am Tigris, an den Grenzen zwischen Iran und Irak konzentriert war, erfaßt immer mehr das Hinterland. Wenn es das Ziel der Bombenangriffe sein sollte, die iranische Regierung zu Waffenstillstands- oder gar Friedensverhandlungen zu zwingen, dann werden die Bombardements der überlegenen irakischen Luftwaffe ihr Ziel wahrscheinlich verfehlen. Vielmehr mehren sich im Iran die Stimmen in der herrschenden Klasse, die die totale Mobilisierung der Kräfte des Landes gegen den Irak verlangen und zur Großoffensive aufrufen. Der Iman Khomeini und in einer ähnlich lautenden Stellungnahme auch der Parlamentspräsident der Islamischen Republik, Rafsanjani, erklärten dazu allerdings zunächst noch beschwichtigend, daß der entscheidende Gegenschlag zur angemessenen Zeit ausgeführt werde.

Erklärtes Kriegsziel der islamischen Republik Iran ist der Sturz der irakischen Regierung Saddam Husseins und die Errichtung einer islamischen Republik nach iranischem Muster auf irakischem Boden. Diese Kriegsziele sind – anders als die Frage der umkämpften Territorien – nicht verhandlungsfähig. Das iranische Regime und die hinter ihm stehenden Klassen verfolgen diese Ziele in der Tradition des Schahregimes, das seinen Vorherrschaftsanspruch über die Golfregion durchsetzen wollte. Was

die Gründe der iranischen Kriegsführung so undurchsichtig macht, ist die ideologische Verkleidung der politischen und ökonomischen Kriegsziele mit dem Mantel des islamischen Fundamentalismus. Damit ist es bislang jedenfalls dem iranischen Regime gelungen, eine Massenmobilisierung für diesen Krieg zu erreichen. Andererseits: Erst wenn der islamische Fundamentalismus für die iranischen Volksmassen seine Untauglichkeit bewiesen hat, ihre Lage zu bessern, das Land zu entwickeln und dauerhaft gegen den Imperialismus zu schützen, bestehen Aussichten, daß die Massen im Iran eine Weiterführung des Krieges verhindern können.

Von den Ideologen der islamischen



Nach einem irakischen Bombenangriff auf Teheran: Der Terror der kriegsführenden Regimes gegen die Zivilbevölkerung zeugt vom Klassencharakter des Krieges.

Revolution im Iran wird der islamische Fundamentalismus nicht nur im Gegensatz zu dem "materialistischen" Kapitalismus und Marxismus definiert, sondern vor allem auch gegenüber Konzepten des arabischen Nationalismus, für den Politiker wie der frühere ägyptische Präsident Nasser oder auch die irakische Staatspartei Baath stehen. Typisch der Vorwurf Khomeinis gegen Saddam Hussein, für die Baath-Partei sei es "besser, Araber zu sein als Muslim".

Das Konzept des arabischen Nationalismus zielte darauf, eine selbständige Entwicklung, gestützt auf die jeweilige nationale Bourgeoisie und vor allem über den Staat, einzuleiten; die Idee der arabischen Nation sollte alle Klassen gegenüber Imperialismus und Kompradoren einen. Das Scheitern des arabischen Nationalismus – am Beispiel Ägyptens, das sich dem Imperialismus wieder öffnen mußte, oder auch am Zustand der arabischen Nation gemessen – hat in allen islamischen Ländern zu einem Erstarren islamisch-fundamentalistischer Strömungen geführt, die den Islam und die Herstellung einer politischen Ordnung im Sinne des Koran als Waffe gegen den Imperialismus begreifen. So erklärte 1979 der damalige iranische Außenminister Yazdi: "Die Ägypter haben sich erst dem Westen, dann dem Osten und dann dem arabischen Nationalismus zugewandt, ohne eine Antwort auf ihre Probleme zu finden ... Nun stellen wir in Ägypten eine vorwärtstrebende islamische ideologische Revolution fest, und sie erhält

BRD-AUSLANDSKAPITAL

1983: 123 MRD. DM

1983 besaßen BRD-Kapitalisten im Ausland 13811 Unternehmen, beuteten 1,619 Mio. Lohnabhängige im Ausland aus und erzielten Umsätze von 436,7 Mrd. DM. Das Grundkapital dieser Unternehmen betrug 123 Mrd. DM. Diese Angaben hat jetzt die Bundesbank veröffentlicht. Schwerpunkte westdeutscher Kapitalanlagen waren die EG und die USA. In der EG hatten die BRD-Kapitalisten 34,6 Mrd. DM angelegt und beuteten 417000 Lohnabhängige aus. In den USA mehrten 343000 Lohnabhängige den Reichtum westdeutscher Kapitalisten. Auch in den Staaten der Dritten Welt sind die BRD-Kapitalanlagen weiter gestiegen, bevorzugt dort, wo eine Kolonialherrschaft höchste Profite garantierte und wo terroristische Regierungen die Arbeiter brutaler Unterdrückung unterwarfen. So beuteten westdeut-

sche Kapitalisten Ende 1983 50000 Lohnabhängige in 304 westdeutschen Unternehmen in Südafrika aus. In der Türkei mehrten 11000 Lohnabhängige in 29 Unternehmen den Reichtum der BRD-Kapitalisten, die BRD-Kapitalanlagen stiegen auf 273 Mio. DM, doppelt so viel wie vor dem Militärputsch. – (rül)

BUNDESBANK: REKORDGEWINN

1985 wird die Bundesbank den höchsten Reingewinn ihrer Geschichte erzielen. Das meldete am 28.3. das "Institut der deutschen Wirtschaft". Die Bundesbank rechnet laut IdW 1985 mit einem Reingewinn von 12,5 Mrd. DM, der noch im Sommer an die Bundesregierung überwiesen werden soll. Der größte Teil dieser Gewinne sind Zinsen auf Dollar-Schuldpapiere, die die Bundesbank in den vergangenen Jahren in den USA und anderen Ländern gekauft hat und mit denen die BRD ih-

re Stellung als weltweite Gläubigermacht ausgebaut hat. 1981 bis 1984 konnte die Bundesregierung 35,2 Mrd. DM Bundesbankgewinne einstreichen und an die Kapitalisten in Form von Steuersenkungen weitergeben. 1985 bis 1988 rechnet Stoltenberg mit weiteren 33,5 Mrd. DM. Damit will er die Steuerreform finanzieren. So verbindet Stoltenberg die Steuerentlastung für Leute in höheren Gehaltszonen mit den Gläubigergeschäften der BRD. – (rül)

DRESDNER BANK-ANLEIHE FÜR SÜDAFRIKA

Ein Bankenconsortium unter Führung der Dresdner Bank legt für ESCOM (Electricity Supply Commission), die staatliche südafrikanische Energieversorgungsgesellschaft, eine Anleihe von 150 Mio. DM auf. ESCOM ist eine wichtige Stütze der Rüstungsindustrie des Siedlerregimes. Die Anti-Apartheid-Bewegung in den USA führt eine



Nach einem iranischen Angriff auf irakische Stellungen. — Die iranischen Volksmassen müssen einen hohen Preis dafür zahlen, daß die iranischen Bourgeois unter der Flagge des Islamismus expansionistische Ziele verfolgen.

einen starken Impuls von unserem Erfolg."

Im Iran leistete der Fundamentalismus seine Funktion als Abgrenzungs-ideologie gegenüber dem Imperialismus und dessen Kompradoren, der Schah-Familie und den anderen großen Clans, die das Land ausplünderten. Gleichzeitig diente der Fundamentalismus der Abgrenzung gegenüber dem wissenschaftlichen Sozialismus. Seine Anziehungskraft unter den iranischen Arbeitern und Bauern erklärte sich aus seiner Frontstellung gegenüber Imperialismus und Kompradoren und aus dem Versprechen, die islamische Ordnung bessere die Lage der Armen. So heißt es in einer von der iranischen Botschaft in Bonn verbreiteten Schrift über den Regierungsauftrag des Imam Malik vor über 1300 Jahren: "Du sollst Dich ausschließlich für eine Politik ent-

scheiden, ... die die Zufriedenheit des Volkes nach sich zieht. Bedenke, daß das Mißfallen der Allgemeinheit, d.h. der einfachen Menschen, der Habenichtse und Unterdrückten mehr zählt als der Beifall und die Zufriedenheit der privilegierten Schicht ... Bedenke, Malik, daß diese privilegierte Schicht der Abschaum der menschlichen Gesellschaft ist." Auf die Nachfolge dieses Imam Malik beruft sich heute Khomeini.

Gleichzeitig sahen die Teile der Bourgeoisie im Iran, deren geschäftliche Zukunft durch die Kompradoren behindert wurde, im Fundamentalismus die Waffe zur Abrechnung mit den Kompradoren. Nicht zufällig waren die großen Basarhändler von Teheran eine treibende Kraft beim Sturz des Schah-Regimes. Im Ergebnis waren die Teile der Bourgeoisie, die bis dato nicht mit den Imperialisten pak-

tiert hatten, die Gewinner der Revolution im Iran.

Für diese Entwicklung gibt es einige Anhaltspunkte: In einer Rede hat Khomeini vor wenigen Monaten die lange geführte Diskussion über die künftige Wirtschaftsordnung im Iran beendet. Danach soll das ursprünglich geplante staatliche Außenhandelsmonopol nicht mehr verwirklicht werden und außerdem dem Privatsektor in Handel und Industrie mehr Freizügigkeit eingeräumt werden. (Im Iran sind u.a. die Grundstoffindustrien verstaatlicht.) Nach der Rede Khomeinis erließ Ministerpräsident Musavi wirtschaftspolitische Richtlinien, die alle staatlichen Stellen dazu anhalten, 1) Investitionen des Privatsektors zu fördern, 2) alle gegen private Investitionsbereitschaft gerichteten Entscheidungen zu unterlassen, 3) für den Privatsektor mehr Devisen bereitzustellen, 4) Importeuren größere Freiheiten zu gewähren, 5) staatlicherseits in erster Linie die Versorgung der ärmeren Bevölkerungsgruppen zu organisieren. Die iranische Regierung hat keine dieser Maßnahmen mit der besonderen Kriegslage oder als vorübergehend begründet.

Zur Abschätzung der Auswirkungen dieser Maßnahmen fehlen wichtige Daten, z.B. über das Ausmaß des Privatsektors. Dennoch läßt sich folgendes festhalten: Es gibt eine zahlenmäßig vermutlich nicht kleine Klasse von Kapitalisten, die den Binnen- und Außenhandel und teilweise das verarbeitende Gewerbe kontrollieren. Diese Klasse ist so mächtig, daß sie entgegen den ursprünglichen Vorstellungen der islamischen Revolution die Förderung des Privateigentums verankern kann und nebenbei — trotz des Kriegszustandes — durchsetzen kann, daß auch Importbeschränkungen für Luxusgüter fallen. Schließlich ver-

Kampagne gegen die Unterstützung des Siedlerregimes durch die Beschaffung von Kapital über Kredite, wie es eine solche Anleihe darstellt, durch US-Gesellschaften sehen sich inzwischen gezwungen, solche Kredite verdeckt abzuwickeln. — (ulk)

ZIMMERMANN GEGEN DDR-STAATSBÜRGERSCHAFT

Die Bundesregierung hält daran fest, daß in der BRD lebenden DDR-Staatsbürgern Wahlbenachrichtigungen zugesandt werden sollen. Sie will auch künftig in Verträgen mit anderen Staaten die Hoheit über alle "Deutschen" im Sinne des Art. 116 GG beanspruchen. Das hat Bundesinnenminister Zimmermann Mitte März in einer Antwort auf eine Anfrage der GRÜNEN mitgeteilt. Im Februar hatte die DDR im "Neuen Deutschland" die Ablehnung der DDR-Staatsbürgerschaft durch die Bundesregierung als völkerrechtswidrig angegriffen und zahl-

reiche Verstöße westdeutscher Staatsorgane gegen die DDR-Staatsbürgerschaft aufgeführt, u.a. Aufforderungen zur Ableistung der Wehrpflicht, Wahlbenachrichtigungen sowie Vermerke in DDR-Pässen bei der Einreise in die BRD. Die GRÜNEN hatten gefragt, ob diese Vorwürfe zuträfen. In seiner Antwort bestritt Zimmermann einzelne von der DDR erwähnte Fälle, nicht aber die grundsätzliche Praxis. Lediglich auf Paßvermerke wolle man verzichten. Dies sei genug "Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft" durch BRD-Staatsorgane, teilte er mit. — (rül)

EVANGELISCHE JUGEND. GRENZEN ANERKENNEN

Die Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend hat sich in einer Erklärung zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus mit dem Revanchismus auseinandergesetzt. Sie spricht sich für die verbindliche Aner-

kennung der bestehenden Grenzen, insbesondere der polnischen Westgrenze aus. Eine "Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten" sei nicht realistisch. Dies müßten die Politiker der BRD offen aussprechen, heißt es in der Erklärung.

Die 2. Bundesdelegiertenkonferenz der Bundesschülervertretung, die am 23./24. März in Köln tagte, verabschiedete einen Antrag "8. Mai mahnt: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!" Sie fordert die Schüler auf: "Laßt uns in allen Bundesländern Aktionen und Aktivitäten anlässlich des 8. Mai, des Tages der Befreiung vom Faschismus, durchführen! Beispiele für solche Aktivitäten sind Schülerversammlungen, Projektstage, Filmvorführungen, Diskussionsrunden mit antifaschistischen Widerstandskämpfern, Flugblattverteilungen, Umbenennung von Schulen ...", sowie zur Teilnahme an Demonstrationen. — (düb)



Aktionen der iranischen Volksmassen zum Sturz des Schah-Regimes 1979. — Der islamische Fundamentalismus war eine taugliche Waffe der iranischen Bourgeoisie zur Abgrenzung gegenüber dem Imperialismus und den Kompradoren der Imperialisten.

zeichnete das Bruttoinlandsprodukt in den letzten zwei Jahren Steigerungsraten von über 10% und waren die Importe 1983/84 auf 22 Mrd. \$ gestiegen. Dieser Wirtschaftsboom, der teilweise mit der Kriegskonjunktur erklärt werden muß, hat vermutlich die ökonomische und politische Stellung des privaten Kapitals im Iran weiter gefestigt und zudem Scharen von Kriegsgewinnlern hervorgebracht.

Islamischer Fundamentalismus und kapitalistische Marktwirtschaft?

Bislang konnte die herrschende Klasse des Iran durch den Fundamentalismus die Klassenwidersprüche im Lande dämpfen. Die Kriegswirtschaft und die damit einhergehende Bereicherung der herrschenden Klasse des Iran haben aber die Versorgungsent-

pässe verschärft. Das Regime hat den Arbeitern in der Industrie Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen diktiert. Mit zahlreichen Streiks in den letzten Monaten — u.a. der Stahlarbeiter von Isfahan — hat die iranische Arbeiterklasse, die zahlenmäßig fast ein Drittel aller Erwerbstätigen stellt, sich dagegen zur Wehr gesetzt. Die Antwort des Regimes auf die Streiks ist der Terror der islamischen Revolutionsgarden.

In dem Maße, wie sich unter der Ideologie des Fundamentalismus die kapitalistische Akkumulation und die ungehemmte Bereicherung der Privateigentümer durchsetzen können und staatlicherseits alle Restriktionen der kapitalistischen Akkumulation fallen, muß der Fundamentalismus in eine Krise geraten. Denn wesentliche Momente des Fundamentalismus, die Sorge für die Ärmsten und Schwächsten der Gesellschaft und die

Tendenz zum Egalitarismus, sind damit beseitigt, und die Gewaltherrschaft der islamischen Revolution reduziert sich auf den blanken Terror gegen die arbeitenden Klassen. Diese wahrscheinliche Erschütterung der fundamentalistischen Staatsideologie ist aber auch die Voraussetzung dafür, daß die arbeitenden Klassen des Iran sich erheben und dem Krieg gegen den Irak ein Ende machen.

Quellenhinweise: Hottinger: Das Herrschaftssystem der iranischen Revolution, in: Europa-Archiv 14/84; Stat. Bundesamt: Länderbericht Iran 1984; TAZ, 20.3.85; FAZ, div. Ausgaben; P. Hünslers: Der Irak und sein Konflikt mit Iran, Bonn 1982; Bundesstelle f. Außenhandelsinformation: Weltwirtschaft am Jahreswechsel 84/85 — Iran; Islamische Renaissance, Schriftenreihe der Botschaft der Islamischen Republik Iran in Bonn; Jeune Afrique, 27.3.85 — (wom)

BESCHWERDERECHT EINGESCHRÄNKT

Am 18.3. hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf "zur Änderung der Zivilprozeßordnung und anderer Gesetze" in den Bundestag eingebracht. Der Gesetzentwurf sieht zahlreiche Beschränkungen für Lohnabhängige vor, die ihre Rechte vor Gericht verteidigen wollen. So soll künftig in Zivilprozessen das Beschwerderecht gegen "einstweilige Anordnungen" und gegen vorläufige Gerichtsentscheidungen abgeschafft werden. In anderen Fällen soll das Beschwerderecht gegen richterliche Entscheidungen beschnitten werden. Die Möglichkeit schriftlicher Zeugenaussagen — und damit der Verhinderung der Befragung von Zeugen durch Verteidiger — wird ausgeweitet. Die Gerichte bekommen gegenüber Sachverständigen — z.B. bei Klagen gegen Kernkraftwerke und ähnliche Großbauprojekte

— weitgehende Weisungsrechte. Schließlich werden die Rechtsmittel, um die Prozeßkostenhilfe zu beschränken oder zu verweigern, ausgedehnt. All das sind Rechtsgrundsätze, die, wenn erst im Zivilrecht eingeführt, bald auch im Strafrecht dem "kurzen Prozeß" zum Durchbruch verhelfen sollen. — (rül)

WOHNUNGSBAUFÖRDERUNG FÜR BESSERVERDIENENDE

Das Bundeskabinett verabschiedete den Entwurf eines neuen Gesetzes zur Förderung selbstgenutzten Wohneigentums. Danach wird der Nutzungswert einer selbstgenutzten Wohnung bzw. Hauses nicht mehr versteuert. Jedoch werden auch Aufwendungen wie Kreditzinsen nicht mehr steuermindernd bei der Einkommensteuer angerechnet. Kommentar der bürgerlichen Presse: "Damit verringert sich der Reiz des Schuldenmachens. Der altehrwürdige, solide

Grundsatz, erst zu sparen und dann zu bauen, könnte an Gewicht gewinnen." (Kölner Stadtanzeiger, 27.3. 1985) Der Höchstbetrag der Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die mit 5 % acht Jahre lang bei der Einkommensteuer berücksichtigt werden, wird von 200000 DM auf 300000 DM erhöht. Vorteile hat demnach, wer nicht auf Kredit angewiesen ist und sich eine größere, komfortablere Wohnung leisten kann. — (ulk)

BLÜM: UND JETZT DIE KRANKENVERSICHERUNG

Auf der jüngsten Sitzung der "Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen" legte Minister Blüm einen Zehn-Punkte-Katalog vor, der die Grundlage für ein "Kostendämpfungsgesetz" abgeben soll. Verschärfte Rationalisierung für Krankenhausbeschäftigte bedeutet die Ankündigung von Prüfungen zur Aufdeckung von "Wirtschaftlichkeitsreserven". Weiter will Blüm eine

CDU-Parteitag**FLEXIBILISIERUNG DER
FRAUENARBEIT**

Mit der Verabschiedung der "Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau" schaffte die "große Volkspartei", wie Geißler unentwegt wiederholte, den ideologischen Rahmen für ihre Pläne, die menschliche Arbeitskraft zu flexibilisieren. Das Konzept erlaubt, unter wechselnden Arbeitsmarktbedingungen jede Form von Einsaugung und Abstoßung von weiblicher Arbeitskraft für vereinbar mit der Programmatik der CDU und für unter ihrem Schutzmantel stehend zu erklären. Die Freiheit spielt dabei eine Rolle. Am deutlichsten waren hierzu die Darlegungen von Roswitha Verhülsdonk in ihrem Referat zum Thema "Frauen in Beruf und Familie": In einer freiheitlichen Gesellschaft muß es auch in der Gestaltung des Familienmodells Wahlfreiheit geben. Sinkt die Nachfrage nach Arbeitskraft und verdrängen die Kapitalisten die weibliche Arbeitskraft aus dem Produktionsprozeß, so lautet die Erklärung, daß sich mehr Ehepaare partnerschaftlich entscheiden haben, die Pflichten in Haushalt und Beruf nach Personen aufzuteilen. Steigt die Nachfrage, so liegt das daran, daß mehr Leute die Verbindung von Berufs- und Hausarbeit wünschen.

In den nächsten Jahren geht es der CDU darum, den Normalarbeitstag abzuschaffen. Den Zwang, dem sich jüngere Frauen zunehmend ausgesetzt sehen, lohnabhängig zu werden, auch wenn die Kinder noch klein sind, erklärt Frau Verhülsdonk durch "Freude am Beruf, an Kontakten zu anderen Menschen, Anerkennung der berufli-

chen Leistung." "Auch die Lohntüte ist eine wichtige Form der Anerkennung", bestimmt sie und vernichtet damit die materiellen Gründe, die zur Lohnarbeit treiben.

Die Einführung des Erziehungsgeldes (600 DM monatlich für zehn Monate ab 1986, für zwölf Monate ab 1988) soll die bürgerliche Ehe zementieren und die Gebärfreude der Armen erhöhen. Selbständig leben kann von 600 DM niemand. Vielmehr sollen junge Ehepaare diese Phase in ihren "Lebensplan" einkalkulieren und sich ausrechnen, daß sie, wenn sie vorher etwas sparen und die Frau anschließend wieder arbeiten geht, über die Runden kommen. Für die Fälle von Erziehungsurlaub werden die Möglichkeiten der Kapitalisten, Ersatzkräfte befristet einzustellen, vermehrt. Gezielt wird die Hoffnung von Jugendlichen, die noch keinen ersten Ausbeuter und noch keine Ansprüche auf Arbeitslosengeld haben, angeregt. Zugleich sollen sie sich um eine anschließende feste Anstellung schlagen, da ihnen mitgeteilt wird, daß vorerst 50% der Mütter nicht gleich wieder berufstätig werden. Damit wird die gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb untergraben.

In der öffentlichen Meinung hatte die CDU die Vorstellung verbreitet, sie sei für die Verbesserung des Mutterschutzes durch die Gewährleistung, daß der Arbeitsplatz auch nach dem Erziehungsurlaub zu denselben Bedingungen wieder zur Verfügung stehe. Das Gegenteil ist der Fall. Den Kapitalisten soll erlaubt werden, die Bedingungen zu ändern, sei es durch Versetzung, Lohnkürzung für die gleiche Arbeit, Umwandlung von Vollzeit in Teilzeitbeschäftigung bei zügelloser Verfügung über die Lage der Arbeitszeit oder gar Arbeit auf Abruf.

Frau Verhülsdonk erläuterte: "Auch die Wirtschaft braucht morgen und übermorgen noch Arbeitskräfte, muß also daran interessiert sein, daß Kinder geboren werden. Sie will heute auf etwa 5 Mio. junge Frauen als Mitarbeiterinnen nicht verzichten. Diese sind übrigens noch immer überwiegend billige und zudem sehr willige Mitarbeiter." "Aber auch die Frauen, die Teilzeitarbeit suchen, müssen solidarischer werden. Je nach Alter der Kinder und der Familiensituation müssen auch ungünstigere Arbeitszeiten (z.B. an Nachmittagen) angenommen werden." Zur Schaffung der Zwangsbedingungen für das Funktionieren des CDU-Modells ruft sie den Staat auf: "Ob und wie die Eheleute in Familie und Beruf eine partnerschaftliche Arbeitsteilung vornehmen, kann und soll der Staat nicht bestimmen. Aber er muß Rahmenbedingungen im Arbeits- und Sozialrecht schaffen, damit die Arbeitszeiten und -abläufe flexibler gestaltet werden können." Quellenhinweis: Materialien und Reden des CDU-Parteitages vom 19. bis 22.3. 1985 in Essen— (anl)

"Auschwitzlüge"**ALLPARTEIENKOALITION
FÜR GESETZENTWURF?**

Am 25. April will die Bundesregierung ihre Vorlage zur strafrechtlichen Behandlung der Leugnung und Verharmlosung von Verbrechen der Nationalsozialisten vom Bundestag als Gesetz beschließen lassen. Nach der Behandlung des Berichts des Rechtsausschusses durch den Bundestag sieht die Reaktion nun Chancen, daß Regierungs- und Oppositionsparteien einmütig noch vor dem 8. Mai klarstellen, daß

"kostensteuernde Selbstbeteiligung" der Patienten; einige Leistungen sollen ganz aus der Erstattungspflicht der Kassen entfallen, in der Blümschen Demagogie: "Die Pflichtgemeinschaft ist nicht zuständig für jeden Luxus." Ein "geschlossenes Konzept zur gesundheitlichen Aufklärung der Bevölkerung" wird die passende Begleitmusik liefern, um Raucher, Dicke ... mit "Risikoprämien" zu belasten. Blüm prüft, ob den Ärzten nicht vorgeschrieben werden soll, daß sie für Kassenpatienten das jeweils billigste Medikament verordnen müssen. Die Ärzteverbände haben den Blümschen Absichten grundsätzlich zugestimmt. Blüm hat sie mit dem Versprechen geködert, sie hätten keine Einnahmensenkungen zu befürchten, da die Zahl der Kassenärzte künftig begrenzt werde u.a. durch schärfere Prüfungen für Medizinstudenten.— (alk)



Am 29.3.1985 begann in Südafrika der Hochverratsprozeß gegen 16 Führer der UDF (Vereinigte Demokratische Front). Ihnen werden Widerstandsaktionen gegen die Wahlen für die Parlamentskammern für Inder und Mischlinge, gegen Bus- und Mietpreiserhöhungen sowie gegen die Zwangsumsiedlung vorgeworfen. In Bonn, Frankfurt, Stuttgart und Westberlin protestierten am selben Tag Anti-Apartheid-Gruppen mit Mahnwachen vor den Vertretungen Südafrikas gegen den Prozeß. Bild: Aktion gegen Botha-Besuch am 5.6. 1984 in Bonn. — (ulk)

die Leugnung von faschistischen Verbrechen keinen eigenen Straftatbestand bildet.

In dieser Debatte stellte Dr. Miltner (CDU/CSU) die Frage, "ob eine Regelung, die das Leugnen oder das Verharmlosen der historisch feststehenden Judenvernichtung unter dem Nationalsozialismus in einer eigens dafür geschaffenen Vorschrift unter Strafe stellt, verfassungsrechtlich und verfassungspolitisch tragbar ist". Er verneinte das. Schmidt (München, SPD) sagte zu, daß die SPD "alles, was daraus folgt, sehr intensiv, sehr sorgfältig und mit großer Bereitschaft, zu einer übereinstimmenden Meinung zu kommen, prüfen werde". Justizminister Engelhard (FDP) stellte unter Beifall von FDP und SPD fest: "Hier müssen wir uns insgesamt als Vertretung der Bürger der Bundesrepublik Deutschland angesprochen wissen." Der Redner der GRÜNEN, Schily, hat sich in diese ganz große Koalition leider mit eingereiht: "Geschichtsfälschung – darin stimme ich dem Kollegen Miltner zu – wird nicht mit Gerichtsverfahren verhindert (Dr. Dregger: 'So ist es!')."

Demgegenüber hebt der VVN/Bund der Antifaschisten zu Recht hervor, daß der Zweck der gesetzlich erlaubten Leugnung von Nazi-Verbrechen sei, Bereitschaft für neue Verbrechen dieser Art zu schaffen. Der VVN kritisiert das Argument der "rechtsstaatlichen Liberalität": "Die Freiheit, die Dregger und Waigel meinen, ist die eines äußerst reaktionären Bodensatzes, der sich in den konservativen Parteien festgesetzt hat und mit den alten Nazis nicht verschwindet ... Den deutsch-nationalen Konservativen ist die Erkenntnis zuwider, daß nicht einzelne Handlungen, sondern der gesamte faschistische Staat verbrecherisch war, in dessen Tradition sie die Bundesrepublik stellen."

Der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Helmut Leonardy, hat darauf hingewiesen, daß die in der Regierungsvorlage vorgenommene Gleichsetzung von Nazi-Verbrechen mit denen "anderer Gewalt- und Willkürherrschaft" auch zu Anklagen wegen "Leugnung von Vertreibungsverbrechen an Deutschen" führen soll.

Gegen eine solche Gleichsetzung hatten die GRÜNEN sich im Bundestag zwar ausdrücklich gewandt. Aber das tat bis zur Bekanntgabe des "Koalitionskompromisses" die SPD auch. Danach zog sie einen Antrag, der sich gegen diese Verknüpfung richtete, zurück. Die Opposition im Bundestag wird ihre Vorbehalte dagegen nicht aufrechterhalten, wenn sie die prinzipielle Übereinstimmung mit der Regierung in dieser Frage nicht aufkündigt. Die Kritik des VVN gibt dafür Anhaltspunkte.

Quellenhinweis: Bundestagsprotokoll vom 14.3. 1985; DVZ/die tat, 23.3. 1985 – (clm)

Urteile in Stammheim

DIE VERNICHTUNG DES INNEREN FEINDES ALS STAATSGRUNDSATZ

Am 2. April hat in Stammheim der fünfte OLG-Senat gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar jeweils fünf mal lebenslänglich und 15 Jahre Gefängnis verhängt. Da dem Gericht die Folgen dauernder Isolationshaft durch gutachterliche Stellungnahmen bekannt sind und nach seinen Bekundungen die Haftbedingungen nicht geändert werden sollen, muß man darin den Willen zur faktischen Wiedereinführung der Todesstrafe sehen.

In der mündlichen Urteilsbegründung hat das Gericht Feststellungen getroffen, die man als eine Festbeschreibung weiterer weitreichender Revision strafprozessualer Grundsätze ansehen muß. So soll bei Tatsachen, die das Gericht als offenkundig deklariert, nicht das Gericht zu dessen Beweis verpflichtet sein, sondern der Angeklagte zu deren Widerlegung.

Die Urteile, die die Gerichte in Düsseldorf und Stammheim jetzt gefällt haben, sind so infam wie die Verfah-

sich der Senat besonders einfach, indem er z.B. die Geschichte der RAF, die Qualifizierung der RAF als 'terroristische Vereinigung' ... als 'offenkundig' erklärte, um so die Vorgänge der Beweisaufnahme zu entziehen." (aus dem Plädoyer der Verteidiger von Ch. Klar und B. Mohnhaupt).

Beweisanträge der Verteidigung zum Nachweis, daß 1977 nach der Schleyer-Entführung tatsächlich der Ausnahmezustand u.a. durch Einrichtung diverser "Krisenstäbe" praktiziert wurde, hatte das Gericht abgelehnt, weil "das ohne rechtliche Bedeutung sei, obwohl Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt mit der Anklage auch 'versuchte Nötigung von Verfassungsorganen' ... vorgeworfen wird und die Krisenstäbe eben keine Verfassungsorgane, sondern verfassungswidrig waren." (ebd.)

Es gehörte zur Politik des Verfahrens, dessen Gegenstand als vollkommen unpolitisch, als niedrigste Form von Gewaltkriminalität hinzustellen.



Demonstration gegen die Isolationshaft, Karlsruhe 26.1.1985

ren, die zu ihrem Zweck inszeniert wurden. Geforderte und verhängte Strafmaße für unbewiesene "Tathandlungen", die jeden abgeurteilten, nachgewiesenen faschistischen Massenmord als Bubenstreich dastehen lassen.

Überhaupt hätten diese Urteile der Verfahren nicht bedurft, denn die hatten selbst im strafprozessualen Sinn nichts mehr mit Beweiserhebung als Grundlage zu fällender Urteile zu tun; allerdings, soweit ist der Rechtsstaat noch nicht, daß er die Urteile gleich ganz ohne Prozeß fabrizieren kann. "Beim Nichtbehandeln politisch relevanter Sachverhalte ... machte es

Mit demgemäßen Tiraden gegen Angeklagte, deren Verwandte und Verteidiger war der Vertreter der Bundesanwaltschaft nochmals in seinem Plädoyer hervorgetreten. "Er hat nichts besseres zu sagen gewußt, als daß es 'infam' sei zu behaupten, daß es hier um 'politische Feinde' ginge, sie wären nämlich nicht mit 'allen Mitteln', sondern 'streng nach der StPO' bekämpft worden, als ob die Bekämpfung mit allen Mitteln gegenüber politischen Feinden erlaubt wäre ... Wenn Herr Zeis hier Erfolge zu erzielen versucht auf der Basis offenbar des Gedankengangs: Tötung von Menschen kann nicht politisch sein, so er-

weist sich das schnell als Unsinn: In jedem Krieg ist die Tötung von Menschen gerade bestimmendes Mittel der Politik. Von Seiten des 'III. Reiches' oder der USA ist sogar der Massenmord an unbeteiligter Zivilbevölkerung immer für ihre Kriegspolitik kennzeichnend gewesen. Im übrigen ist in jedem einschlägigen StGB-Kommentar anerkannt, daß es politische Tötung gibt und nicht einfach wegen Tötung politisches Handeln unpolitisch ist." (ebda.)

Die Haltlosigkeit der bundesanwalt-schaftlichen Behauptungen ist auch gerade in jüngster Zeit durch verschiedene NATO-Organen dokumentiert: "Die militärische Bestimmung angeblicher Strafverfolgung ist am Tätigwerden von NATO und USA in den letzten Wochen im Zusammenhang mit dem Hungerstreik und der Tötung von Audran und Zimmermann noch deutlicher geworden: Schon im Januar tagen verschiedene NATO-Gremien und beraten über die 'Bekämpfung und Unterdrückung des linksgerichteten Terrorismus', so das NATO-Generäle-Treffen in Kopenhagen in der vorletzten Januarwoche ... und das Treffen der 16 Nato-Botschafter in Brüssel Anfang Februar ... Der Generalstabschef des französischen Heeres, Jeannou Lacaze, spricht in einer Erklärung vom 14.1. 1985 vom 'internationalen Terrorismus' als einer 'neuen Form des Krieges'" (Plädoyer der Verteidiger).

In der Absicht, die Mitglieder der RAF als besonders verabscheuenswür-dige Subjekte moralisch zu diskreditieren und damit überhaupt den bewaffneten Kampf gegen die Bourgeoisie Herrschaft, können sich Bundesanwaltschaft und Gerichte eines Instrumentariums bedienen, das von den deutschen Faschisten ausgefeilt und von der Bundesrepublik unverändert übernommen wurde. Eine besonders finstere Bedeutung hat dabei der Mord-Paragraph. Die Bundesanwaltschaft, die ja Mord- bzw. Mordversuchsanklagen erhoben hat, wies empört jede Parallele von sich; der Mord-paragraph sei rein zufällig gerade im Jahr 1941 in seine heute gültige Form gebracht worden (ausgenommen das Strafmaß): "Der Mörder wird mit dem Tode bestraft. Mörder ist, wer ... oder sonst aus niedrigen Beweggründen, ... einen Menschen tötet." Daß es sich da allerdings um keine rein zufälligen Übereinstimmungen handelt, machten die Verteidiger deutlich: "Auf den ersten Blick schon fällt die gegenüber der früheren Gesetzesfassung von Gefühls-Kategorien bestimmte Formulierung auf ... 'Bereits ein flüchtiger Blick auf diese Tatbestände läßt das Neue erkennen. Der farblose Paragraph ist einer lebensvollen, anschaulichen, konkreten Tatbestandsumschreibung gewichen. Wer dieses Gesetz liest, sieht den Mörder als Typus plastisch vor sich

– ANZEIGE –

DOKUMENTATION zu den Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand

Aus dem Inhalt:

Die Situation der Gefangenen in den ersten Jahren * Die Verschärfung in den letzten drei Jahren * Der Hungerstreik 84/85 * Dokumentenanhang

Die Dokumentation wird herausgegeben von zwanzig Anwältinnen und Anwälten, die politische Gefangene verteidigen.

Bezug: Rechtsanwalt Gerd Klusmeyer, Deisterstr. 17 a, 3000 Hannover 91

... Daß es sich hier nicht um einen kriminologischen Tätertyp handeln kann, ist klar. Mörder wird man nicht, Mörder ist man' (Aus einer Apologie des Nazi-Juristen Schmidt-Leichner). Es handelt sich also bei der Neuformulierung des § 211 StGB, wie sie heute noch gilt, um eine von faschistischen Grundgedanken geprägte Fassung: Wertung anstelle rational faßbarer Kategorien, Abstellen auf die Gesinnung, Abstellen auf angebliche Täter-typen, die in verabscheuungswürdiger Einstellung oder Handlungsweise nur zum Ausdruck kommen. Es ist klar, daß es, wo es eigentlich nur um die Auffindung des Mördertyps geht, letztlich auf eine stichhaltige Beweisführung nicht mehr ankommt – und da verbindet sich diese faschistische Linie des materiellen Strafrechts mit der ... faschistischen Linie des Verfahrensrechts. Die Quintessenz dieser Linie ist die Ausstoßung und Auslöschung der 'Volksschädlinge', des 'Abschaums' usw." (ebda.)

Dem nähert sich auch der offizielle Sprachgebrauch inzwischen wieder an "Bundeskanzler Kohl kürzlich in einer Tischrede: 'Diese Menschen stehen nicht nur außerhalb jeder menschlichen Kultur, sondern auch außerhalb der Grenzen der menschlichen Zivilisation' Und schließlich: Zwischenruf aus der CDU-Fraktion, als Christa Nickels für die Gefangenen der RAF das Wort 'Menschen' benutzt: 'Menschen?'" (ebda.)

Allein, wenn Revolutionäre keine "Menschen" mehr sind, dann kann der Rechtsstaat sie auch unmenschlich behandeln! Die GRÜNEN hatten dagegen während des Hungerstreiks der politischen Gefangenen Anfang des Jahres einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach Folter und Isolationshaft verboten werden sollten. In der Zwischenzeit haben allerdings infolge der massiven Bearbeitung durch bürgerliche Presse, Bundestagsfraktionen und Parteien unangenehme Entwicklungen innerhalb der Bundestagsfraktion stattgefunden. Namentlich Otto Schily hat sich für ein Kesseltreiben gegen jene Mitglieder der

Fraktion hergegeben, die den Gesetzentwurf eingebracht haben. Seine Äußerungen im "Spiegel-Gespräch" (Nr. 13, 25.3.1985) hören sich inzwischen an wie die Bulletins der Bundesregierung: "Die haben sich selber aus der Diskussion gebracht (die Gefangenen aus der RAF). Deshalb ist nicht zuletzt ... die Härte des Staates gefordert." Das 'nicht' ist bemerkenswert, man fragt sich unwillkürlich, was der Herr denn zuletzt für gefordert hält.

Bei dem genannten "Spiegel-Gespräch" ging die Diskussion dann auch auffälligerweise gar nicht so sehr um die RAF, sondern um das Verhältnis der GRÜNEN zum Gewaltmonopol des Staates. Schily: "Die GRÜNEN dürfen aber überhaupt keinen Zweifel daran lassen, daß sie das Gewaltmonopol des Staates anerkennen – für mich die Voraussetzung für eine demokratische, rechtsstaatliche Ordnung ..." Die Anerkennung des Gewaltmonopols heißt aber Anerkennung der wirklichen Gewaltakte dieses Monopols und damit weniger die Aufgabe einer illusorischen Gewaltfreiheit, als die Aufgabe wirklicher Emanzipationsinteressen, die bei den GRÜNEN auch zu finden sind.

Die Haftbedingungen sind jedenfalls um keinen Deut geändert worden, und die Reaktion hat auch keinen Zweifel daran gelassen, was sie damit will: die Vernichtung der politischen Identität der Gefangenen und, wenn sie die nicht aufgeben, dann eben auch deren physische. Gerade die Diskussion der bürgerlichen Öffentlichkeit über "Öko-Terrorismus" und ähnliches haben spätestens gezeigt, daß solche Mißhandlung kein Privileg für Gefangenen aus der RAF ist. Deswegen sind die Forderungen, die mit dem Gesetzentwurf der GRÜNEN erhoben wurden, von besonderem Interesse, um wenigstens einige moralische Schranken gegen diese Staatswillkür zu setzen.

Quellen: Plädoyers der Verteidiger von Ch. Klar und B. Mohnhaupt; Der Spiegel Nr. 13, 25.3.1985 –(chf)

Geraer Forderungen der DDR (III)

DIE "MITTELEUROPÄISCHE FRIEDENSUNION"
DES OTTO SCHILY

Otto Schily, GRÜNE-MdB, hat auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum die Bildung einer "mitteleuropäischen Friedensunion" propagiert. Die "Deutsche Volkszeitung/die tat" hat diese Vorstellungen in einem Interview mit Schily abgedruckt. In diesem Interview hat Otto Schily erläutert, wie seiner Meinung nach eine solche "mitteleuropäische Friedensunion" auszusehen hätte und von welchen Interessen sie auszugehen hätte. Diesen Ausführungen ist zu entnehmen:

1. Schily behauptet, die BRD-Imperialisten hätten "parallele Interessen" mit denen der DDR, Polens, der CSSR usw. gegenüber den "Supermächten". "Ich versuche mit diesem Vorschlag ... einen Weg aufzuzeigen, wie man die Interessenparallelität der kleineren Nationen gerade in Sicherheitsfragen zur Wirkung bringen kann", erklärt er. Worin diese "parallelen Interessen" angesichts der Weigerung der Bundesregierung, die DDR völkerrechtlich anzuerkennen, die Grenzen der DDR, der CSSR, der UdSSR und Polens anzuerkennen usw., bestehen sollen, erklärt Schily nicht. Diese Behauptung dient ihm auch nur dazu, im folgenden jede Kritik am westdeutschen Revanchismus zu vermeiden.

2. Stattdessen schwadroniert er hemmungslos über die "künstliche Trennung" der Staaten in Mitteleuropa. Daß er damit sämtliche reaktionären Polemiken für die "Überwindung von Jalta" unterstützt und Verstößen z.B. gegen den österreichischen Staatsvertrag Vorschub leistet — ein Thema, bei dem selbst westdeutsche Christdemokraten sich in der Regel großer Behutsamkeit befleißigen, da die blutigen Feldzüge dieses deutsch-österreichischen Bündnisses zwecks "Neuordnung Europas" allen europäischen Völkern noch in furchtbarer Erinnerung sind —, stört Schily nicht im geringsten. "Damit (gemeint ist die "mitteleuropäische Friedensunion", d. Verf.) könnten traditionelle politische Verbindungen zwischen den benachbarten mitteleuropäischen Staaten wieder nutzbar gemacht werden, die heute künstlich getrennt sind. Ungarn, Tschechen, Polen, Deutsche und Österreicher verstehen sich als Mitteleuropäer." Was stört es da, daß, sollte diese Wunschvorstellung des Otto Schily je Wirklichkeit werden, die BRD wirtschaftlich wie militärisch in dieser "Friedensunion" die unbestritten dominierende Macht wäre und ihre "benachbarten" Staaten schon bald in den Status von Vasallen gedrückt hätte? Otto Schily stört das nicht.

3. So friedfertig Otto Schily auch seine "Friedensunion" schildert: über Freund und Feind hat er feste Vorstellungen. Die UdSSR ist für ihn eine "innerstaatlich militarisierte Gesellschaft", "wo Menschenrechte unterdrückt werden". Klar, daß so ein Staat Vorleistungen zu erbringen hat: "Die sowjetische Seite ... könnte mit ihren Initiativen ein größeres Echo finden, wenn sie ... z.B. einseitig ein Jahr die Atomwaffenversuche aussetzt." Jedenfalls: "Die Sowjetunion befindet sich in einem Dilemma, wenn jetzt ein offensives Raketenpotential in Westeuropa aufgestellt wird ... Gerade deshalb käme es von seiten der So-



Otto Schily (links): Mit seiner "mitteleuropäischen Friedensunion" übernimmt er liberale Lösungen, die schon lange vor ihm großdeutsche Liberale wie Friedrich Naumann (rechts) propagierten.



Propagandisten des deutschen Liberalismus, Friedrich Naumann, schon einmal ähnliche Vorstellungen über eine "mitteleuropäische Neuordnung" entwickelt. In einem Buch unter dem Titel "Mitteleuropa" schrieb er u.a.: "Nehmt die Karte zur Hand und seht, was zwischen Weichsel und Vogesen liegt, was zwischen Galizien und Bodensee lagert! Diese Fläche sollt ihr als eine Einheit denken, als ein vielgliedertes Bruderland, als einen Verteidigungsbund, als ein Wirtschaftsgebiet ... Die Geschichte will im Donner der Kanonen mit uns reden; an uns aber ist es, ob wir hören wollen". Das war 1916 und unverkennbar großdeutsche Kriegszielpropaganda. Mag sein, daß Otto Schily glaubt, mit der neuerlichen Propagierung solch liberaler Vorstellungen einer "europäischen Neuordnung" unter (heute west-)deutscher imperialistischer Vorherrschaft

wjetunion darauf an, durch entsprechende Reaktion auf Vorschläge dieser Art Positionen der Friedensbewegung ... aufzunehmen."

Mag sein, daß Otto Schily meint, "Vorschläge dieser Art" seien "Positionen der Friedensbewegung". Nützlich sind diese Positionen einzig und allein für die Bundesregierung, für die westdeutschen Imperialisten. Auch wenn sie seinen Vorschlag schroff ablehnen werden, weil sie mehr anstreben als "nur" die Vorherrschaft über Mitteleuropa und weil sie deshalb eisern an der NATO- und der EG-Mitgliedschaft festhalten werden.

Schily hat angekündigt, er strebe an, "daß mein Vorschlag in die Konkretisierung unseres friedenspolitischen Programms für 1987 einbezogen wird" und daß "die GRÜNEN 1987 mit der Losung 'Mitteleuropäische Friedensunion — Sicherheit in Europa' in den Wahlkampf ziehen".

Schilys "mitteleuropäische Friedensunion" hat ihre geschichtlichen Vorbilder. Vor 70 Jahren hat einer der

ließen sich liberale Wähler für die GRÜNEN gewinnen. Das Gegenteil wird der Fall sein: Sollten die GRÜNEN ernstlich solche Vorstellungen übernehmen, so wird die FDP gewinnen, und die GRÜNEN werden jede Unterstützung in der politischen Opposition gegen den westdeutschen Revanchismus verlieren, weil sie dann auch jeden Nutzen für diese Opposition verloren haben. Hoffentlich finden sich aber doch zahlreiche Kräfte auch bei den GRÜNEN selbst, die solchen Vorstellungen eine Abfuhr erteilen. Auch unter den Kräften, die sich zur Friedensbewegung rechnen, sollten sich viele Gegner von Schilys Konzept finden. Oder ist die DKP wirklich bereit, ohne Widerspruch hinzunehmen, daß Leute wie Schily öffentlich von der Sowjetunion "Vorleistungen" zugunsten der BRD verlangen? Quellenhinweis: Deutsche Volkszeitung/die tat vom 29.3.1985; F. Naumann, Mitteleuropa, in: R. Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals, Köln 1976 — (rül)

DOKUMENTIERT: GRÜNE UND SPD ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK

Die folgende Zusammenstellung erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Das Dokument der SPD beschreibt die von der SPD-Bundestagsfraktion verfolgten Ziele. Widersprüche zur Regierungspolitik sucht man darin vergeblich. Tatsächlich strebt die SPD-Fraktion bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu "deutschlandpolitischen Gemeinsamkeiten" mit der Regierung, und wahrscheinlich wird sie auch dieses Jahr mit CDU/CSU und FDP eine gemeinsame Entschliebung zum Bericht der Bundesregierung "zur Lage der Nation" verabschieden. Die Dokumente der GRÜNEN dokumentieren die ganze Spannbreite der "deutschlandpolitischen" Positionen in dieser Partei.

GRÜNE (I): "Das Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen ist aufzulösen"

"Änderungsantrag ... zur zweiten Beratung des Haushaltsgesetzes 1985, hier: Einzelplan 27, Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen ... Der Bundestag wolle beschließen: Das Ministerium für innerdeutsche Beziehungen ist aufzulösen. Einzelplan 27 entfällt. Begründung: Ein Ministerium für 'innerdeutsche' Beziehungen ist historisch überholt und Ausdruck einer falschen Politik. Das Ministerium symbolisiert nur noch Anspruchsdenken gegenüber der DDR ... Nachhaltige Verbesserungen zwischen den Deutschen in beiden Staaten werden nur erreichbar sein, wenn beide Seiten auf zwischenstaatlicher Ebene die Gleichberechtigung des jeweils anderen ohne Vorbehalte und Alleinvertretungsansprüche akzeptieren."

Quelle: Bundestagsdrucksache 10/2456 vom 26.11.84

GRÜNE (II): "Die Bundesregierung will ... militärische Kraft gegen den Ostblock"

"... Die Bundesregierung träumt genau das, was der schlesische Autor geschrieben hat. Sie möchte mit der gesammelten Überlegenheit des Westens, organisiert in einem WEU-Europa, die technologische, wirtschaftliche und militärische Kraft gegen den Ostblock richten, um diesen zum Einlenken und Umdenken zu zwingen ... Ich kann sehr gut mit zwei deutschen Staaten leben, wenn diese nur intensiv miteinander umzugehen versuchen und gemeinsam darauf hinarbeiten, daß endlich einmal von deutschem Boden Frieden ausgeht und nicht die Unzufriedenheit von angeblich Zukurzgekommenen, Gequälten, Vertriebenen, der Selbstbestimmung Beraubten, die etwas wiederhaben wollen, neu belebt und genährt wird. Hier kritisiere ich auch Bestrebungen bei den GRÜNEN, die die in Jalta willkürlich zugelegte nationale Kiste wieder aufbrechen wollen, um mit Widerstandsgefühlen gegen 'Supermächtsüberfremdung' und 'Besatzerwillkür' den Ruf nach Wiedervereinigung anzustacheln, wobei die staatliche Einheit auch noch zur Schlüsselfrage des europäischen Friedens hochstilisieren."

Quelle: D. Schneider, Zum Dialog verurteilt, in: Deutsche Volkszeitung / die tat, 1.3.1985

Otto Schily (GRÜNE): "Friedensunion in Mitteleuropa"

"Die mitteleuropäischen Staaten, Österreich, die Bundesrepublik, DDR, Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, die Niederlande, Belgien und Dänemark sollen sich unter vorläufiger Beibehaltung ihrer Mitgliedschaft in den beiden Militärpaktssystemen und — das gilt insbesondere für das Verhältnis der beiden deutschen Staaten — unter voller Respektierung ihrer staatlichen Souveränität zu einer mitteleuropäischen Friedensunion zusammenschließen. Diese Friedensunion sollte ... folgende Punkte umfassen:

1. Auf dem Gebiet der mitteleuropäischen Friedensunion werden sämtliche ABC-Waffen abgezogen, die mitteleuropäische Friedensunion erklärt sich zur ABC-Waffenfreien Zone.
2. Die Staaten der mitteleuropäischen Friedensunion verringern ihre konventionellen Streitkräfte sowie ihre Militärausgaben um mindestens 10 Prozent und nehmen Verhandlungen über den weiteren Abbau von Streitkräften und militärischer Ausrüstungen auf, sowie über die kontinuierliche Reduzierung der Rüstungshaushalte bis zur vollständigen Entmilitarisierung.
3. Die Staaten ... lassen gegenseitige Militärinspektionen zu.
4. Die Staaten ... intensivieren unbeschadet ihrer wirtschaftlichen und politischen Verbindungen nach Ost und West ihre kulturelle, wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit innerhalb ihres Gebiets. Hierzu werden entsprechende gemeinsame Kommissionen gebildet.
5. Die Staaten ... verpflichten sich zu ständigen Konsultationen in Sicherheitsfragen und zu einem turnusmäßig einzuberufenden Ministerrat.
6. Die Staaten ... verzichten auf jeglichen Waffenexport, insbesondere in Länder der Dritten Welt.
7. Die Staaten ... richten einen gemeinsamen Fonds ein, in den die durch die Verringerung der Militärausgaben freigewordenen Gelder eingezahlt werden. Der Fonds dient gemeinsamen Hilfsprojekten für die Dritte Welt.
8. Die Staaten ... schaffen Reiseerleichterungen im grenzüberschreitenden Verkehr, bis hin zur Herstellung der vollen Freizügigkeit."

Quelle: Deutsche Volkszeitung / die tat, 29.3.85

SPD: Die deutsche Frage ist also eine europäische Frage

"Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland"
"... Die beiden deutschen Staaten können ihrer besonderen Verantwortung für den Frieden nur gerecht werden, wenn sie ihre Existenz nicht gegenseitig in Frage stellen, sondern sich als gleichberechtigte Staaten deutscher Nation behandeln ... Die deutsche Nation ist eine von der Teilung unabhängige Realität, die sich in dem Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in beiden deutschen Staaten ausdrückt. Die Einheit der Nation kann durch vermehrte Begegnungen ... erhalten und gefestigt werden. Sie ist nicht identisch mit einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten ... Deutschlandpolitik geht vom Grundgesetz und dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich des Briefs zur deutschen Einheit aus, dem Viermächte-Abkommen über Berlin, von den Ostverträgen und von den in deren Folge getroffenen Vereinbarungen und Abmachungen ... Das Zusammenwirken der beiden deutschen Staaten soll einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West dienen ... Das bedeutet einen entscheidenden Schritt zur Überwindung der Teilung Europas ... Die deutsche Frage ist also eine europäische Frage. Eine adäquate Antwort kann es nur geben, wenn sie von beiden deutschen Staaten und der Völkergemeinschaft in West und Ost getragen wird ... Die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sind keine beliebigen Beziehungen. Gemeinsamkeiten zwischen den beiden deutschen Staaten müssen hervorgehoben und gefördert werden ... Die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft soll mit einer öffentlichen, regierungsamtlichen Feststellung verdeutlicht werden, daß die Bundesrepublik Deutschland niemanden für die Staatsbürgerschaft im Sinne des Grundgesetzes in Anspruch nehmen will, der dies nicht will. Eine Änderung des Grundgesetzes steht nicht zur Diskussion ..."

Quelle: Bundestagsdrucksache 10/2927 vom 27.2.1985

USA 1945–1955

VERSCHWÖRUNG GEGEN DAS VOLK – DIE ERSTEN ZEHN JAHRE NACH JALTA

Am Ende des Zweiten Weltkrieges war die USA zu der Weltmacht aufgestiegen. Ihre imperialistischen Konkurrenten und die Sowjetunion hatten im Krieg schwerste wirtschaftliche und Menschenverluste erlitten. Die alten Kolonialmächte waren am Ende. Die USA hatten eine unversehrte, auf Hochtouren laufende Industrie, noch nicht demobilisierte Armeen in der ganzen Welt stehen, waren Gläubiger vieler Länder und hatten als einzige die Atombombe. Die Erde lag, so schien es, zu ihren Füßen. Die US-Kapitalisten waren entschlossen, jetzt zuzugreifen. Jedoch gab es einige Hindernisse. Außenpolitisch waren ihnen durch die gerade getroffenen Abmachungen von Jalta mit der Sowjetunion die Hände gebunden. In der Welt standen die Zeichen auf sozialer Revolution und Befreiung vom Kolonialjoch. Und im Inneren war die vorherrschende "new deal"-Ideologie für einen globalen Imperialismus nicht dienlich. Die Arbeiter befanden sich in oder planten Streiks, und leicht konnte die Forderung nach Sozialismus in den Kämpfen der europäischen Arbeiter auf die USA übergreifen. Soldaten der US-Armee in verschiedenen Teilen der Welt führten große Demonstrationen für sofortige Rückkehr und Demobilisierung durch, die öffentliche Meinung war für Frieden und friedliche Regelungen zwischen Staaten, und ein beträchtlicher Teil der Öffentlichkeit war für die Fortsetzung der freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion. Die US-Imperialisten hatten Krieg gegen die Sowjetunion im Auge.

New deal

Nach dem Zusammenbruch 1929 der "laissez-faire"-Ära (uneingeschränkte Entwicklung des Kapitalismus), der die große Depression einleitete, stieg die Mitgliederzahl in den sozialistischen und kommunistischen Parteien der USA. In der Bourgeoisie gewannen Kräfte, die für eine Reform des Kapitalismus eintraten, um Schlimmeres zu verhüten, an Einfluß. 1932 gewann Franklin D. Roosevelt mit seinem "new deal"-Programm die Präsidentschaft gegen den republikanischen Kandidaten. Auf Wahlkampfreise befragt, was ihn am meisten beschäftige, sagte er, die Sowjetunion und die Arbeiter. Er werde sofort nach seiner Wahl die Sowjetunion anerkennen. Er habe seinen Freund Fred gefragt – Fred ist Chef einer großen Eisenbahn im Westen –, worüber denn die Arbeiter sprechen, und Fred habe geantwortet: "Ich muß leider sagen, die Leute hier draußen reden von Revolu-

tion."

Das New Deal wurde wesentlich geprägt und geformt durch zwei große Massenbewegungen: die Revolte gegen die große Depression und der Kampf gegen den faschistischen Umsturz. Hitler hatte in Deutschland gerade die Macht ergriffen, fünf Tage vor Roosevelts Amtsantritt brannte der Reichstag. Gleich in den ersten hundert Tagen wurden eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, die dem Walten des Kapitals gewisse Schranken auferlegten. Die wichtigsten sind: Die Aufsicht über die Banken und ein Arbeitsgesetz, das zum ersten Mal die Kapitalisten zwang, mit der Gewerkschaft ihres Betriebes Tarifverträge abzuschließen, und das Streikrecht gab. Später kam das Sozialversicherungsgesetz (1935) und ein gesetzlicher Minimallohn (1938) dazu, aber auch der rapide Aufbau einer Geheimpolizei und der Aufstieg von J. Edgar Hoover gehört zum New Deal.

Die Arbeitsgesetze gaben der Arbeiterbewegung zwar keine Mittel sie durchzusetzen, dennoch konnten die Gewerkschaften, insbesondere die jungen Industriegewerkschaften, die sich nach dem Ausschuß aus dem AFL im CIO zusammengeschlossen hatten, den erreichten Bewegungsraum zur raschen Organisierung der ungelerten Industriearbeiter nutzen. Sie erkämpften sich 1937 die Anerkennung durch die Kapitalisten der Auto- und Stahlindustrie. Breite Teile der organisierten Arbeiterbewegung wurden so ideologisch an den New-Deal-Reformkapitalismus gebunden. Selbst sozialistische und kommunistische Kräfte unterstützten Roosevelt in drei Wiederwahlen zuungunsten eigener Kandidaten.

Gleich 1933 wurde die Sowjetunion anerkannt. Das New Deal propagierte den friedlichen Handel zwischen den Nationen. Probleme zwischen Staaten, so Roosevelt öffentlich, sollten durch Verhandlungen und nicht durch Krieg gelöst werden. Roosevelt und die New-Deal-Anhänger waren die Initiatoren für die Gründung der Vereinten Nationen (siehe Kasten Hiss).

Liberales und Intellektuelle fühlten sich zum New Deal hingezogen. New-Deal-Liberale waren in der Administration und in den Medien tätig. Das alles bewirkte einen Wandel im öffentlichen Klima. Sozialismus war "in" bei Intellektuellen, Künstlern und in Hollywood-Zirkeln.

Gegenangriff der Reaktion

1935 befand das Oberste Bundesgericht das Arbeitsgesetz von 1933 für nicht verfassungsmäßig. Die Reaktion

hoffte, daß Roosevelt nun begeben werde. Tatsächlich brachte er innerhalb von vier Wochen ein neues Arbeitsgesetz im Kongreß durch. Damit war für die Reaktion klar, daß das New Deal vernichtet werden mußte. Zur Infiltration und Zerschlagung der Gewerkschaften engagierte die Kapitalisten Hunderte von Spitzelfirmen (die Pinkertons und die Burns), die auch die Streikbrecher – Mörderbanden – lieferten. Zur Terrorisierung in den Wohnorten wurden faschistische Terrorbanden (an vorderster Stelle die American Legion) von den Kapitalisten ausgehalten. Einige der Industriebosse waren offene Faschisten. General-Motors-Chef Knudsen pries 1933 Hitler als das Wunder des 20. Jahrhunderts.

Mit dem Beginn des Aufrüstungsprogramms 1940 saßen die Kapitalisten gegenüber der Regierung am Drücker. Sie zogen die Verhandlungen über die Kriegsproduktion über ein halbes Jahr hin, bis die Regierung alle ihre Preis- und sonstigen Forderungen akzeptiert hatte. Statt der "New-Deal"-Liberalen kamen die "Wirtschafts"-liberalen in die Administrationen. Auf einem Treffen der nationalen Fabrikanten-Assoziation 1942 erklärte Dupont: "Wir werden den Krieg gewinnen durch a) Senkung der Steuern für Unternehmen und hohe Einkommen und mehr Steuern auf niedrige Einkommen, b) durch Entledigung der Gewerkschaften von jeder Macht . . . ; c) durch Zerstörung jeglicher Regierungsagenturen, die dem freien Unternehmertum im Wege stehen."

Unter der Parole "Besiegt den Faschismus" gelang es der Bourgeoisie, die Gewerkschaften in den großen Kriegspakt einzuwickeln: Sie gaben alle ein Kein-Streik-Versprechen ab. In Zukunft saßen sie mit den Kapitalisten in der nationalen Kriegs Arbeitskammer zusammen. Die Kommunistische Partei (CPUSA) und die meisten sozialistischen Parteien unterstützten diesen Pakt. Auf Betriebsebene allerdings fanden während des ganzen Krieges große Streiks statt.

Gesetzeswerke zur Unterdrückung

Erst 1938 erreichte die Reaktion die Einrichtung des (Repräsentanten-) "Haukomitees zur Untersuchung un-amerikanischer Umtriebe", kurz HUAC. 1939 folgte die Verschärfung der "Sicherheitsvorschriften" im öffentlichen Dienst durch den Hatch-Act: Verbot der politischen Betätigung der im öffentlichen Dienst (des Bundes) Beschäftigten, speziell Verbot von Kommunisten im öffentlichen Dienst. 1940 folgte der Smith-Act: Verbot der Marxschen Lehre und der Propagierung des gewaltsamen Umsturzes.

Kaum ist der Krieg zu Ende: neue Kriegsvorbereitungen

Obwohl die Reaktion in den USA während des Krieges die Initiative übernommen hatte, war zu Kriegsende die Arbeiterbewegung im Aufschwung. Die Gewerkschaften erreichten 1945 ihren höchsten Organisationsgrad, und 1946 war das Jahr der höchsten Streikaktivität. Die Stimmung in der Welt war für Revolution und Frieden. Die Reaktion plante den Krieg gegen die Sowjetunion. Schon 1944 hatte der Präsident von General Electric vorgeschlagen, die Kriegswirtschaft nach dem Kriege weiterzuführen. Nun ging die Reaktion zum Zangenangriff an zwei Fronten über: außenpolitisch die Revision der Abmachungen von Jalta und innenpolitisch die Beseitigung der Gesetze, die den Arbeitern nützten.

Schon 14 Tage nach Jalta wurde im Repräsentantenhaus eine Vorlage zur Verurteilung der Geheimdiplomatie Roosevelts eingebracht, kam aber nicht zur Abstimmung. Ein Etappenziel an dieser Front wurde 1947 mit der Truman-Doktrin erreicht, in der sich die USA zum Weltpolizisten und Richter erklärten. Der Kongreß bewilligte Militärhilfe für Griechenland und die Türkei zur Niederschlagung der revolutionären Kräfte und 4 Mio. Dollar Waffenhilfe für Tschiang Kai Tschek. 700000 Kuo-Min-Tang-Truppen wurden von den USA ausgebildet. Nach dem "Verlust" Chinas 1949 führte diese Politik geradewegs zum Korea-Krieg 1951. Der Kongreß bewilligte nach anfänglichen Widerständen das Europäische Wiederaufbauprogramm (ERP, Marshall-Plan), was u.a. zur Gründung der BRD und Teilung Deutschlands führte.

1945 wurden über 100 Gesetzesvorlagen gegen Arbeiterrechte in den Kongreß eingebracht. Die Vorlagen wurden im Taft-Hartley-Gesetz von 1947 zusammengefaßt, das die Arbeitsgesetze von 1935 praktisch aufhob. Z.B. wurde das Streikrecht ganz entscheidend eingeschränkt, und es wurden "Ich-bin-kein-Kommunist"-Erklärungen der Führer einer Gewerkschaft zur Voraussetzung der Anerkennung und Zulassung zu Tarifverhandlungen gemacht.

Seitenangriffe der Reaktion zur Unterstützung der beiden Hauptfronten richteten sich gegen fortschrittliche linke Kräfte und gegen die New-Deal-Leute in der Administration. Anfang 1945 wertete das Repräsentantenhaus das HUAC von einem temporären zu einem ständigen Ausschuß auf, trotz der offensichtlichen Unbeliebtheit des HUAC, sichtbar in den Niederlagen der HUAC-Mitglieder bei den Wahlen von 1944 (Richard Nixon war der einzige Politiker, der aus der Tätigkeit im HUAC eine Karriere aufbauen konnte). Anfänglich waren die Einschüchterungskampagnen nicht immer erfolgreich. Die



Nixon zeigt Film aus dem Kürbis

EIN NETZ VON LÜGEN

Am 3. August 1948 beschuldigte ein Whittaker Chambers einen Menschen namens Alger Hiss in einer öffentlichen Sitzung des Komitees gegen unamerikanische Umtriebe (HUAC) der Spionage für die Sowjetunion. Whittaker Chambers gab an, Ex-Kommunist zu sein und 1937 mit der kommunistischen Partei gebrochen zu haben. Alger Hiss war 1948 Präsident der Carnegie Stiftung für Internationalen Frieden. Als junger Mann, wie man so schön sagt, aus gutem Hause, Absolvent der Elite-Universität Harvard (Jura), hatte er im New Deal eine glänzende Karriere begonnen. Im Februar 1945 war er Sonderberater des Präsidenten auf der Konferenz von Jalta. Im Sommer 1945 leitete er als Generalsekretär die Konferenzen, die zur Gründung der Vereinten Nationen führten. Seine gesamte Karriere stempelte ihn als den Vertreter des New Deal.

Chambers hatte acht weitere Namen genannt. Alle acht nahmen das Recht auf Aussageverweigerung wahr. Allein Alger Hiss verlangte eine sofortige Anhörung vor dem HUAC, die am 5. August ebenfalls öffentlich stattfand. Die Presse war günstig für ihn, und HUAC beriet, den Fall fallen zu lassen. Lediglich ein Mitglied, ein junger Abgeordne-

ter aus Kalifornien, 1946 auf einem antikommunistischen Programm gewählt, Richard M. Nixon, gab nicht auf. Ende November tauchten unter dramatischen Umständen, in einem Kürbis versteckt, nach zehn Jahren Dokumente und drei Filmrollen aus dem Außenministerium auf, die Chambers von Hiss erhalten haben will. Alle datiert ab 1938, obwohl Chambers angeblich alle Verbindungen mit den Kommunisten 1937 abgebrochen haben will.

Am 15. Dezember wurde Alger Hiss von einer Grand Jury wegen Meineids angeklagt. Seine Glaubwürdigkeit war angeschlagen, da er zunächst Chambers auf Bildern nicht wiedererkannte, bei einer Gegenüberstellung diesen jedoch als einen früheren Untermiter mit anderem Namen aus dem 30er Jahren bezeichnete. Anklage wegen Spionage war aus Verjährungsgründen nicht möglich. Im Juli 1949 endete das erste Gerichtsverfahren. Die Jury konnte sich nicht einigen. Im Januar 1950 endete ein zweites Verfahren mit einheitlichem Spruch: Schuldig! Alger Hiss verbrachte vier Jahre im Gefängnis.

Zweieinhalb Jahre bringt der Fall Hiss Schlagzeilen gegen die Außenpolitik des New Deal und insbesondere die Abmachungen von Jalta, die mit der Verurteilung von Alger Hiss abgeurteilt wurden. Sie brachten Richard M. Nixon die Nominierung und Wahl zum Vizepräsidenten unter Eisenhower.

Mit dem Watergate-Skandal, der als Abhörskandal des Büros der Demokratischen Partei, initiiert durch Präsident Nixon, 1972 begann und 1974 mit seiner forcierten Abdankung endete, haben sich die vielen ungelösten Fragen des für die Reaktion wichtigsten politischen Prozesses des Kalten Krieges erneut erhoben. War die Auffindung der berühmten Kürbis-Dokumente ein abgekartetes Spiel, inszeniert von Nixon mit Hilfe des FBI? 1978 reichte Alger Hiss erneut eine Petition ein, um sein Verfahren wieder aufzurollen.

Hollywood-Schauprozesse 1947 mußte das HUAC nach zehn Tagen wegen Protesten abbrechen. 1951 war die Lage so verändert, daß das HUAC die Hollywood-Prozesse wieder aufgreifen konnte.

Die Unterdrückung und Ausrichtung im öffentlichen Dienst wurde 1947 mit dem Loyalitätsprogramm in Gang gesetzt. Einen nützlichen Anlaß bot die Aufdeckung eines Spionagerings in Kanada. Alle Beschäftigten waren auf zuverlässige Gesinnung zu überprüfen und mußten sich Fingerabdrücke abnehmen lassen. Einen Monat nach Einführung des Loyalitätsprogramms

hatte im Dezember 1947 der Bundesgeneralstaatsanwalt seine erste Schwarze Generalliste mit 78 Organisationen veröffentlicht. Unloyal waren die Mitglieder dieser Organisationen, unloyal war aber auch, wer Umgang mit einem solchen pflegte, eine entsprechende Veranstaltung besuchte, eine entsprechende Publikation bezog. Erst nach der Wahl Nixons zum Präsidenten wurde diese Generalliste 1970 als unhandlich abgeschafft. Zielgruppe der Säuberung 1947 waren die New-Deal-Anhänger. 1948 wurde Alger Hiss, ein wichtiger Beamter im Außenministerium unter

Roosevelt, von HUAC als angeblicher Kommunist verhört.

Die Reaktion entfesselt den Propagandakrieg

Es ist unmöglich, hier auf die Methoden im einzelnen einzugehen, mit denen diese Programme und weitere Maßnahmen durchgesetzt wurden. Die Sensationspresse, monopolisiert im Hearst-Konzern, führte die Propagandaschlacht zur Umkehrung der Stimmung im Lande an, gefolgt von Pamphleten der Handelskammern und der katholischen Kirche sowie volksnaher Schriften des HUACs wie die Reihe "100 Dinge, die Sie über Kommunisten in ... wissen sollten". Für die Verschwörungstheorie, nach der die Kommunisten im Lande der Sowjetunion hörig seien und den Umsturz vorbereiteten, wurde durch "Enthüllungen" von Leuten, die von sich behaupteten, früher Kommunisten gewesen zu sein und in Spionageringen gearbeitet zu haben, ständig neue Schlagzeilen geliefert. Irgendwelche faßbaren Tatsachen traten äußerst selten zutage.

Der Propaganda folgten die Schlägertrupps auf dem Fuß. Demonstrationen gegen das HUAC wurden von ihnen und der Polizei auseinandergeprügelt. Daß es sich um eine landesweit organisierte Front der Reaktion handelte, zeigte sich in der Wahlkampagne von H.C. Wallace in der Präsidentschaftswahl 1948. Wallace, ein New Dealer mit Leib und Seele, war von Anfang an dabei gewesen. Um ihn sammelten sich Anfang 1948 noch einmal die Kräfte des New Deal. Mit dem ganzen Arsenal von Einschüchterungen, Verleumdungen und Bedrohungen, das der Reaktion zur Verfügung stand, wurde seine Kandidatur bekämpft. Wallace, anfänglich auf fünf bis zehn Millionen Stimmen geschätzt, erhielt am Wahltag etwas über eine Million.

Diese Niederlage war jedoch nicht allein der massiven Störung der Wahlkampagne zuzuschreiben. Frühzeitig angelegte Spaltungslinien in der Arbeiterbewegung und in der fortschrittlichen Intelligenz konnten nun Früchte tragen. Der AFL hatte das Hartley-Gesetz mit seinen Kommunisten-Reversen akzeptiert. Die Ablehnungsfront der CIO-Gewerkschaften zerbrach dann auch, nachdem der AFL begann, mit Hilfe dieses Gesetzes die CIO-Gewerkschaften aus den Betrieben zu verdrängen. Bis 1949 hatte der CIO dann alle Mitglieds-gewerkschaften, die sich Taft-Hartley nicht beugen wollten, unter Verlust von 20% seiner Mitglieder ausgeschlossen. Truman hatte gegen Taft-Hartley sein Veto eingelegt und versprach 1948 in seinem Wahlkampf ein besseres New Deal, das er Fair Deal nannte. Die Gewerkschaften unterstützten ihn.

Die Intelligenz war schon vorher in fortschrittlich aber antikommunistisch gespalten worden. In den späten



McCarthy, konfrontiert mit Original eines von ihm gefälschten Fotos

McCARTHY

AM ENDE

Nach Eisenhowers Amtsantritt fand die "Entdeckung von Kommunisten" in hohen Regierungsämtern nicht mehr den ungeteilten Beifall der Republikaner im Kongreß. Daraufhin begann McCarthy im Sommer 1953, die Armee mit "rotem" Dreck zu bewerfen. Zwei Monate nach der Hinrichtung von Julius und Ethel Rosenberg im Juni 1953 als angebliche Atomspione für die Sowjetunion

nahm sich McCarthy die Armeeforschungseinrichtung vor, in der J. Rosenberg angestellt war. Nach anfänglicher Kooperation verlangte die Armee Anhörungen vor dem Senat gegen Anschuldigungen, daß sie McCartys Untersuchungen gegen einen angeblichen sowjetischen Spionagering sabotiere. Diese Anhörungen fanden schließlich vor McCartys eigenem Komitee statt; kein anderes Senatsgremium wollte dieses heiße Eisen anpacken. Millionen Fernsehzuschauer verfolgten gespannt, wie McCartys Untersuchungsmethoden enthüllt wurden und er selber, seit seinem Aufstieg 1950 zum ersten Mal in der Defensive, immer ausfallender gegen seine Senatskollegen wurde. Am 2. Dezember 1954 wurde er deswegen mit 67 gegen 22 Stimmen im Senat wegen ungebührlichen Verhaltens gerügt. Seine politische Karriere war damit am Ende. Seine Methoden wurden jedoch nicht offiziell verurteilt und seine zahlreichen Opfer nie offiziell rehabilitiert oder gar entschädigt. Die Propaganda von einer angeblichen sowjetischen Verschwörung in den USA, deren Exponent McCarthy war, wurde nie zurückgenommen.

Quellenhinweis: "Without Precedent", J.A. Adams, 1983

30er und Anfang der 40er Jahre hatte das HUAC ausdrücklich darauf geachtet, Organisationen, in denen sich Liberale und Kommunisten befanden, von seinen Verfolgungen auszusparen. Um ihre Haut zu retten, begannen fortschrittliche liberale Organisationen nach 1945 nicht nur, Kommunisten aus ihren Reihen auszuschließen, sondern reichten auch entsprechende Listen beim FBI ein. Einige dieser Fortschrittlichen kaprizierten sich darauf, General Eisenhower zu überreden, als unabhängiger Kandidat aufzutreten, schließlich hatte er in Europa den Faschismus bekämpft. Viele von ihnen machten sich vor, Trumans Fair Deal wörtlich nehmen zu können. Sie unterstützten ihn.

Mit der Wiederwahl Trumans war das New Deal als soziale Bewegung nicht nur endgültig gestorben, sondern das New Deal wurde nun ohne Rücksicht wie Kommunismus verfolgt. Daß es mit Rücksichtnahme auf die frühere Allianz mit der Sowjetunion endgültig vorbei war, hatte Truman schon im März 1947 mit der Begründung seiner Doktrin amtlich gemacht. Noch im selben Monat trommelte das Justizministerium eine Grand Jury zusammen, die zwölf Führer der kommunistischen Partei der USA (CPUSA) unter Anklage stellte. Rechtzeitig in der Mitte des Wahljahres 1948 kam die Jury zu einem Schuldspruch. Die Anklage beruhte auf dem Smith-Act und warf der CP

vor, geleitet von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus sich verschworen zu haben, "den gewaltsamen Sturz und die Zerstörung der Regierung der USA zu lehren und zu propagieren". Konkrete Handlungen bezüglich Umsturz brauchte es nicht zu geben.

Dieser Angriff hatte die CPUSA in einer schwierigen Lage getroffen. In den sozialen Kämpfen der 30er Jahre hatte die CP an Ansehen und Kräften gewonnen und an einer Einheitsfront gegen den Faschismus gearbeitet. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939 zog sie sich aus dieser Front zurück und verlor dabei etwa die Hälfte ihrer Mitglieder, insbesondere aus der Intelligenz. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion warf sie sich wiederum ganz auf die antifaschistische Front. Sie forderte den Kriegseintritt der USA und unterstützte dann während des Krieges z.B. aktiv das Streikverbot. 1944 unterstützte sie die Wiederwahl Roosevelts. Sie ging dabei sogar soweit, sich als Partei aufzulösen in die große antifaschistische Front. 1945 wurde die CP wieder als Partei gegründet. Gegen die Kommunistenhetze in den Gewerkschaften trat sie defensiv auf – politische Überzeugung sei Privatsache. Der Angriff über die Justiz, der praktisch ein Verbot ohne formale Verbotserklärung darstellte, konnte nicht mehr zurückgeschlagen werden. Als der Oberste Gerichtshof 1951 die Verurteilungen bestätigt

hatte, leitete die Reaktion sogleich eine zweite Verhaftungswelle ein. Über 120 Funktionäre wurden verurteilt. Der Kampf an der Seite "ihrer" Bourgeoisie in dem "gerechten" Krieg, den die US-Imperialisten angeblich gegen den Faschismus führten, hat der CPUSA keine Lorbeeren eingebracht und, soweit wir sehen können, zur ideologischen Wehrlosigkeit der Arbeiterbewegung gegenüber neuen Kriegsplänen beigetragen.

Damit waren die Weichen gestellt. Die Reaktion setzte ihre gewaltige Terrormaschine in Gang. Über 13 Millionen Menschen von etwa 65 Millionen Lohnabhängigen wurden von 1947 bis 1955 auf Loyalität überprüft. Loyalitätskammern verbreiteten sich über das Land. Jeder Bundesstaat hatte noch seine eigenen Loyalitätsgesetze und Kammern. Die Kongreß-Komitees waren an keine juristische Verfahrensordnung gebunden. Die Mitglieder konnten, geschützt durch ihre Abgeordneten-Immunität, jeden Unflat verbreiten. Wer die Aussage verweigerte, wurde von den Gerichten wegen Mißachtung des Kongresses zu Gefängnis verurteilt. Wessen Name genannt wurde, war am nächsten Tag entlassen. Über die Verträge mit der ausgedehnten Rüstungsindustrie wurde dieser Verhörterror in die Privatwirtschaft eingeführt.

Es gibt nicht wenige Beispiele auch organisierter Gegenwehr, aber eine einheitliche Front aller Kräfte gegen den Terror durch die politische Unterdrückung durch die Reaktion bildete sich nicht. Insbesondere war die Industriearbeiterschaft nicht in der gleichen Weise betroffen wie die Beschäftigten in öffentlichen Diensten und die Angehörigen des akademischen Berufsstandes. Der öffentliche Dienst, das Militär sowie alle Kommunikationseinrichtungen (Rundfunk, Film, Fernsehen usw.) waren fast 100% und Akademiker (an Universitäten, Vorschuleinrichtungen usw.) zu etwa 50% Loyalitätsüberprüfungen ausgesetzt, zusammen etwa neun Millionen Beschäftigte, das Industrieproletariat, wie alle anderen Lohnabhängigen, jedoch nur zu etwa 11% (4,5 Millionen), eingeschlossen die Verkäuferinnen nach dem Taft-Hartley-Gesetz. Eine Schätzung, die von rund 11.500 Entlassungen bzw. Nichteinstellungen in direktem Zusammenhang mit Loyalitäts-/Staats sicherheitsbestimmungen ausgeht, ordnet der privaten Wirtschaft davon 1200 zu. Falls diese Zahlenverhältnisse annähernd richtig sind, erklären sie zum Teil auch die trotz schärfster politischer Unterdrückung gleichbleibend hohe Streikaktivität der Arbeiterklasse, die für wirtschaftliche Verbesserungen kämpfte. Politische Streiks waren das nicht, auch wenn einzelne Belegschaften gegen politische Entlassungen streikten. Wahrscheinlich ist auch, daß die Arbeiterbewegung

mit McCarthyismus nicht von ihren Kämpfen abzuhalten war. Sie hatte sich in den 30er und 40er Jahren unter großen Opfern gegen die brutalste Unterdrückung – Einsatz von Streikbrecherheeren, Polizei und Militär – behauptet. Erst nach 1952 gingen die Streiks um fast die Hälfte zurück. Nicht nur, weil die politische Unterdrückung auf ihrem Höhepunkt war, sondern auch weil zu dieser Zeit in den wichtigsten Branchen Inflationsausgleichsklauseln in den Tarifverträgen untergebracht waren, die einen Teil der wirtschaftlichen Streikkämpfe überflüssig machten. Die Reaktion hatte damit in dieser für sie wichtigen Frage des Kalten Krieges zwar wirtschaftliche Zugeständnisse machen müssen, aber verhindern können, daß die Arbeiterklasse den Kampf um ihre politische Emanzipation aufnahm und den Kampf gegen die politische Unterdrückung anführte. Die Intelligenz, auf die sich der politische Angriff der Reaktion konzentrierte, war auf sich allein gestellt, und nach anfänglich breitem Widerstand arrangierte sie sich.

Schon bei der Wahl Eisenhowers 1952 war klar, daß sich die Welteroberungspläne trotz Aufrüstung und wirksamer Unterdrückung im Innern nicht so einfach mit Überfall und Einmarsch, z.B. in die UdSSR oder China, würde durchführen lassen. Eisenhower mußte im Wahlkampf versprechen, den Koreakrieg zu beenden. Zuvor war General McArthur abgesetzt worden, nachdem er von Korea in die VR China einmarschiert war, allerdings zurückgeschlagen wurde. Der Koreakrieg endete, wie er begann, mit Teilung. In Asien waren keine Siege zu erringen.

China blieb "verloren". Indien bewahrte seine Unabhängigkeit und war Motor in einer erstarkenden Blockfreien-Bewegung. Die Sowjetunion, durch die aggressive Politik der USA zu Aufrüstung statt Aufbau gezwungen, hatte kurz nach den USA eine eigene Wasserstoffbombe entwickelt. Die Gründung des NATO-Kriegsbündnisses hatten die sozialistischen Länder mit dem Warschauer Pakt beantwortet.

Den vorläufigen Schlußpunkt unter Versuche im Kongreß, die Abmachungen von Jalta offiziell zu revidieren, setzt eine von der Eisenhower-Regierung 1953 eingebrachte Vorlage. Darin mußte auch die neue republikanische Regierung die Abmachungen von Jalta akzeptieren. Die Republikaner, die seit 1945 im Kongreß als Opposition diese Abmachungen angegriffen hatten, ließen die neue Vorlage stillschweigend unter den Tisch fallen. Aber auch im Innern begann sich die Lage zu ändern. Die Rassenunterdrückung war zu dieser Zeit auf die Spitze getrieben. Am 5. Dezember 1945 beschloß Rosa Parks, eine Hausfrau aus Montgomery, Alabama, sich im Bus nach vorne zu setzen, auf die für die Weißen reservierten Plätze. Sie wurde verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Ihre mutige Tat wurde zu einem Fanal für die Bürgerrechtsbewegung, mit der sich in dieser Zeit der Unterdrückung die am meisten unterdrückten und am schlechtesten gestellten Schichten des Volkes zu erheben begannen.

Quellenhinweis: A.E. Kahn, High Treason, The Plot against the People, 1950; A.G. Theoharis, The Yalta's Myths, 1970 – (her, ger)



Anti-HUAC-Demonstration in San Francisco wird zerschlagen

DAS ENDE DES HUACS 1974

Der Angriff auf drei prominente Gegner des Vietnamkriegs läutete endlich das Ende des HUACs ein. Das Foto der gewaltsamen Entfernung des Anwalts der Geladenen ging 1966 durch Fernsehen und Presse. Die Ge-

ladenen verweigerten die Aussage vor der Presse und wurden prompt – wie es bewährte Praxis aus der Zeit des Kalten Krieges war – wegen Mißachtung des Kongresses vor Gericht gestellt. Im Sommer 1969 entschied ein Berufungsgericht, einen Prozeß zuzulassen, in dem die Anwälte die 30jährige Praxis des Komitees als Verletzung der Verfassung anprangern wollten. 1973 wurden daraufhin zunächst die Anklagen wegen Mißachtung des Kongresses fallengelassen und ein Jahr später das HUAC aufgelöst. Es hatte nämlich schon vorher aufgehört, seinen Zweck zu erfüllen. Revolutionäre aus der Antivietnamkriegs- und Black-Panther-Bewegung hatten vor dem HUAC schon länger den Spieß umgedreht. Sie verteidigten sich nicht gegen Vorwürfe, verweigerten auch nicht die Aussage, sondern griffen das Komitee an und propagierten ihre politischen Ansichten und Ziele in den heiligen Hallen des amerikanischen Kongresses. Quellenhinweis: A. Kinoy, Rights on trial

US-Regierung**LOHNKÜRZUNG BEI
BUNDESBESCHÄFTIGTEN**

Die Reagan-Regierung hat in dem Haushaltsentwurf 1986 weitgehende Lohn- und Rentenkürzungen bei den zivilen Beschäftigten der Bundesregierung vorgesehen. Dagegen wandte sich der Exekutiv-Rat des US-Gewerkschaftsbundes AFL/CIO und charakterisierte, der Angriff der Regierung auf die Bundesbeschäftigten signalisiere den Unternehmen im privaten Bereich, "daß der Lohn und die Versicherungsgelder aller Werktätigen zum Angriff freigegeben sind".

Ab Januar 1986 sollen die Löhne und Gehälter der über eine Million zivilen Beschäftigten um 5% gekürzt werden, was allein im Jahr 1987 eine Streichung von 1,8 Mrd. Dollar ausmacht. Reagan hatte schon, wie im Jahr zuvor auch, die 4%-Lohnerhöhung vom Oktober 1984 auf Januar 1985 zurückgestellt. Hinzukommt, daß— nach Angaben eines Amtes der Regierung selber— die Löhne und Gehälter der Bundesbeschäftigten um 18,2% hinter den vergleichbaren Entlohnungen der privaten Industrie zurückliegen. Außerdem will die Regierung im Jahr 1986 15000 weniger beschäftigen.

Mit den Rentenkürzungen will die US-Regierung den Kapitalisten ebenfalls die Bahn freimachen. Das bisherige Rentenalter von 55 Jahren bei 30 Dienstjahren, bzw. 60 Jahren bei 20 Dienstjahren, soll auf 65 Jahre angehoben werden. Für jedes Jahr unter 65 soll die Rente um 5% gekürzt werden. Die Bedrohung der Beschäftigten kann an folgendem ermessens werden: Das Durchschnittsalter derjenigen zivilen Bundesbeschäftigten, die in Rente gehen, liegt derzeit bei 60,7 Jahren. Nach Angaben der Gewerkschaften sind diese Renten niedriger als die in der Industrie. Weiter will die Regierung für 1986 die gesetzlich vorgeschriebene Inflationsanpassung aussetzen. Danach will sie den Berechnungsmaßstab für diese Anpassung verschlechtern. Eine Regierungskommission hat darüber hinaus vorgeschlagen, daß die Rentenversicherung abgebaut werden soll, stattdessen sollen die Beschäftigten bis zu 16% ihres Lohns in vom Bund bezuschußte Kassen einsparen.

Als Drittes will die Regierung die Krankenkassenbeiträge, die sie zahlt, über ein System senken, bei dem die Beschäftigten von bezahlten Arztrechnungen nur noch bestimmte Teile zurückerstattet bekommen.

In einer Anhörung vor dem Repräsentantenhaus hat der Vorsitzende einer Gewerkschaft der Regierungsbeschäftigten das Parlament aufgefordert, entweder diese Haushaltspunkte zu streichen oder den Gewerkschaften der Bundesbeschäftigten

"volle Gewerkschaftsrechte" gesetzlich zuzugestehen, damit sich die Beschäftigten selber schützen könnten. Bisher haben die Beschäftigten kein Streikrecht und kein Recht, Tarifverhandlungen zu führen.

Quellenhinweis: US-Budget in Brief, Fiscal Year 1986; congressional quarterly, 2.2.85 — (gba)

Lohnkampf Dänemark**"WEITERER FALL DER
LOHNKOSTEN" (DA)**

Bereits im Februar hatte die dänische Regierung den Plan über einen Tarifabschluß ausgearbeitet, den sie den Arbeitern nun per Gesetz aufgezwungen hat und der genau den Vorstellungen der Kapitalisten entspricht: Lohnerhöhungen von ca. 3% insgesamt — davon 1% jetzt und 2% durch spätere Teuerungszulagen —, 3-jährige Tarif-



Die Zugangswege zur Schlichtungsverhandlung am 21.3. wurden von Arbeitern zugemauert.

laufzeit, ab Januar 1987 die 39-Stundenwoche.

Der Gewerkschaftsdachverband (LO) hatte Lohnerhöhungen von ca. 6% gefordert (eine eindeutige Zahl wurde selten genannt) sowie die 35-Stundenwoche. Die Niedriglohngruppen sollten auf jeden Fall vollen Lohnausgleich erhalten. Allerdings signalisierte er auch gleich Kompromißbereitschaft: die Konkurrenzfähigkeit der dänischen Wirtschaft dürfe auf keinen Fall leiden.

Der dänische Kapitalistenverband (DA) trat unverschämmt auf, er konnte ja getrost auf das Eingreifen der Regierung warten: Mindestens eine Halbierung der Unkostenentwicklung sei das Ziel (also unter 2% Lohnerhöhung). Zuletzt hieß es: Ein weiterer Fall der Lohnkosten müsse erzielt werden. Zur Arbeitszeitverkürzung war der DA nur bei einer dreijährigen Tariflaufzeit bereit. Ansonsten legte er Wert auf einen Rahmen von ca. 3% bis 3,5%, in den dann alles, auch die

Arbeitszeitverkürzung, eingerechnet würde.

Die Schlichtungskommission legte am 13.3. einen Entwurf vor, der günstiger als der Regierungsplan war: ca. 4% Lohnerhöhung, Erhöhung des Mindestlohns, Tariflaufzeit für zwei Jahre sowie die 38,5-Stundenwoche. Die LO lehnte dies als unzureichend ab.

Ab 24.3. streikten 300000 Beschäftigte im privaten Bereich eine Woche lang. Am Ende der Woche tagte das Parlament in einer Mammutsitzung, um den Gesetzentwurf noch am Samstag, den 30.3., zu verabschieden. Ab 1.4. ist damit der Streik offiziell beendet. Ebenfalls wird damit der Streik im öffentlichen Dienst, der auch am 1.4. beginnen sollte, verhindert. Mit Stimmen der Radikalen setzte die Minderheitsregierung durch: 2,5% Lohnerhöhung insgesamt, eine Wochenstunde weniger Arbeit ab 1987. Die Gewerkschaft kündigte weitere Aktionen an, einzelne Gewerkschaften wollen weiter streiken.

Quellenhinweis: Politiken bis zum 23.3.1985; LO-Bladet 4/85 — (wiw)

Mosambik**HARTER KAMPF
UMS ÜBERLEBEN**

Die Unabhängigkeit Mosambiks ist gefährdet. Als die Regierung vor genau einem Jahr mit Südafrika den Nichtangriffsvertrag von Nkomati abschloß, erhoffte sie die Beendigung des Wirtschaftskrieges und der militärischen Aggression des Siedlerregimes und der von ihm ausgehaltenen Banden der RNM. Ihre Hoffnungen sind begraben. Im Gegenteil scheinen sich Befürchtungen zu bewahrheiten, daß das Abkommen von Nkomati selbst nur ein Baustein in der langfristigen Destabilisierungs- und Unterwerfungsstrategie Südafrikas gegen das unabhängige Mosambik ist.

Im Gegensatz zu Mosambik hat das Siedlerregime nicht eine Minute daran gedacht, den Vertrag einzuhalten. Das hätte vor allem jeglicher Unterstützung für die konterrevolutionären Banden der RNM ein Ende gesetzt und damit der RNM selbst, die fast vollständig von Südafrika abhängig ist. Stattdessen hat Südafrika die von ehemaligen portugiesischen Kolonialisten und Geheimdienstlern geführten Banden kurz vor Vertragsabschluß mit Waffen für zwei Jahre ausgerüstet und setzt auch nach dem Vertragsabschluß die Waffenlieferungen fort, denn in seiner Aggressionspolitik gegen Mosambik spielt die RNM nach wie vor eine zentrale Rolle. 18000 frische Rekruten werden z.Zt. in Militärlagern des Siedlerregimes gedrillt. In Mosambik selbst hat die Gewalt des Krieges weiter zugenommen. Wenn gleich Berichte in den bürgerlichen

Medien über eine "Einkreisung" der Hauptstadt Maputo übertrieben sind, scheint doch sicher, daß die RNM fast im ganzen Land operiert, oft mit direkter Unterstützung südafrikanischer Kommandoeinheiten, und daß die Opfer ihres Terrors in Tausenden, ja Zehntausenden zählen.

Der Terror trifft vor allem die Landbevölkerung und die landwirtschaftliche Produktion und verschärft die durch lange Trockenheit hervorgerufene Hungerkatastrophe, die bisher über 100000 Menschen das Leben kostete. Die Imperialisten benutzen die wirtschaftliche Not, um ihren Druck auf Mosambik zu verstärken und das Land von seinem antiimperialistischen Kurs abzubringen. Die US-Zeitung 'International Herald Tribune' zählte kürzlich als "Fortschritte" des letzten Jahres auf: eine forcierte Privatisierung staatlicher Farmen und Fabriken, den Beitritt Mosambiks zu IWF und Weltbank, die Errichtung der IWF-Kontrolle über die mosambikanischen Finanzen, die Einrichtung zahlloser Agenturen imperialistischer Organisationen über das ganze Land im Zusammenhang mit Hunger-"Hilfs"programmen... Inzwischen suchen US- und europäische Firmen vor der mosambikanischen Küste nach Öl und Gas und südafrikanische Monopole verhandeln über die Errichtung sog. "freier Produktionszonen" im Süden des Landes, in denen sie für den Export produzieren lassen können.

Im Oktober letzten Jahres konnte Südafrika die Regierung Mosambiks erstmals zu Gesprächen mit der RNM zwingen. Dabei konnte sich das Siedlerregime auch noch als "Vermittler" aufspielen. Als nächstes scheint es darauf aus, den Führern der RNM zentrale Funktionen im mosambikanischen Staatsapparat zu verschaffen. Quellenhinweis: Fact and Reports, Press Cuttings On Southern Africa, Nr. D-F, 1985; Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 8/84, 1/85; Süddtsch. Zeitung v. 16./1.3.- (scc)

Südafrika/Azania

TERRORAKTE DER REGIERUNG

Das Massaker, bei dem die südafrikanische Polizei am 21.3. in Uitenhage bei Port Elizabeth 19 Schwarze umgebracht und viele verletzt hat, als sich 3000 Menschen anlässlich einer Beerdigung versammelten, ist keine einzelne Erscheinung, die nur die Erinnerung an das Massaker von Sharpville vor 25 Jahren wachruft. Es ist Teil eines an vielen Orten verübten terroristischen Vorgehens der Regierung unter besonderer Verantwortung des Ministers für Recht und Ordnung, le Grange, der die staatlichen Gewaltmittel einsetzt, um das Vorrecht der

weißen Minderheit, die Schwarzen auszubeuten und mit faschistischen Mitteln zu beherrschen, zu behaupten. Der Versuch, durch Reformen Schwarze und Farbige zu spalten, ist gescheitert. Im Falle Uitenhage wurde eine staatliche Untersuchung zugesagt. Die Demonstranten, die aufgefordert wurden, vor Gericht zu erscheinen oder eine Geldstrafe zu zahlen, weil sie gegen das Massaker protestiert hatten, weigerten sich zu zahlen, da dies eine Anerkennung des Schuldvorwurfs bedeuten würde.

Der wichtigste Grund, warum die Regierung erneut zu offener Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung greift, ist der Prozeß gegen 22 Führer der Vereinigten Demokratischen Front (UDF), darunter mehrerer Führer der bedeutendsten schwarzen Gewerkschaften, mit dem die Regierung die Zerschlagung ihrer Organisationen erreichen will. Der Prozeß hat am 29.3. 1985 begonnen. Am selben Tag verhängte die Regierung ein Versammlungsverbot gegen 29 Organisationen der Schwarzen, hauptsächlich in der Kapprovinz, für drei Monate.

Die Wirkung einer anderen Metho-

de, die Ruhe zur Führung des Prozesses herzustellen, hatten Nelson Mandela und die anderen seit Jahren im Gefängnis gehaltenen Führer des ANC vereitelt. Sie hatten am 10.2. Präsident Bothas Angebot abgelehnt, sie aus dem Gefängnis zu entlassen, wenn sie darauf verzichteten, Gewalt als Mittel der Politik anzuwenden.

Auf einer Versammlung mit über 8000 Teilnehmern, die die UDF organisiert hatte, trug Mandelas Tochter seine Erklärung an das azanische Volk vor. Mandela wies darauf hin, daß alle Versuche, Verhandlungen mit der Regierung zu führen, nichts genützt haben und daß der ANC den bewaffneten Kampf erst aufgenommen hat, als alle diese Versuche gescheitert waren. Er erklärte, er könne nicht frei sein, solange der ANC gebannt, die politische Betätigung für Schwarze verboten sei, solange die Paßgesetze existierten und die Schwarzen nicht als Staatsbürger anerkannt seien. Die ermutigende Wirkung dieser Erklärung will die Regierung vernichten.

Quellenhinweis: Facts and Reports, 1.3. u. 15.3. 1985; Süddeutsche Zeitung vom 22.3.-1.4. 1985 - (anl)

Bolivien

REAKTIONÄRE VERSUCHE, DAS BÜNDNIS VON ARBEITERN UND BAUERN ZU SPALTEN

Am 23. März hat der bolivianische Gewerkschaftsverband COB einen Generalstreik nach 16 Tagen beendet. Wenn man den spärlichen Nachrichten über das Ergebnis des Generalstreiks glauben kann, so haben die bolivianischen Arbeiter einen Teilerfolg errungen. Die Regierung stimmte einer Erhöhung der gesetzlichen Mindestlöhne um über 200 % auf ca. 290 DM zu, angesichts einer Teuerungsrate von derzeit etwa 3000 % sicherlich nur ein ge-

ringfügiges Zugeständnis. Sie verpflichtete sich weiter, dem Schwarzhandel entgegenzutreten und dafür zu sorgen, daß die Arbeiter die Grundnahrungsmittel auch tatsächlich zu den offiziellen festgesetzten Preisen kaufen können. Schließlich willigte die Regierung ein, ab 1.4. eine im Vorjahr außer Kraft gesetzte Inflationsanpassung der Löhne teilweise wieder in Kraft zu setzen. Die Beseitigung dieser Inflationsanpassung der Löhne



Bolivianische Zinnarbeiter. Selbst bei schwerster Akkordarbeit verdient kaum einer von ihnen mehr als umgerechnet 400 DM. IWF und imperialistische Banken verlangen von der bolivianischen Regierung, diese Löhne weiter zu senken. Schon jetzt zahlen sie für das bolivianische Zinn, das die Arbeiter aus weitgehend erschöpften Minen fördern, gerade 50 % der Produktionskosten.



Die Regierung Zimbabwes rechnet 1985 mit einer Rekordernte. Das gab der Pressesprecher der Regierung, J. Zimba, Ende März in Bonn bekannt. Auch Sambia werde wieder genug Getreide ernten, um den Bedarf zu decken. 1984 hatten die Bauern und Landarbeiter in Zimbabwe nach drei Jahren Trockenheit nur 900 000 Tonnen Mais ernten können (1981: 2 Mio. Tonnen), so daß die Regierung Getreide über Südafrika importieren mußte. Die jetzige Rekordernte wird Sambia wie auch Zimbabwe von dieser drückenden Abhängigkeit befreien. Ein weiterer Erfolg: Erstmals brachten die schwarzen Bauern Zimbabwes, die unter der Trockenheit besonders gelitten hatten, mehr als die Hälfte der Maisernte auf ihrem eigenen Land ein. Bild: Baumwollanbau. — (rül)

USA: STREIK BEI PANAM BEENDET

Nach 27 Tagen Streik haben 61% der 5800 streikenden Mechaniker und anderen Bodenbeschäftigten einem Tarifvertrag mit der Fluggesellschaft PanAm zugestimmt. Die Löhne werden in den nächsten drei Jahren um 21% angehoben. Die Gewerkschaft hatte den Streik organisiert, weil die Kapitalisten eine tariflich zugesagte Wiederanhebung der Löhne um 24% ab Januar 1985 auf drei Jahre verteilen wollten. 1981 hatten die Beschäftigten Lohnkonzessionen zugestanden. Eine weitere Verschlechterung konnten die Kapitalisten durchsetzen: Neu Eingestellte, die einen niedrigeren Lohn erhalten als die Beschäftigten,

werden erst nach sieben Jahren, bisher vier Jahre, auf den gleichen Lohn kommen. — (gba)

USA: 18 JAHRE HAFT FÜR RAKETENBESCHÄDIGUNG

Strafen bis 18 Jahre Haft hat ein Richter in Kansas City gegen vier Atomwaffengegner verhängt, die Ende 1984 in ein Atomwaffenlager in Missouri eingedrungen waren und die Luke des Schachts einer "Minuteman"-Rakete mit einem Preßlufthammer beschädigt hatten. Die Atomwaffengegner — zwei katholische Geistliche, ein Indianer und eine 41-jährige Frau — wurden u.a. der Verschwörung und der Zerstörung von Mitteln der nationalen Verteidigung schuldig gesprochen. — (rül)

US-KONGRESS BEWILLIGT WEITERE 21 MX-RAKETEN

Am 28.3. hat das US-Repräsentantenhaus die Mittel für die Beschaffung weiterer 21 MX-Interkontinentalraketen bewilligt. Nachdem wenige Tage zuvor der Senat die erforderlichen Mittel bewilligt hatte, steht nun der Beschaffung der MX-Raketen parlamentarisch nichts mehr im Wege. Die Zahl der installierten MX-Raketen steigt damit auf 42. Insgesamt will die US-Regierung 100 MX-Raketen in Wyoming und Nebraska installieren lassen. Jede MX-Rakete trägt 10 atomare Sprengköpfe und ist auch nach offiziellen US-Darstellungen als "Erstschlagwaffe" gedacht. Sie soll, so die militärische Planung der USA, in der Lage sein, die sowjetische Raketenabwehr zu durchbrechen. Für die



US-Rüstungsindustrie bedeutet das MX-Programm Aufträge über 30 Mrd. Dollar. Die Mehrheit im US-Repräsentantenhaus kam zustande, weil auch demokratische Abgeordnete aus den Südstaaten mit den Republikanern für das Programm stimmten. Bild: Reagan und sein Sicherheitsberater Clark. — (rül)

und die Aufhebung der Preissubventionen für Grundnahrungsmittel sind zentrale Forderungen, die der IWF und die imperialistischen Banken seit Monaten zur Vorbedingung neuer Kredite an das mit knapp 5 Mrd. \$ hochverschuldete Land stellen.

Ursprünglich hatte der COB viel weitergehende Forderungen gestellt: Einstellung der Zahlungen für die Auslandsschulden, Verstaatlichung der Banken, des Außenhandels, des Transportwesens, lebensnotwendiger Mindestlohn mit garantierter Anpassung an die Inflation, Steuersenkungen für das Kleingewerbe, Verstaatlichung der privaten Minen (knapp 23 000 der 50 000 Minenarbeiter des Landes werden von privaten Bergwerkskapitalisten ausgebeutet, die größte Zinnmine ist dagegen seit den 50er Jahren verstaatlicht), gerechte Preise für die landwirtschaftlichen Produkte. Insbesondere die Forderung nach einem ausreichenden Mindestlohn mit An-

passung an die Teuerung ist seit Jahren eine der zentralen Forderungen der bolivianischen Gewerkschaften.

Beginnen hatte der Generalstreik am 8. März, nachdem die Bergarbeiter in den Läden der staatlichen Minengesellschaft Comibol keine Lebensmittel mehr kaufen konnten. Seit Jahren bilden die Bergarbeiter die stärkste der 5000 Einzelgewerkschaften des COB. Sie werden in den Gruben furchtbarsten Arbeits- und Lebensbedingungen unterworfen. Viele von ihnen, vor allem diejenigen, die im Akkord das Gestein aus dem Berg brechen, müssen jeden Tag 12 Stunden arbeiten. 16 Tonnen Gestein muß so ein Zinnarbeiter bei der staatlichen Zinn-gesellschaft Comibol pro Tag aus dem Berg brechen, um den Mindestlohn zu bekommen. Kaum ein Arbeiter in den Zinngruben wird älter als 40 Jahre. Die meisten sterben an Staublunge. Und dabei sind die festangestellten Akkordarbeiter von Comibol noch die

verhältnismäßig besser bezahlten Lohnabhängigen. Sie bekommen kostenlose "Wohnungen" — ein verheiratetes Paar hat "Anspruch" auf 3 mal 4 Meter ungeheizten Wohnraum, gleichgültig, wie viele Kinder es hat —, sie können ihre Lebensmittel im Unterschied zu den Arbeitern der privaten Minen zu verbilligten Preisen in den Läden der Comibol erwerben. Über die Hälfte der 27 000 Arbeiter der Comibol sind "freie" Arbeiter, denen die Direktion entweder aufgegebenen Stellen zuweist, wo sie versuchen, noch Zinn auszukratzen, oder die wie die 2000 Schlammwähler unterhalb der Zinnaufbereitungsanlage bis zum Bauch in den Abfließgewässern stehen müssen und den ausgewaschenen Schlamm noch einmal nach Zinn oder anderen Metallen durchsuchen.

Diese Minenarbeiter zogen Anfang März mit Frauen und Kindern zur Hauptstadt La Paz, um für eine bessere Versorgung der Minengebiete mit

NATO-KAMPAGNE GEGEN GRIECHENLAND

Die Wahl von Christos Sartzetakis zum griechischen Präsidenten mit der Stimme des amtierenden Präsidenten ist der Anlaß für eine subtile NATO-Drohkampagne. Der griechischen Regierung wird, vor allem von Zeitungen in der BRD, ein "gestörtes Verhältnis zur Demokratie" vorgeworfen. So wird der Boden für die "Verteidigung der Demokratie" in Griechenland gelegt. Damit hat die BRD Erfahrung; sie war ein Hauptunterstützer der faschistischen griechischen Junta zwischen 1967 und 1974.— (hef)

VERURTEILUNG ISRAELISCHER KRIEGSVERBRECHEN

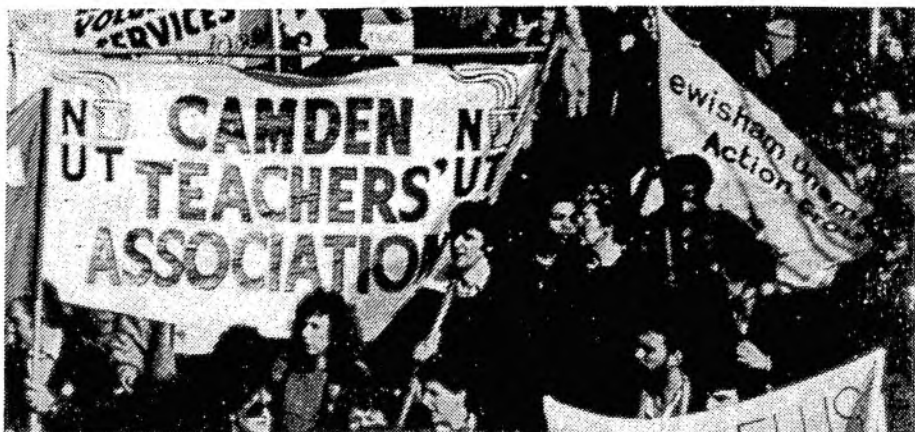
Vom 29. bis 31.3. fand in Bonn die dritte Sitzung der Internationalen Kommission zur Untersuchung der israelischen Verbrechen gegen das libanesisch und palästinensische Volk statt. Die Kommission, 1982 durch den englischen Anwalt Platt-Mills initiiert, hat die Berichte von "fact finding missions" aus den israelisch besetzten Gebieten des Libanon und den seit 1967 besetzten Gebieten Palästinas entgegengenommen sowie Opfer, Zeugen und Experten (z.B. die israelische Rechtsanwältin Felicia Langer) dazu angehört. Die Kommission äußerte ihre höchste Besorgnis über die verbrecherischen Praktiken der israelischen Besatzer, die "an die von der faschistischen Armee angewendeten Methoden erinnern". Ein Ziel der Kommission ist es, Israel zur Einhaltung der Völkerrechtsnormen zu zwingen. Sie erinnerte an die Praxis des Nürnberger Tribunals, das die Kriegsverbrecher des Zweiten Weltkriegs verurteilt hatte. In seiner Eröffnungsrede erklärte Prof. Stuby (Uni Bremen): "Der 40. Jahrestag der deut-

schen Kapitulation, ein Tag der Befreiung und nicht der Niederlage, sollte für uns Anlaß sein, den Mythos der Sicherheit Israels ebenso in Frage zu stellen wie den Mythos über unsere eigene Sicherheit."— (bar)

PHILIPPINISCHE TRIUMPH- ARBEITERINNEN STREIKEN

Seit dem 16.1.1985 streiken 1600 Textilarbeiterinnen von Triumph International in Manila/Philippinen. Sie fordern: Wiedereinstellung von 525 Arbeiterinnen, die am 15.1. entlassen wurden, und Bezahlung aller ausgefallenen Löhne. Zu den Entlassenen zählen ca. 400 Gewerkschafterinnen, dar-

unter die Mehrzahl der Vertrauensleute. Die Firmenleitung verstieß gegen die Vorschrift, Entlassungen einen Monat vorher schriftlich anzukündigen. Die Gewerkschaft der Textilarbeiterinnen bei Triumph in Manila sieht in den Entlassungen den Versuch, die gewerkschaftliche Organisation im Betrieb zu zerschlagen. Sie fordert die Gewerkschafter in der BRD zur Hilfe auf durch Briefe an Triumph in Manila und der BRD und durch finanzielle Unterstützung. Solidaritätsschreiben an: KMU Büro, Regina Biilding, Rm 332, Escolta, Metro Manila.— (ulk)



Die Regierung Thatcher versucht nach dem Erfolg gegen die Bergarbeiter nachzusetzen. Im Bergbau erklärte die Kohlebehörde inzwischen, sie werde Stilllegungen ohne jegliche Konsultation mit den Gewerkschaften beschließen. Mehr als 100 Bergleute, darunter auch Mitglieder der Steigergewerkschaft Nacods, erhielten Kündigungen. Nacods plant inzwischen, dagegen eine Urabstimmung für Streik durchzuführen, nachdem Nacods-Mitglieder in zahlreichen Zechen den Bergleutestreik gebrochen hatten. Auch in anderen Bereichen verschärft die Regierung ihren Druck zu weiteren Lohnsenkungen und Entlassungen. Die Postverwaltung erklärte, sie werde die Zahl der Teilzeitbeschäftigten von 8000 auf 20000 erhöhen. Außerdem wurden die Eingangslöhne der Postbeschäftigten gesenkt. Neue Sortiermaschinen, seit einem Jahr im Test, sollen jetzt ohne weitere Verhandlungen mit den Gewerkschaften eingeführt werden. Die Postgewerkschaft bereitet gegen diesen neuerlichen Angriff der Regierung zur Lohnsenkung und Intensivierung der Arbeit einen Streik vor.— (hef)

Lebensmitteln zu kämpfen. Als die Regierung ihre Forderung ablehnte, rief der COB den Generalstreik aus.

Daß die Regierung dieses Mal den Forderungen der Arbeiter wenigstens teilweise nachgab und sie nicht, wie so oft in den vergangenen Jahren, durch herbeigerufenen Militär brutal zusammenschießen ließ, ist vor allem eine Folge der Unterstützung des Generalstreiks durch die indianischen Bauernverbände. Zahlreiche Bauern riegelten während des Generalstreiks die Überlandstraßen ab und unterstützten die streikenden Arbeiter.

Dieses Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern hatte schon vor zweieinhalb Jahren die seit 18 Jahren herrschenden Militärs gestürzt und der hemmungslosen Ausplünderung des Landes durch Imperialisten, einheimische Großgrundbesitzer, Militärs und die berüchtigte "Kokainmafia" erste Schranken gezogen.

Auf dem II. Nationalen Bauernkon-

greß der CSUTCB, einer 1978 gebildeten indianischen Bauernkonföderation, die schon 1979 dem Gewerkschaftsbund COB beitrug, hatten die indianischen Bauern sich erstmals von der seit der Landreform Anfang der 50er Jahre alle Bauernverbände dominierenden Partei MNR und dem Einfluß von Christdemokraten und katholischer Kirche gelöst. Sie erklärten u.a.: "Wir, die campesinos Boliviens, sind die legitimen Erben der Andenzivilisation und der Zivilisationen des tropischen Waldes ... Wir sind die Lieferanten billiger Nahrungsmittel und Rohstoffe, wir sind das Reservoir billiger Arbeitskräfte. Das Anwachsen der Minenwirtschaft und der Städte sowie die Bereicherung einer kleinen Ausbeuterschicht haben wir im Schweigen unseres Angesichts ermöglicht." (1)

Über die Forderungen der Bauern in diesem Generalstreik war in der Presse nur zu erfahren, daß sie eine Frei-

gabe der staatlichen Nahrungsmittelpreise verlangt hätten. Schon lange verlangen die Bauern außerdem Maßnahmen der Regierung gegen den wucherischen Zwischenhandel, eine bessere Versorgung mit Düngemitteln und Saatgut, die Verteilung der staatlichen Ländereien an Bauernkooperativen und eine Erleichterung ihrer Schuldenlast. Wenn die Pressemeldungen über den Abschluß des Generalstreiks stimmen, so hat die Regierung keiner einzigen dieser Forderungen nachgegeben. Das würde den Versuchen der Reaktionäre, die Bauernbewegung niederzuschlagen und so ihre Macht neuerlich zu befestigen, gefährlichen Auftrieb geben.

(1) zitiert nach: Lateinamerika-Nachrichten 120, Nov. 1983; weitere Quellen: Handelsblatt 15.3. bis 25.3.; taz, div. Ausgaben, Deutsche Volkszeitung/die tat, 22.2.85; M.v.Conta, Reportagen aus Lateinamerika, Zürich 1982— (rül)

AKTIONSEINHEIT GEGEN BERUFSVERBOTE

München. Am 28. März 1985 fand eine "Solidaritätskundgebung für Ingrid Pfreimer— Gegen Berufsverbote, für Verteidigung der Grundrechte in Staat und Kirche" statt, veranstaltet von der Gewerkschaften GEW, ÖTV, DPG, HBV und der IG Druck und Papier. Als Unterstützer zeichneten u.a. die DKP, die GRÜNEN (Stadtratsfraktion), die SPD sowie verschiedene kirchliche Organisationen. Ingrid Pfreimer, ein Mitglied der DKP, arbeitete für die Innere Mission München im Münchner Arbeitslosenzentrum (MALZ) und wurde in der Probezeit mit der Begründung entlassen, daß der diakonische Dienst und der wissenschaftliche Sozialismus unvereinbar seien. In einer Erklärung stellen die Veranstalter fest: "Die Entlassung Ingrid Pfreimers ist theologisch und arbeitsrechtlich unhaltbar. Sie stellt in der Konsequenz nichts anderes dar als die Ausweitung des staatlichen Radikalerlasses in den kirchlichen Bereich." Das Arbeitsgericht München hat sich in erster Instanz die Auffassung des kirchlichen Arbeitgebers zu eigen gemacht. — (dil)

BERUFSVERBOTSVERFAHREN WEGEN MLPD-KANDIDATUR

Stuttgart. Gegen die beiden Lehrkräfte Inge Dressler und Wolfgang Serway hat das Oberschulamt Stuttgart im Februar das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entlassung eingeleitet, weil beide zu den Gemeinderatswahlen im Oktober 1984 in Stuttgart auf der Liste der MLPD kandidiert haben. Die Grundschullehrerin Dressler wurde darüber hinaus am 8. Februar vorläufig vom Dienst suspendiert und mit einem Hausverbot für die Lerchenrainschule, an der sie seit 12 Jahren unterrichtet, belegt. Ein vor allem von Eltern getragenes Solidaritätskomitee sammelte bisher mehrere hundert Unterschriften im Stadtteil Heslach — unter anderem von 14 Lehrern der oben genannten Schule — für die sofortige Einstellung der Disziplinarverfahren. Einige Artikel und zahlreiche Leserbriefe in den Stuttgarter Zeitungen kritisierten die Schulbehörden, daß es undemokratisch sei, zuerst eine legale Partei zur Wahl zuzulassen, um anschließend Kandidaten dieser Partei durch Berufsverbote in ihrer Existenz zu vernichten. Die Rathausfraktion der GRÜNEN hat Ende März die übrigen im Gemeinderat vertretenen Parteien aufgefordert, die Berufsverbotsverfahren gegen die beiden Gemeinderats-Wahl-Kandidaten zu verurteilen. Der GEW-Kreisverband Stuttgart führt am 20.5. endlich eine Veranstaltung durch, auf der unter anderem W. Serway referieren wird. — (zem)



Der Postminister Schwarz-Schilling hat eine Verfügung erlassen, mit der er Personalräten mit dem Disziplinarrecht droht, falls sie sich an Arbeitskämpfmaßnahmen oder anderen Aktionen der Deutschen Postgewerkschaft beteiligten. Die DPG kritisierte die Verfügung als "krasse Beschränkung der gewerkschaftlichen Betätigung der Personalräte". — (gba)

KONGRESS GEGEN ZIVILSCHUTZ

Essen. 400 Teilnehmer aus berufsbezogenen Friedensinitiativen — Krankenschwestern, Ärzte und Wissenschaftler — trafen sich am 23. März zu einer Fachtagung gegen die von der Bundesregierung geplante Novellierung des Zivilschutzgesetzes. In Referaten und Arbeitskreisen sprachen sich die Teilnehmer des Kongresses gegen eine Kriegsfolgeplanung, für die Verhinderung eines Krieges aus. Angegriffen wurde die im Gesetzentwurf enthaltene Bunkerbaupflicht für alle Neubauten, die Dienstverpflichtung von Beamten im "Spannungs- und Verteidigungsfall", die Zivilschutzdienstpflicht für junge Männer. M. Kasten von der ÖTV bekräftigte die ablehnende Haltung des DGB und der ÖTV zu dem Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums. Der 8. Mai und der 6. August sowie der nächste bundesweite Sirenenalarm am 28. September sollen zu Aktionen gegen das Zivilschutzgesetz genutzt werden. — (mab)

BAYERISCHE SPD WILL VERBOT DER LEIHARBEIT

München. Anfang März wurde im Bayerischen Landtag ein Antrag der SPD auf Verbot der Leiharbeit abgelehnt. Sie begründete ihren Antrag u.a. damit, daß die Leiharbeit unmoralisch sei, weil nur verliehen werden könnte, was man besitzt. Dies treffe jedoch nicht bei Menschen zu, sondern nur bei Maschinen. Der CSU-Fraktionsstandpunkt blieb trotz einiger kritischer Stimmen in der CSU fest: Erstens würde das im Mai in Kraft tretende Beschäftigungsförderungsgesetz Leiharbeitsverhältnisse von drei auf sechs Monate ausdehnen. Zweitens verstößt ein generelles Verbot gegen

den Artikel 12 des Grundgesetzes — hier die "Berufsfreiheit der Arbeitskräfteverleiher". Und drittens würde die DAG gegen ein solches Verbot Sturm laufen — diese Interessen müßten auch von der CSU berücksichtigt werden. Auch aus Gründen der Flexibilität könnte nicht einem generellen Verbot zugestimmt werden. — (dil)

DIE FAP GEHÖRT VERBOTEN

Düsseldorf. Wie schon bei den Kommunalwahlen 1984, so kandidiert die faschistische Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) auch zu den Landtagswahlen im Mai 1985 in NRW in den Städten Duisburg und Dortmund. Der Landeswahlleiter mußte die FAP zulassen, da sie die nach dem Wahlgesetz erforderlichen Formalien erfüllt hat. Die FAP ist eine direkte Nachfolgeorganisation der verbotenen ANS/NA. Michael Kühnen, "Führer" dieser Neonazitruppe, mißt der Beteiligung bei Wahlen eine große Bedeutung zu und meinte, die FAP "habe sich mit Achtungserfolgen zwischen 1 und 3,5% an Wahlen in Ulm/Land, Duisburg und Dortmund" beteiligt und "hat sich innerlich gefestigt". Wie gefestigt sich die Kühnentruppe hat, sieht man in Dortmund. Dort konnte die FAP erst kürzlich ein neues Zentrum eröffnen. Für das Verbot und gegen ihre Kandidatur hat sich in Dortmund die "Nordstadtnitiative" gegründet. In Duisburg wollen sich etliche Initiativen dem Wahlkampf der FAP widmen. Die FAP will jeden Samstag ab dem 13.4. Stände in Duisburg machen. Eine neugegründete "Volkstreue außerparlamentarische Opposition" läßt über das Organ der FAP/ANS "Neue Front" zu einer Gegendemonstration gegen die zentrale Kundgebung, die der DGB anlässlich des 40. Jahrestages der Zerschlagung des Faschismus am 4.5. in Aachen durchführen will, aufrufen. — (rub)

NPD-Landesparteitag in Alfeld (Nds.)

PROTESTAKTIONEN TROTZ GEHEIMHALTUNG DIE CDU ERMÖGLICHT DIE DURCHFÜHRUNG

Lüneburg. Unter dem Schutz von ca. 500 Polizisten konnte die NPD ihren niedersächsischen Landesparteitag am 31.03.85 in Alfeld-Langenhöfen durchführen. Der Ort des Parteitags wurde streng geheimgehalten, und erst am 28.03.85 gelang es Redakteuren der örtlichen Presse, den Ort und das Tagungsort des Landesparteitags herauszufinden. Dem niedersächsischen Innenministerium, bzw. der Polizeiführung, war der Ort schon länger bekannt. Polizeiabschnittsleiter Lüddecke beschuldigte die Presse, die NPD-Pläne bekannt gemacht und damit "Krawalle" heraufbeschworen zu haben.

Die Polizeiführung hatte noch nicht einmal die Stadtverwaltung und den Rat der Stadt Alfeld unterrichtet. Die örtliche NPD-Untergliederung hatte für den 30. März einen Info-Stand in Alfeld angemeldet und diesen auch genehmigt bekommen. Nachdem durch die Presseveröffentlichung offensichtlich wurde, daß dieser Info-Stand Teil des Parteitagsprogramms war, intervenierten verschiedene Ratsherren bei der Verwaltung. Der stellvertretende Stadtdirektor Rieke entzog der NPD daraufhin aus "Sorge um die öffentliche Ordnung" die Genehmigung. Kontakte zum niedersächsischen Innenministerium hätten ergeben, daß "Krawalle" zu befürchten seien.

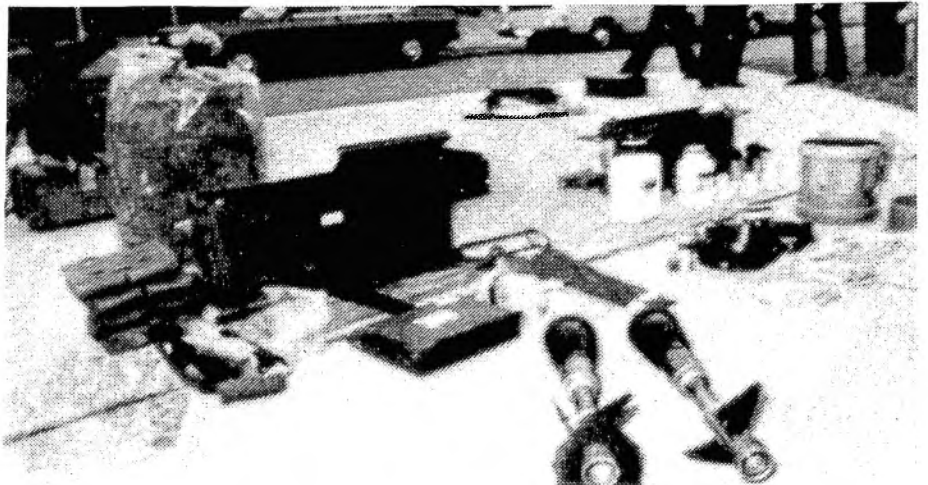
Proteste gegen den Landesparteitag einer faschistischen Partei kurz vor dem 8. Mai als "Krawalle" zu bezeichnen und in trauter Absprache die Durchführung des Parteitags der NPD zu sichern, zeigt schon, was für eine Sorte von "Antifaschismus" die Landesregierung da zum 8. Mai betreibt. Obwohl der Ort des Parteitags sehr kurzfristig bekannt wurde, versammelten sich am 30.03.85 ca. 200 Anti-

faschisten in Alfeld. In Alfeld wurde ein kurzer Demonstrationszug durchgeführt. Auf Transparenten wurde gefordert: Nie wieder Faschismus, Nie wieder Krieg; Verbot faschistischer und revanchistischer Propaganda; Anerkennung der DDR, Anerkennung der polnischen und sowjetischen Grenzen; Kein "Großdeutschland" in einem "Vereinten Europa", BRD raus aus EG und NATO. Danach wurde zum Tagungsort ins 3 km entfernte Langenhöfen und – angesichts des großen Polizeiaufgebots – wieder zurück nach Alfeld demonstriert. Eine kurze Kundgebung schloß die Aktion ab.

Obwohl die NPD ihren Landesparteitag abhalten konnte, waren die antifaschistischen Gegenaktionen nicht einfach ein Mißerfolg. Am 30. Januar hatte die NPD provokativ und öffentlich in Lüneburg angekündigt, dort den Parteitag abhalten zu wollen. Die NPD konnte ihr Konzept, öffentliche Räume zu erhalten und den Parteitag zur öffentlichen Propaganda faschistischer Politik zu nutzen, in Lüne-

burg nicht durchsetzen. Obwohl die Lüneburger Verwaltung der NPD den Schutz des Parteienprivilegs zugesichert hatte, genehmigte sie den Antrag der NPD auf das Lüneburger Glockenhaus nicht. Zahlreiche Organisationen und Parteien bis hin zum SPD-Ortsverein hatten sich gegen den NPD-Landesparteitag ausgesprochen. Der Antifaschistische Arbeitskreis Lüneburg hatte, obwohl der Ort des Parteitags nicht bekannt war, vorsorglich zu einer Kundgebung und Demonstration aufgerufen, um zu verhindern, daß die NPD auf dem Landesparteitag "ihren Beitrag zu der Kampagne 40 Jahre 'Vertreibung' organisieren" kann. Dem schlossen sich auch die GRÜNEN in ihrem Demonstrationsaufruf an. Die Volksfront, die im Antifaschistischen Arbeitskreis Lüneburg mitarbeitet, hatte in einer Flugschrift des Landesverbandes gegen den NPD-Landesparteitag mobilisiert, und die zahlreichen Gemeinsamkeiten zwischen NPD und CDU – gerade im Hinblick auf den 8. Mai – aufgezeigt.

Der Ortswechsel der NPD geht wohl auf "sanften Druck" der CDU zurück, um bei der "Vertreibungspropaganda" von Vergleichen mit der NPD "verschont" zu bleiben. – (thr)



Waffenlager von Neofaschisten in der Lüneburger Heide

GROSSE KOALITION ZUM AUSLÄNDERRECHT

München. Mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien hat der Kreisverwaltungs Ausschuss des Münchner Stadtrats einen Antrag von Grünen/ALM zur Ausländerpolitik abgelehnt, mit dem der ausländerfeindlichen Tätigkeit des Kreisverwaltungsreferats gewisse Schranken gesetzt werden sollten. So sollten z.B. Daten, die beim Antrag auf eine Sozialwohnung erforderlich sind, nicht mehr automatisch in den Computern der Ausländerbehörde landen. Fristen zur Beschaffung vorschriftsmäßigen Wohnraums sollen "die Einkommensverhältnisse des Ausländers und die

Wohnungsmarktlage berücksichtigen." Bei Bezug von Sozialhilfe soll ähnlich wie in Hessen bei einem Großteil der Ausländer auch aus Nicht-EG-Ländern, eine Ausweisung nicht möglich sein.

In der Stellungnahme des KVR wird hervorgehoben, daß das AusLG der Ausländerbehörde direkt eine Willkürherrschaft vorschreibt. Nicht nur muß diese in jedem Einzelfall feststellen, ob "Belange der BRD" beeinträchtigt sind. Auch wenn nicht, liegt immer noch alles in ihrem Ermessen. Ergebnis: "Da diese Rechtslage mit dem Grundgesetz in Einklang steht, kann davon ausgegangen werden, daß die Entscheidungen über Aufenthaltserlaubnis anträge 'in humaner und

sozialer Weise' getroffen werden". Das Bayerische Innenministerium gab Rückendeckung: "Eine Ausländerbehörde würde gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen, wenn sie entgegen den Richtlinien des Landes eine Sonderermessensbestätigung für Ausländer in München einführen würde. Daneben hat sich in den Bereichen, für die es keine ermessensbindenden Weisungen gibt, die ausländerbehördliche Praxis an der jahrelang in München und in den anderen bayerischen Ausländerbehörden gleichartig geübten Praxis zu orientieren."

Angenommen wurde von CSU, FDP und SPD ein Antrag der SPD, der aus Appellen an die Rechtsstaatlichkeit besteht. – (kaz)

Ostermarsch '85 in Kiel

WICHTIGE AKTIONEN GEGEN FASCHISMUS UND REAKTION UNTER RECHTEM AUFRUF

Kiel. Nach Aktionen am 6.4.85 in Flensburg, Lübeck und Eutin soll Höhepunkt des schleswig-holsteinischen Ostermarsches eine Demonstration in Kiel am 7.4.85 werden. Sie beginnt im Stadtnorden an der "Tirpitzmole", seit 1871 Haupthafen der reichsdeutschen Marinen, seit 1955 Haupthafen der Bundesmarine für die Ostseekriegsführung und seit ersten NATO-Flottenbesuchen 1977 Ziel ständiger Proteste in den "Kieler Wochen". Zwischenkundgebungen sollen folgen an den "Heldengedenk"steinen des Nordfriedhofes, wo alljährlich Faschisten, Konservative und Militärs am "Volkstrauertag" Trauer über die Niederlagen der Deutschen Reiche und neue "Deutscheuropa"-Propaganda zelebrieren, wogegen seit drei Jahren Aktionen Kieler Antifaschisten

streckenraketen nach Verstärkung antifaschistischer Kritik der (west-) deutschen Bourgeoisie in Verbindung mit antifaschistischen Kräften, nach Verweigerung militärischer und anderer Kriegsvorbereitungen in der BRD und direkten Aktionen auf kommunaler Ebene in Zusammenarbeit mit Arbeiter- und ökologischer Bewegung entgegenzukommen. In direktem Gegensatz steht hierzu aber der offizielle Aufruf. So ging in ihm am 8.5.1945 der "opferreichste Krieg der Menschheitsgeschichte" zuende. Kein Wort davon, daß ihn die deutschen Industrie- und Finanzkapitalisten für ihre "Deutscheuropa"pläne sowie zur Eroberung der Märkte in Afrika, Fernost und Südamerika anzündeten und dabei vor allem von den Völkern der Sowjetunion im Bündnis mit antiimperialisti-

laufende Steigerung der revanchistischen und chauvinistischen Propaganda für ein "geeintes starkes Europa" in "Frieden und Freiheit".

Verfaßt wurde der Aufruf im seit 1982 bestehenden "Zusammenarbeitsausschuß", in dem Mitarbeit offenstand. Tatsache ist aber auch, daß Bemühungen um Debatte in allen Gruppen der Bewegung und mit allen antifaschistischen Kräften z.B. nicht vorangingen. Vielmehr übernahmen zunächst allein die Landesverbände von SPD, GRÜNEN und DKP auf einer Pressekonferenz die Verantwortung. Als Kritik aufkam, ließen SPD und GRÜNE auf einmal eigene Aufrufe kreieren, die zwar antifaschistische, antirevanchistische Kritik an der Bundesregierung ansatzweise entwickeln, aber mit Entspannungs- und Blockfreiheitsparolen auch eine dem BRD-Imperialismus zuträgliche Politik zu verbreiten suchen. Im "Regen" verteilen lassen sie jetzt DKP, DFU und VVN, die uns wissen ließen, daß sie bei der Formulierung starkem (v.a. christlichem) Druck weichen mußten, mit dem Aufruf auch unglücklich sind, aber keinen Krach wollen.

Da ist nützlich, daß zumindest der Landesvorstand der Volksfront den Aufruf offen kritisieren und Möglichkeiten für eine gemeinsame Politik gegen die Revanchismuskampagne darlegen will.

Quellen: Ostermarschaufruf 16.3.85, Kieler Nachrichten 18.3.85 — (pd)



Soldaten, Bonn 20.10.84: Seit der Stationierung verstärken Teile der Bewegung gegen die Mittelstreckenwaffen die Kritik an der Reaktion.

stattfinden. Oder am jüdischen Friedhof im Stadtsüden, der seit 1945 von Hamburg aus betreut werden muß, weil der chauvinistische Rassismus in Kiel kaum Überlebende hinterließ; auch er bildet seit drei Jahren den Zielpunkt einer Stadtrundfahrt Kieler Antifaschisten. Eine Zwischenkundgebung soll ferner gehalten werden am Werk Gaden der HDW, das für 100 Mio. DM zur größten U-Boot-Schmiede Europas ausgebaut werden soll und gegen deren Subventionierung aus Stadtmitteln in Höhe von 24,7 Mio. DM 1984 SPD und GRÜNE gekämpft haben. Ein Abschlußfest soll stattfinden auf dem Vinetaplatz, traditionellem Markt der Wohngebiete ausländischer und westdeutscher Arbeiter im Stadtosten.

Die Route scheint Bestrebungen in der Bewegung gegen die Mittel-

schen, antifaschistischen Bewegungen niedergerungen wurden. Sowas läßt Raum für die wiederbelebte nationalistische Propaganda von der "größten Katastrophe" und antikommunistische Lügen von "Vertreibung". Im Aufruf waren sich 1945 "alle Deutschen" einig im Streben nach Frieden. Kein Wort davon, daß sich die Krupp, Flick, Thyssen, Abs usw. unter Bruch der Abkommen von Jalta und Potsdam gestützt auf Faschisten, Konservative, Liberale und den Antikommunismus der rechten Sozialdemokratie sofort reorganisierten und sich heute über ihre Stellung in der EG als der Welt zweitgrößte Ausbeuter dicht an die US-Imperialisten geschoben haben. Im Aufruf wird dagegen die heute wieder regierende Rechte zur bloßen "Erfüllungsgehilfin", die sich von den USA "lösen" soll. Das läßt Raum für die

8. Mai 1985

ANTIFASCHISTISCHES BÜNDNIS

Bielefeld. Aus Anlaß des 40. Jahrestages der Befreiung der Stadt Bielefeld vom Faschismus hat sich ein Bündnis von über 30 Organisationen gebildet. Es hat das Ziel, der Verdrehung der geschichtlichen Tatsachen über den Faschismus und den 2. Weltkrieg entgegenzuwirken. Gleichzeitig soll etwas gegen die Anhangbildung der Neofaschisten insbesondere unter Jugendlichen unternommen werden. Zu diesem Zweck wird unter anderem eine antifaschistische Woche mit einer Vielzahl von Veranstaltungen durchgeführt, finden Informationsstände an Orten des Widerstandes und Kundgebungen statt. Außerdem ruft die Aktionseinheit zur Beteiligung an der regionalen Demonstration am 4.5. in Köln auf. Die Stadtratsfraktion der Grünen/Bunte Liste hat sich bereit erklärt, Forderungen des Aktionsbündnisses im Bielefelder Stadtrat einzubringen. Dazu gehört unter anderem der Antrag, Neofaschisten keine Veranstaltungen in öffentlichen Räumen, keine Kundgebungen und Informationsstände zu genehmigen. Außerdem werden finanzielle Zuschüsse für

Klassenfahrten zu ehemaligen Konzentrationslagern, für eine antifaschistische Stadtrundfahrt, für antifaschistische Aufklärungsprogramme in Jugendzentren und ähnliches verlangt. Ein weiterer Punkt des Antrages ist die Einrichtung einer ständigen Ausstellung "Verfolgung und Widerstand in Bielefeld 1933 bis 1945".

Der Fraktionsvorsitzende der FDP hat sich als erstes in der örtlichen Presse zu Wort gemeldet und den Antrag scharf verurteilt. Hier werde der Bock zum Gärtner gemacht, denn immerhin seien die Urheber des Antrages Linksradikale. Inzwischen ist ein weiterer Antrag der Aktionseinheit an den Stadtrat in Vorbereitung. Darin wird die Umbenennung der Bielefelder Kunsthalle von "Kaselowsky-Halle" in "Käthe-Kollwitz-Haus" verlangt. Kaselowsky war der Schwiegervater des Kunsthallenspenders, des Industriellen Oetker. Er war außerdem Mitglied des "Freundeskreises Reichsführer SS Himmler". Unter seiner Führung wurde das Unternehmen Oetker als "nationalsozialistischer Musterbetrieb" ausgezeichnet. Kaselowsky war einer der Finanziere der NSDAP. Aber das hat sich für die Kapitalistenfamilie Oetker-Kaselowsky auch ausgezahlt. Der Konzern hat sich von 1933 bis 1945 erheblich vergrößert. Der heutige Konzernchef Rudolf August Oetker, vormals Waffen-SS, wollte mit der Kaselowsky-Halle ein Zeichen seiner Unantastbarkeit setzen. — (roh)

Signalbau Huber

BETRIEBSRAT GEGEN ÜBERSTUNDENARBEIT

München. Bei Signalbau Huber werden Signal- und Rechneranlagen für den Straßenverkehr produziert. Die Belegschaft umfaßt einschließlich Vertriebsniederlassungen 270 Angestellte und Arbeiter. Der Betriebsrat setzt sich aus sieben Mitgliedern zusammen, die alle in der IG Metall organisiert sind. Die Hauptarbeit des Betriebsrates besteht darin, die Angriffe der Geschäftsleitung auf die Arbeitsbedingungen abzuwehren.

Nachdem 1982 im Werk München 20% der Belegschaft entlassen wurden, beantragte die Geschäftsleitung bereits für den Dezember für den Schaltbau und das Geräteprüffeld die ersten Überstunden. Pro Mann 40 Stunden, die samstags abgeleistet werden sollten. Der Betriebsrat gab dazu keine Zustimmung, sondern verlangte vielmehr eine andere Personalplanung und verwies darauf, daß die Aufträge im 1. Quartal 1983 abgewickelt werden könnten, in dem erfahrungsgemäß wenig zu tun ist. 1983 erstellte der Betriebsrat eine Untersuchung über die Überstundenanträge

des laufenden Geschäftsjahres und berichtete auf der Betriebsversammlung, daß die Geschäftsleitung für das laufende Geschäftsjahr 6350 Überstunden geplant hat; das waren im Durchschnitt 38 Überstunden für jeden. Davon waren bereits Mitte des Jahres die Hälfte abgeleistet, obwohl der Auftragsboom in die zweite Hälfte des Jahres fiel.

Im Juni 1984 wollte die Geschäftsleitung die Produktionskosten senken. Die Bauzeit pro Gerät sollte um 24 Stunden und die Prüfzeit um 32 Stunden gekürzt werden. Der Betriebsrat erklärte, daß es weder eine Vorgabezeit noch Akkordarbeit gibt, sondern Bauzeiten der Kalkulation in der Arbeitsvorbereitung dienen. Alles andere bedürfe einer Betriebsvereinbarung.

In den Abteilungen Entwicklung, Verkehrstechnik und Arbeitsvorbereitung wird seit Jahren an Bildschirmen gearbeitet. Im August 1984 führte der Betriebsrat eine Untersuchung dieser Arbeitsplätze durch und kam zu dem Ergebnis, daß 80% dieser Bildschirmarbeitsplätze nicht den ergonomischen Richtlinien der Berufsgenossenschaft entsprechen. Die Tische sind zu hoch und zu schmal. Eine flexible Anordnung von Bildschirm, Tastatur und Arbeitsvorlage ist nicht möglich, und die Lichtverhältnisse sind ungünstig. Die Geschäftsleitung bestritt Mitbestimmungsrechte und lehnte Verhandlungen über eine Betriebsvereinbarung strikt ab. Der Betriebsrat wandte sich an die Berufsgenossenschaft und den Sicherheitsausschuß und berichtete auf der Betriebsversammlung davon. Jetzt wurden wenigstens bildschirmgerechte Arbeitstische bestellt.

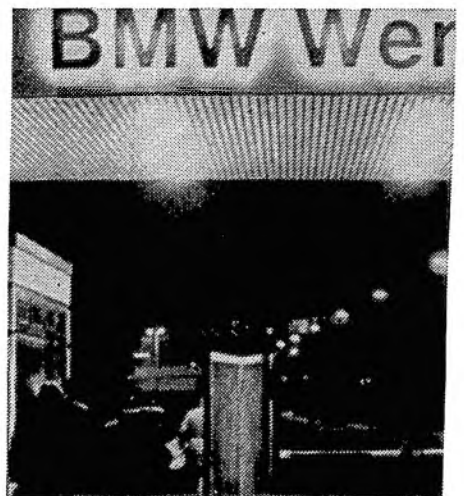
Seit einigen Jahren verlangte der Betriebsrat Arbeitsschutzkleidung und bessere Maschinerie für die Monteure, die Fugen für die Verlegung von Detektoren in den Asphalt schneiden, weil dabei Asbeststaub aufgewirbelt wird. Seit Januar wird das Fugenschneiden von einer Spezialfirma gemacht. — (res)

BMW-Betriebsratswahl

AUSEINANDERSETZUNG GEHT WEITER

Westberlin. Anfang April 1984 wird bei einer Personenwahl aus 61 Kandidaten die 15-köpfige "Mannschaft der Vernunft" in den Betriebsrat des Westberliner BMW-Motorradwerkes gewählt. Die auf Platz 16 und 17 gewählten, bislang freigestellten Betriebsräte Vollmer und Knirsch und der BR-Kandidat und Vertrauensmann Köbrich verteilen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses ein Flugblatt, in dem es heißt: "Vergeblisch suchen 400 türkische Kollegen einen Betriebsrat

aus ihren eigenen Reihen ... 700 Akkordarbeiter einen Betriebsrat mit Akkorderfahrung ... 40% der Beschäftigten sind durch diesen Betriebsrat nicht mehr repräsentiert ... Der Werksleiter, Herr Glas, hat alle Register gezogen ... Massiv hat er Einfluß genommen auf die Wahl durch die Androhung, Erfolgsbeteiligung und Bonus zu streichen, wenn die Betriebsräte Knirsch und Vollmer wiedergewählt würden ... Das geht zu weit! Darum Wahlanfechtung!" Zehn Tage später sind die drei mit Zustimmung des Betriebsrates fristlos entlassen wegen



Der Motorradclub Friedrich Angels beteiligt sich an den Flugblattverteilungen morgens vor den BMW-Toren.

Störung des Betriebsfriedens und Ehrverletzung von Werksleiter und neuem Betriebsrat.

Im August 1984 gewinnen sie ihre Kündigungsschutzprozesse in erster Instanz, die BR-Wahl wird für unwirksam erklärt. Die IG Metall hat in den Kündigungsschutzprozessen Rechtsschutz übernommen und fordert den amtierenden Betriebsrat zum Rücktritt auf. BMW schiebt immer neue Kündigungen nach. Durch diese "Kettenkündigungen" verhindert BMW die Weiterbeschäftigung, denn über neue Kündigungen darf vor Gericht erst verhandelt werden, wenn über die alten entschieden ist.

Die BMW-Belegschaft wird mit Flugblättern durch ein Solidaritätskomitee laufend über den Stand der Auseinandersetzungen informiert. Die Solidaritätserklärungen gehen in die Hunderte, auch Motorradclubs melden sich zu Wort. Anfang 1985 werden die Kündigungsschutzprozesse und die Wahlanfechtungsklage in zweiter Instanz gewonnen, Peter Vollmer muß weiterbeschäftigt werden. Während im Betrieb einerseits Unterschriften für eine "Druckkündigung" gesammelt werden und über eine angezettelte Schlägerei und ähnliches nachgedacht wird, fallen bei den Vertrauensleute-wahlen im Produktionsbereich zum Teil die Kandidaten der "Mannschaft der Vernunft" durch. — (maw)

Faschistische Schülerpresse

ENTWICKELTE ZUSAMMENARBEIT VON FASCHISTEN UND KONSERVATIVEN AN DEN GYMNASIEN

Göttingen. Seit Mitte der 70er Jahre entstehen in der BRD faschistische Schülerzeitungen, die vor allem an Gymnasien verteilt werden. Insgesamt existieren heute zwischen 50 und 60 faschistische Schülerzeitungen mit einer geschätzten Auflage von 150000 Exemplaren. Während ein Teil sich als Schülerzeitung der "Jungen Nationaldemokraten" (Jugendorganisation der NPD) zu erkennen gibt, verbergen die meisten ihre politische Herkunft. Sie sind "unabhängig", "bunte Schülermagazine" und ähnliches, ihre Adresse besteht aus Postfächern. Wird ihr faschistischer Hintergrund offengelegt, wechseln manche den Namen. Artikelüberschneidungen belegen die intensive Zusammenarbeit der angeblich nur lokalen Blätter.

1978 wird in Nordrhein-Westfalen der "Jugendzeitungsverband NRW" gegründet, aus dem 1979 der "Nationale Jugendpresseverband" hervorgeht. 1982 wird beim Bundesvorstand der "Jungen Nationaldemokraten" ein Schülerzeitungsreferat eingerichtet. Neben der NPD sind die Betreiber faschistische Jugendorganisationen wie die "Wiking-Jugend" und der "Bund Heimattreuer Jugend". Kräftige Förderung erhalten sie aus konservativen und faschistischen Kreise an den Hochschulen.

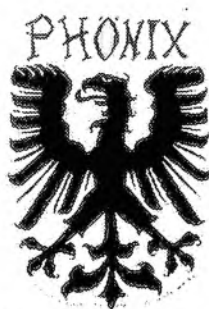
Von Anfang an hat es bei der Herausbildung der faschistischen Schülerzeitungen ein Zusammenspiel zwischen Faschisten und Konservativen bis in die Reihen der CDU hinein gegeben. Z.B. wurde der "Phönix" in Goslar jahrelang politisch und finanziell von der CDU gefördert, er lag in der CDU-Geschäftsstelle aus. Ständige Redakteure und Mitarbeiter des "Phönix" sind Göttinger Verbindungsstudenten, die sich zur "Fronde" und "jungkonservativen Aktion" zusammengeschlossen haben. Die Initiatoren dieser Gruppen stammen aus dem

ehemaligen Schülerkreis um den Nazi Karl-Heinz Kausch, ehemals Oberstudiendirektor am Grotefend-Gymnasium in Hannoversch-Münden. Im "Phönix" werden entsprechend die Schriften von Ernst Jünger, Carl Schmitt, Arnold Gehlen, Oswald Spengler, Armin Mohler und Ernst Niekisch vorgestellt. Der "Phönix" fordert "Freiheit für Rudolf Hess", beklagt die Verurteilung des Hitler-Nachfolgers Karl Dönitz im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß "aus niederen Motiven", bewundert "den Mut und die Standhaftigkeit, mit der Göring (im Nürnberger Prozeß) zur Fahne hielt", fragt, "warum man nach 1945 Gaskammern im Konzentrationslager Dachau baute", fordert "verantwortungsvolle Eliten", begeistert sich für die "organische Notwendigkeit des Krieges" und erwartet, daß der Tag "heranbricht", "die Einheit der Nation zu vollenden". 1983 schrieb die Welt über die Schülerzeitung "Phönix": "Diese Hefte wollen nichts vom Rechtsradikalismus wissen".

Bereits 1970 wurde im "Ostpolitischen Deutschen Studentenverband" (ODS) das Schülerreferat aufgebaut. Der ODS ist die offizielle Studentenorganisation des "Bundes der Vertriebenen" (BdV), 1984 benennt er sich in "Gesamtdeutscher Studentenverband" (GDS) um. Seit 1977 erscheint "AKTION—Gesamtdeutsche Jugendzeitschrift", herausgegeben vom Schülerreferat des ODS, eine zeitlang gemeinsam mit dem "Christlich-Sozialen Freundeskreis", CDU-Mitgliedern mit starker Sympathie für Franz-Josef Strauß. "AKTION" wird verteilt in Göttingen, Köln und München. Über die "Burschenschaftlichen Blätter" kündigen die Herausgeber ihre Seminare, meist zur "Deutschen Frage—deutsche Identität", an, über die burschenschaftlichen Blätter wird von

1979 bis Mitte 1982 regelmäßig aufgerufen: "Die bundesweite Keilkarthei Aktion K wird eingerichtet. Alle Burschenschaftler helfen mit. Gleich auf diesem Blatt beginnen. Adressen von Oberstufen-Gymnasiasten sammeln und einsenden." "AKTION" trommelt offen: "Die nationale Diskussion, die seit 1978 die Bundesrepublik ergriffen hat, ist der Anfang vom Ende der europäischen Nachkriegsordnung, die auf unsere Kosten geschaffen wurde. Den deutschen Anfängen ist nicht mehr zu wehren." "AKTION" bietet reaktionären und faschistischen Schülerzeitungen Hilfestellung an, u.a. mit einem eigenen Pressedienst.

Parallel zu "AKTION" erscheint in Göttingen seit 1978 "Komet", "das bunte Schülermagazin". Als faschistisches Blatt ist es auf den ersten Blick nicht immer zu erkennen. Es gibt sich betont unpolitisch, verbreitet Schallplatten- und Buchtips, Kreuzworträtsel, Witze, Wortspiele, Nonsense. Allerhand Schulprobleme werden verhandelt, Mogler, Abschreiber und überhaupt gestreßte Schüler finden Verständnis. Der tatsächlich vorhandene NPD-Hintergrund wird bestritten, viele halten den "Komet" zuerst für ein eher grünes Blatt. Tatsächlich widmet "Komet" ökologischen Themen und der Friedensbewegung viel Aufmerksamkeit und versucht, daran anzuknüpfen. "Neutralisierung Deutschlands" wird verlangt, "Heimat" zum Thema gemacht, der Abzug "beider Supermächte" gefordert. Gerade in einer Vielzahl kleiner Meldungen wird gegen die DDR gehetzt. Eine zeitlang durfte "Komet" mit Erlaubnis von Direktoren in Schulen verteilt werden, zeitweise lag sie in der Stadtbücherei aus. Sparkassen, Banken, Tanzschulen, Bekleidungsgeschäfte sorgen für Anzeigen. Verschiedene antifaschistische Aktivitäten hat es gegen "Komet" gegeben. Bei der letzten "Komet"-Verteilung haben acht Polizisten in Zivil diese bewacht. Quellenhinweis: Jugendpresse-Info Extra vom Februar 1984: Rechtsextreme Jugendpresse; Dudek/Jaschke, "Revolt von Rechts", 1981—(kek)



Auswahl faschistischer Schülerzeitungen: Aktion (Gesamtdeutscher Studentenverband), Phönix (Goslar), Komet (Göttingen), Lisbeth (Kiel), Grenzland-Echo (Viersen und Mönchengladbach).

Arbeitslosigkeit**MINIMALPROGRAMM
GEGEN ARMUT**

Frankfurt. Ende November 1984 trafen sich Arbeitslosen- und Selbsthilfegruppen zu einer Fachtagung "Armut durch Arbeitslosigkeit in Frankfurt", sie kamen aus dem kommunalen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Bereich. Vertreter der Stadt waren der Einladung nicht gefolgt. Während der Tagung führte ein Teil der Teilnehmer eine "Aktion der sozialen Verteidigung" durch: Sie fuhren zum Null-Tarif Straßenbahn unter der Forderung: "Kostenlose Benutzung der Nahverkehrsmittel für alle Sozialhilfeempfänger, Behinderten, Arbeitslosen und Sozialrentner".

Als Ergebnis wurde vor allem festgehalten, daß die Zahl derer, die nichts oder nur Sozialhilfe bekommen, seit 1980 in Frankfurt um das fünffache anstieg und deutlich über dem Bundesniveau liegt. In den Jahren 1979/80 kippte der Frankfurter Arbeitsmarkt um, bis dahin hatten die in der Industrie arbeitslos gewordenen im Dienstleistungssektor neue Stellen finden können, was dann nicht mehr der Fall war. Wahrscheinlich durch den verstärkten Einsatz neuer Technologie, was an Fallbeispielen geschildert wurde. Das sozialpolitische Minimalprogramm, mit dem die Gruppen Einfluß auf den städtischen Haushalt nehmen wollen, besteht aus zwölf Punkten. Hiervon halten wir für die wichtigsten:

"2. Die Anzahl der Bürger, die ein Sachbearbeiter in einer Sozialhilfestation zu betreuen hat, muß von derzeit 100 auf 80 gesenkt werden. Das heißt: zwei neue Stellen pro Sozialhilfestation.

5. Bei den Sozialstationen und Fachstellen der städtischen Ämter ist jeweils ein Sozialbeauftragter (Ombudsmann) einzusetzen. Der Sozialbeauftragte hat den Beschwerden der Bürger nachzugehen und Kontakt zwischen den Selbsthilfegruppen und Behörden zu halten. Die Sozialbeauftragten sind der Stadtverordnetenversammlung oder den Ortsbeiräten verantwortlich und werden jeweils für einen begrenzten Zeitraum unter Beteiligung der Betroffenen ... gewählt.

9. Allen Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern ist der freie Eintritt zu allen städtischen Einrichtungen, für Theater, Schwimm- und Sportveranstaltungen zu gewähren.

10. Die Sozialhilfeempfänger, die bisher nach § 19 Bundessozialhilfegesetz ('gemeinnützige Arbeit') zur Ableistung von Arbeit für DM 1.- pro Stunde gezwungen werden, müssen in tarifliche Dauerarbeitsverhältnisse übernommen werden. Der Verleih von

**Im Arbeitsamtsbezirk Ffm.
gemeldete Arbeitslose**

Jahr	Arbeitslose	Leistungs-empf.	Arb.lose, die nichts erhalten
1980	12 123	10 727	1 396
1981	17 620	14 683	2 297
1982	25 053	18 493	6 560
1983	32 676	22 442	10 234
1984	33 501	21 818	11 691

Quellen: Frankfurter Statistische Berichte, verschiedene Jahrgänge.

'gemeinnützigen Arbeitern' in Arbeitsbereiche außerhalb der städtischen Dienststellen muß unterbleiben.

11. Selbsthilfegruppen von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern sind für die Dauer ihres Bestehens finanziell zu unterstützen, z.B. durch Übernahme der Miet- und Nebenkosten für angemessene Vereinsräumlichkeiten."

Vertreter der Tagung verbreiteten das Programm in Frankfurt auf der Zeil und warben um Unterstützung für ihre Forderungen. — (rst)

Krankenhäuser**WIRTSCHAFTLICHKEITS-
PRÜFUNG BEENDET**

Heidelberg. Die Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsüberprüfung der Universitätskliniken in Baden-Württemberg schlugen sich in den für 1985 beschlossenen Wirtschafts- und Stellenplänen nieder.

Für die nächsten Jahre wird es ohne größere Auseinandersetzungen keinen Stellenausbau an den Kliniken geben. Für den Pflegebereich bleibt der überholte Stellenschlüssel von 1974 und 1969 in Kraft. Die mangelhafte Krankenversorgung, ohne Ganzkörperbehandlung und -pflege wird damit zum normalen Leistungsstandard erklärt. Wiederum wird diese Minimalleistung nur noch mit Bereitschaftsdiensten und Überstunden aufgebracht.

Die allseits beschlossene Senkung der Sachkosten bei Medikamenten und vor allem Blutkonserven bedingt eine längere Rekonvaleszenz, die zuhause stattfinden soll und bürdet den Patienten anfallende Arzneikosten auf.

Die bemängelte Führungs- und Organisationsstruktur will die Landesregierung beheben, indem sie die Verwaltungen jetzt streng zentralisiert und mit Datenverarbeitungsanlagen

sowie Personalinformationssystemen ausstattet.

Die Wirtschaftlichkeitsüberprüfungen waren nur ein Mittel zur Kostendämpfung und sind mit dem neuen Krankenhausfinanzierungsgesetz überholt.

Gegen die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen gab es von Seiten der ÖTV und den Personalvertretungen von Anfang an Widerstand. Für 1985 konnten größere Stellenstreichungen an den Kliniken verhindert werden.

Zur Vorgeschichte: Die Landesregierung beschließt 1983, alle Landeskrankenhäuser auf ihre Wirtschaftlichkeit überprüfen zu lassen. Im Gleichklang dazu schlichteten die Regierungspräsidien die gescheiterten Pflegesatzverhandlungen zwischen Krankenkassen und einzelnen Krankenhäusern mit Überprüfungsdruck. Das ausgesuchte Institut (Ernst und Whinney) bietet ein Untersuchungskonzept an, bei dem die Personalvertretungen nicht beteiligt werden müssen. Die Untersuchung des Wibera-Instituts in Stuttgart ist zuvor an der Klage der ÖTV gescheitert. An allen Krankenhäusern enthüllen die Personalräte, die Betriebsgruppen und Vertrauensleute der ÖTV die Kostendämpfung durch schlichte Beschreibung des schlechten Ist-Zustandes und fordern Stellenausbau. Die Bezirksverwaltung der ÖTV wird mit ihrer Kritik an der Kostendämpfung bei der Landesregierung vorstellig.

Wenn es gelingt, all die Kräfte gegen das Krankenhausfinanzierungsgesetz zu mobilisieren, wäre gegen die Kostendämpfungspolitik der CDU-Landesregierung was auszurichten. Quellenhinweis: Stellenpläne der Unikliniken, Gutachten von Ernst und Whinney an der Orthopädischen Uniklinik Heidelberg, Betriebszeitung der ÖTV-Betriebsgruppen an Stuttgarter Kliniken, Branchenzeitung Öffentlicher Dienst des BWK. — (irs)



Ausländerausschuß Stuttgart

INTERVIEW MIT VERTRETERN DES AUSLÄNDER-
AUSSCHUSSES IN STUTTGART ZU IHRER ARBEIT

Stuttgart. Das Interview geht zurück auf ein gemeinsames Gespräch mit Herrn Dr. Karras (Griechische Gemeinde) und Herrn Dilmen (Türken in Stuttgart) und ein weiteres Gespräch mit Herrn Albayrak (Demokratische Arbeiterliste).

Frage: Mit welchen Zielvorstellungen haben Sie im Oktober 1983 für den Ausländerausschuß kandidiert: Was wollten Sie mit Ihrer Arbeit erreichen?

K. und D.: Die überwiegende Mehrheit der Ausländer lebt seit 15 Jahren in der BRD. Dieser Tatbestand im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Situation sowohl in der BRD, als auch in den Herkunftsländern müßten für die Verantwortlichen in der BRD Anlaß genug sein, um ernsthafte Pläne auszuarbeiten, um uns in der hiesigen Gesellschaft einzugliedern. Ein erster Schritt dazu wäre die Erteilung des Wahlrechts, beginnend mit dem Kommunalwahlrecht, und die wirtschaftliche und rechtliche Gleichstellung der Ausländer. Dadurch wären die Voraussetzungen für ein geregeltes Zusammenleben zwischen Ausländern und Deutschen geschaffen. Wir haben durch unsere Beteiligung an der Wahl zum Ausländerausschuß eine Möglichkeit gesehen, unseren Forderungen besser Gehör zu verschaffen.

Frage: Wie würden Sie Ihre Erfahrungen nach einjähriger Arbeit zusammenfassen? Konnten Sie einige Ihrer Zielvorstellungen verwirklichen?

K. und D.: Die Forderungen nach dem Kommunalwahlrecht und einem menschenwürdigen Ausländergesetz haben wir natürlich nicht verwirklichen können. Wir sind immer noch auf der Suche nach einem Weg, der uns als demokratisch gewählten Vertretern ermöglicht – auch in einem nur beratenden Gremium –, eine unseren Interessen nützliche Arbeit zu leisten, d.h. wir müssen den Vorteil, gewählt zu sein, ausnutzen und darauf achten, daß unsere "sachkundige Beratung" von den beschließenden Gremien ernst genommen wird.

A.: Wir sind ganz neu in der Ausschubarbeit. Wir wissen nicht genau, wie so ein Ausschuß arbeitet. Er hat im wesentlichen nur informierende und beratende Funktion. Die demokratische Arbeiterliste hat nach den Wahlen eine Veranstaltung gemacht und festgestellt, daß wir auf Grundlage der gegenwärtigen Satzung nicht arbeiten können. Wir wollten im Ausländerausschuß Leute finden, die genauso über die Probleme dachten wie

wir. Wir haben versucht, in Form von Anträgen und Anfragen etwas zu erreichen, z.B. mit einem Antrag zum Aufenthaltsrecht, in dem wir gefordert haben, daß man nach sechsjährigem Aufenthalt automatisch eine Aufenthaltsberechtigung erhält, oder zur 12-qm-Regelung. 70% der ausländischen Familien in Stuttgart haben weniger als 12 qm pro Person. Wir haben gesagt, das ist ein Wohnungsproblem und hat mit dem Aufenthaltsrecht nichts zu tun.

Frage: Wie sind Ihre Anliegen behandelt worden? Welche Unterstüt-

K. und D.: Wir müssen die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ausschußmitgliedern besser koordinieren. Wir müssen in Zukunft die Tagesordnung besser vorbereiten und die Möglichkeit haben, Referenten vorzuschlagen. Die ausländischen Ausschußmitglieder sollten für ihre Arbeit ausgebildet werden. Wir müssen die Möglichkeit haben, an unsere Landsleute Informationen herauszugeben und Informationsveranstaltungen durchzuführen. Für außerordentlich wichtig halten wir die Schaffung von so etwas wie einer Dachorganisa-



Aktion in Stuttgart zur Aktionswoche des Frankfurter Appells.

zung haben Sie von Seiten des Gemeinderats erhalten?

K. und D.: Wir müssen die Situation so sehen. Die wichtigsten Entscheidungen, was mit den Ausländern geschieht, werden auf Landes- oder Bundesebene getroffen. Aber auch die Stadt hat einige Möglichkeiten, auf die Auslegung der Vorschriften einzuwirken. Sie hat die Möglichkeit, ihren guten Willen zu zeigen z.B. in der Frage des Ablaufs des Passes, der Sozialhilfe, der 12-qm-Regelung, etc. Sie könnte auch mehr tun, die Ausländer zu informieren, z.B. zu Fragen der Aufenthaltsberechtigung, z.B. in Form einer automatischen Benachrichtigung. Derartige Anliegen sind auch verschiedentlich im Ausschuß vorgetragen worden. In der Berücksichtigung dieser Anliegen müßte die Stadt mehr Aktivitäten zeigen, wie im Falle des beantragten Informationsfilms zur Aufenthaltsberechtigung.

Frage: Was müßte nach Ihren bisherigen Erfahrungen geändert werden, um Ihre Arbeit im Ausschuß zu verbessern?

tion aller Ausländer in Stuttgart, um unserer Arbeit eine bessere Grundlage zu geben.

A.: Wir müssen heute unseren Landsleuten sagen, daß dieser Ausländerausschuß mit dieser Satzung die Probleme nicht lösen kann. Wir müssen eine andere Satzung fordern und weiter für das Kommunalwahlrecht kämpfen. Nicht nur die Ausländer, auch die Deutschen. Was wir zumindest brauchen, ist das Rede- und Stimmrecht im Gemeinderat.

Frage: Welche Anliegen werden von den ausländischen Einwohnern vor allem an Sie herangetragen?

K. und D.: Durch den Mangel an Möglichkeiten zur Information etc. und da wir also den Kontakt zu unseren Landsleuten bisher bedauerlicherweise nicht hergestellt haben, werden auch direkt keine Anliegen an uns herangetragen, aber wir wissen natürlich über die Schwierigkeiten und Anliegen unserer Landsleute Bescheid.

Frage: In Stuttgart haben nur 24% der Ausländer eine unbefristete

Aufenthaltserlaubnis, obwohl sie nach der Aufenthaltsdauer einen Anspruch darauf haben. Nur 4% sind im Besitz einer Aufenthaltsberechtigung. Haben Sie den Eindruck, daß das Aufenthaltsrecht in Stuttgart besonders restriktiv gehandhabt wird?

K. und D.: Ja, das ist unser Eindruck. Wir müssen in Zukunft darauf hinarbeiten, daß diese Dinge abgebaut werden, z.B. bezüglich der 12-qm-Regelung, der Frage der Sprachkenntnisse etc., wo auch von Seiten der Ausländerbehörde unnötige Hindernisse in den Weg gelegt werden.

A.: Die Zahlen sind richtig. Die Praxis der Ausländerbehörde ist sehr streng. Dieses Thema ist zur Zeit sehr interessant. Im letzten Jahr haben nach der Kampagne zum Frankfurter Appell viele Ausländer bei der Ausländerbehörde eine Aufenthaltsberechtigung beantragt. Es ist möglich, daß dies auch ein Grund ist, warum in Stuttgart im letzten Jahr die Zahl der Aufenthaltsberechtigungen so stark gestiegen ist. Ich habe einen Bekannten, dessen Antrag auf Aufenthaltsberechtigung von der Ausländerbehörde abgelehnt wurde. Mit Hilfe eines

Rechtsanwalts konnte er den Antrag durchsetzen. Der Rechtsanwalt hat ihn 270 DM gekostet. Wenn der Mann Recht hat, warum bekommt er die Aufenthaltsberechtigung dann nicht gleich? Die Anträge werden hauptsächlich abgelehnt wegen des nicht ausreichenden Wohnraums.

Frage: Sehen Sie Möglichkeiten, im Ausländerausschuß Initiativen zu ergreifen, um die Stadt zu zwingen, das Aufenthaltsrecht weniger restriktiv zu handhaben?

K. und D.: Nach unserer Ansicht können wir etwas erreichen, wenn wir über die Rechtslage Bescheid wissen, das heißt auch, einen Rechtsbeistand zur Verfügung haben, und wenn wir die Möglichkeit haben, die Öffentlichkeit über die Situation in Stuttgart zu informieren.

Frage: Wie sieht es mit der Unterstützung der Arbeit des Ausländerausschusses von außen aus, d.h. von den Parteien und Organisationen, die sich für die Rechte und Interessen der Ausländer einsetzen wollen? Wie könnte die Unterstützung verbessert werden?

K. und D.: Eine Unterstützung

würden wir uns so vorstellen, z.B. auf einer Sitzung mit oben angesprochener Dachorganisation, die Themen der Ausschusssitzung jeweils vorher zu diskutieren, an der sich auch deutsche Organisationen beteiligen sollten, um dadurch die Informationen zu erhalten, die wir für unsere Arbeit brauchen. In einem solchen Stadium der Unterstützung könnten wir erst effektiv im Ausschuß arbeiten.

A.: Ich halte diese Frage für sehr wichtig. Wir haben einen großen Fehler gemacht. Wir haben keinen Kontakt zu Gruppen, Parteien, Aktionen usw. Wir brauchen den Kontakt, müssen diskutieren und zusammenarbeiten. Z.B. kommt jeden Monat von der SPD eine Einladung. Mit den GRÜNEN und anderen Organisationen haben wir aber bisher keinen Kontakt. Wir wollen nicht nur reden, sondern auch praktisch zusammenarbeiten. Das ist die eine Seite. In letzter Zeit werden im Raum Stuttgart viele Ausländerausschüsse gebildet, z.B. jetzt in Ludwigsburg und Böblingen. Wir wollen eine landesweite oder bundesweite Ausländerausschußkonferenz. — (rac/unb)

ANTRÄGE UND ANFRAGEN ZUM AUFENTHALTSRECHT

Anfrage 7.1.85. Anwendung des Ausländerrechts. Damit der Ausländerausschuß eine Übersicht hat, in welchen Fällen die Wohnraumverhältnisse ausländerrechtliche Wirkungen haben, werden verschiedene statistische Daten erfragt, u.a. "2. Wieviele Anträge auf die erstmalige Aufenthaltserlaubnis für den Familiennachzug wurden in diesem Jahr aus Gründen unzureichenden Wohnraums abgelehnt bzw. die Zustimmung zum Visum nicht erteilt? ... 4.... Ist das Bürgermeisteramt bereit, beim Land auf eine Lockerung der baden-württembergischen Bestimmungen hinzuwirken?"

In der Beantwortung wird zu den statistischen Daten erklärt: "Statistiken werden hierüber nicht geführt." Zu Punkt 4: "Dieser Auffassung (Ausländererlaß Ba-Wü. zur 12-qm-Regelung) tritt das Bürgermeisteramt nicht entgegen ... Selbstverständlich verfolgt das Bürgermeisteramt nach wie vor die Ziele der Integration der ausländischen Einwohner. Aber eine ausreichende Wohnung ist eine wesentliche Voraussetzung der Integration."

Antrag 3.10.84. Aufenthaltsverfestigung. Zur restriktiven Auslegung des Ausländergesetzes der Stuttgarter Ausländerbehörde werden folgende Fragen gestellt: "1. Werden die Ausländer, die zur Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnisse oder aus sonstigen Anlässen vorsprechen, vom jeweiligen Sach-

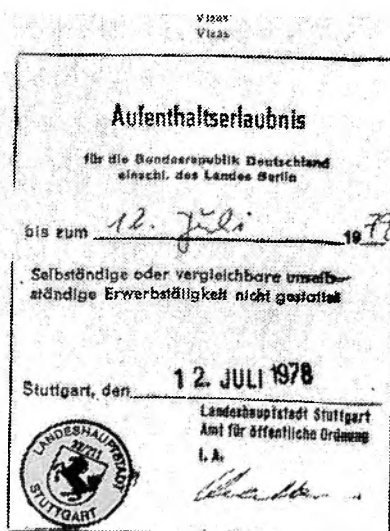
bearbeiter auf die Aufenthaltsverfestigung ausdrücklich aufmerksam gemacht und ... beraten? ... 2. Wieviele Anträge auf unbefristete Aufenthaltserlaubnis bzw. Aufenthaltsberechtigung wurden im 1. Halbjahr 1984 gestellt und wieviele aus welchen Gründen abgelehnt? 3. ... Wenn in einem solchen Fall eine Beendigung (des Aufenthalts) rechtlich möglich ist, wie prüft und würdigt die Ausländerbehörde bei der Ausübung soziale Gesichtspunkte und Bindungen nach längerem Aufenthalt ...?"

Antwort: 1. Die Ausländerbehörde komme ihrer Beratungspflicht nach. 2. "über die einzelnen Ablehnungsgründe werden keine gesonderten Statistiken geführt ... 3. ... Die Abwägung der Einzelinteressen mit dem

öffentlichen Interesse und das Gebot der Verhältnismäßigkeit sowie die Grundsätze der Erforderlichkeit und des Mindesteingriffes haben sich in jedem Einzelfall an den aufgezeigten Maximen zu orientieren ..."

Antrag 6.9.84. zur Notwendigkeit eines gültigen Passes, zum Ermessensspielraum bei Ungültigkeit des Passes und Daten nach ungültig gewordenen Aufenthaltsverfestigungen wegen abgelaufener Pässe wird weiter gefragt: "4. Ist es richtig, daß die betroffenen Ausländer von der Ungültigkeit ihres Passes häufig durch die Ausländerbehörde erfahren? Heißt dies, daß die Ausländerbehörde die Paßungültigkeit überwacht? Wenn ja, ist es nicht möglich, die betroffenen Ausländer schon vor oder wenigstens sofort nach Paßablauf zu informieren? 5. Ist das Bürgermeisteramt bereit, bei den zuständigen Stellen darauf hinzuwirken, daß die Paßungültigkeit infolge Vergeßlichkeit nicht mehr zum Verlust der Aufenthaltsverfestigung führt?"

Antwort: Zu 1. ... Voraussetzung ist allerdings nur ein kurzfristiger Aufenthalt ohne gültigen Paß (ca. 2 Monate). Zu 2. Die Fälle, bei denen eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis ungültig geworden ist, werden statistisch nicht erfaßt ... Zu 4. ... Eine Fristenüberwachung durch die Ausländerbehörde ist aus technischen Gründen derzeit nicht möglich. Zu 5. ... Die Erlöschungsgründe können nur vom Gesetzgeber geändert werden ..."



BAU: LOHNPAUSE JETZT SCHLICHTER

Kiel. Am 11.3. hat die Tarifrakommission die dritte Verhandlung scheitern lassen. Die Kapitalisten hatten 6 Monate Lohnpause vorgeschlagen und keinen Verbesserungsvorschlag zum Tarifvertrag 13. Monatseinkommen gemacht. Vielmehr wollten sie den Anteil daran von den Arbeitern selbst zahlen lassen. Zur Forderung nach Verlängerung der Zusatzversorgungskassen-Leistung für Rentner haben sie sich auch nicht geäußert. Die Schlichtung am 1.4. unter Vorsitz von G. Müller (ehem. Präsident beim Bundesarbeitsgericht) brachte kein Ergebnis. — (lus)

TEUERE ARBEITS- ZEITVERKÜRZUNG

Karlsruhe. Ergebnislos verliefen die Einzelhandels-Tarifverhandlungen Baden-Württemberg am 21.3. Die Kapitalisten verlangen für die 38,5-Std.-Woche: Volle Anrechnung der Arbeitszeitverkürzung für 1985/86 mit je 3,9% auf Lohn- und Gehaltserhöhung, Festschreibung von Urlaubsgeld, -dauer, Sonderzahlungen sowie des Manteltarifs für die Laufzeit der Arbeitszeitverkürzung ab 1.1.1986 auf drei Jahre und keine Mehrarbeitszuschläge bis zur 40.



Peru: Nach 22 Tagen Streik haben 400000 peruanische Staatsangestellte ihre Forderung nach einem Inflationsausgleich teilweise durchsetzen können. Die Regierung stimmte in der letzten Woche einer Erhöhung der Grundgehälter um 60% zu. Die Inflationsrate beträgt 150%. Der Generalsekretär der Gewerkschaft der Staatsangestellten bezeichnete das Ergebnis als bedeutsamen Schritt. Die Regierung erklärte, daß das mit der Gewerkschaft ausgehandelte Abkommen auch den Forderungen von 170000 Lehrern entspräche, die einen angekündigten Streik wieder absagten. (Quelle: UZ, 30.3.85). Bild: Streik der Minenarbeiter in Peru 1983 — (gba)

Köln. Rund 400 Beschäftigte aus 16 Handwerksbetrieben in den Bereichen Kraftfahrzeugreparatur, Elektro, Sanitär- und Heizungsanlagen, Schlosserei und Tankanlagenbau in Köln legten am 26.3. für zwei bis vier Stunden die Arbeit nieder. Etwa 300 beteiligten sich an einer Protestversammlung der IGM. Die Gewerkschaft fordert im Handwerksbereich (NRW) vor allem die Einführung in die 35-Stunden-Woche und eine Lohnerhöhung von 3,8%, bzw. von 4% für das Kfz-Handwerk. — (gba)

Wochenstunde. Je nach Unternehmen sollen die 38,5 Stunden flexibel gehandhabt werden. Die HBV lehnte mit Verweis auf die "Essener Erklärung" der Hauptvorstände von Kapitalisten, HBV und DAG ab. In ihr werden die 38,5 Stunden als Regelarbeitszeit ausschließlich Pausen vereinbart. Die HBV wies insbesondere auf die Möglichkeit der Betriebsvereinbarungen hin zur Regelung der Arbeitszeitverkürzung als Blockfreizeit. Fast alle anderen Forderungen der Kapitalisten sind aber in der Essener Erklärung enthalten. Bisherige Verhandlungsergebnisse sollen nicht berührt werden — die gibt es aber nicht. — (rub)



KAMPF GEGEN LOHNSENKUNG

Neu-Isenburg. Die Belegschaft von Derndruck kämpft gegen den Plan der Kapitalisten, die Löhne um 3 bis 4 Mark zu senken. Ein Drittel wird nach dem niedrigeren Tarif der Papierindustrie bezahlt, die Mehrheit nach dem Tarif der Druckindustrie. Da der Kapitalist aus dem Verband der Druck- in den der Papierindustrie wechselte, sollen die niedrigeren Tarife für alle gelten. Am 14.3. ließ die Geschäftsleitung eine Versammlung am Werkstor von der Polizei auseinanderreiben. An einer Solidaritätskundgebung vor dem Tor am 20.3. beteiligten sich 600. — (scc/gba)

FEIERABEND 18.30 UHR

Hannover. Auf einer Podiums-Veranstaltung der HBV gegen einen Antrag der CDU-Ratsfraktion im Stadtrat, während der Hannover-Messe 1986 die Ladenschlußzeiten zu verändern, sprachen sich die Vertreter von HBV, DGB, DKP, GABL und SPD gegen die Versuche der Aufweichung des Ladenschlußgesetzes aus. Der Kreisvorsitzende des DGB Hannover versicherte den ca. 150 Anwesenden unter großem Beifall die Solidarität aller Einzelgewerkschaften des DGB. Ein Betriebsrat der Messe-AG (IGM) wandte sich entschieden gegen den CDU-Antrag, schließlich habe die IGM für eine Verkürzung der Arbeitszeit gekämpft und sei selbstverständlich nicht dafür, daß die Bedingungen für andere Beschäftigte

verschlechtert würden. Der BR-Vorsitzende von Horten verlangte die Festlegung der Arbeitsbedingungen im Manteltarifvertrag, sonst gäbe es 1986 noch weniger Umsatz, weil die Beschäftigten auf die Straße gingen. — (kai)

GASSMANN BLEIBT BILDUNGSSEKRETÄR

Hamburg. Vor dem Arbeitsgericht hat der IG-Metall Bildungssekretär Hermann Gaßmann in erster Instanz seine Weiterbeschäftigung durchsetzen können. Nachdem der Vorstand ihm zunächst Rechtsschutz für das Verfahren wegen angeblicher Spionage für die DDR gewährt hatte und auch die Stelle während der zehnmonatigen Haft nicht besetzt wurde, wurde Gaßmann dann mit der Begründung gekündigt, er sei für die Gewerkschaft nicht länger "tragbar". Statt die Sache auf sich beruhen zu lassen, will die IG-Metall gegen das Urteil des Arbeitsgerichts in die Berufung gehen. — (mek)

DIE LOHNKÜR- ZUNG IST WEG

Norderstedt. Betriebliche Aktionen verhinderten, daß die Jungheinrich-Kapitalisten die Lohnsumme der Gewerblichen um 7,5% kürzen konnten. Der Lohn bleibt. Weiterhin aber fordern sie ein neues Prämienlohnsystem. Das Betriebsverfassungsgesetz schreibt vor, daß Entlohnung tarifvertraglich geregelt wird. Das stärkt die Betriebsratsposition. Die Manager werden jetzt mit der IG-Metall über einen Tarif verhandeln müssen. — (nor)

Daimler-Benz-Teststrecke Boxberg

BUNDESVERWALTUNGSGERICHT GIBT TESTSTRECKE BOXBERG ZUM BAU FREI

"Privates Gewinnstreben und Gemeinwohl schließen sich nicht aus", hat das Bundesverwaltungsgericht am 14. März verkündet und die Enteignung von Grundstücken zugunsten eines Unternehmens für grundsätzlich möglich erklärt, wenn dies "dem Wohl der Allgemeinheit" diene. Dieses sei anzunehmen, weil mit der Teststrecke die Strukturschwäche in diesem Raum behoben werden könne und neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Dies ist eine direkte Antwort auf die Kernaussage des BUNDSCHUH: "Das Grundeigentum, das den Klägern genommen werden soll, dient nicht zur Verwirklichung einer öffentlichen Aufgabe, nicht zur Realisierung des Gemeinwohls, sondern ausschließlich dem privaten Nutzen der Fa. Daimler-Benz AG. Eine Enteignung ist deshalb mit Art. 14 Abs. 3 Grundgesetz unvereinbar." (aus der Revisionsbegründung) Die schriftliche Urteilsbegründung wird in vier bis sechs Wochen vorliegen.

Am 22. März wurde von rund 100 Teststreckengegnern beschlossen, voraussichtlich im Mai einen fünftägigen Fußmarsch nach Karlsruhe zu organisieren und die Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht zu überbringen.

BUNDSCHUH hofft auf Bundesverfassungsgericht und Grundgesetz

"Die Revision wird abgeschmettert. Dann kämen wir in eine kritische, aber keineswegs aussichtslose Lage. Daimler hat über sein Sprachrohr, Boxbergs Bürgermeister Zipperle, bereits mitteilen lassen, daß sich der Auto-Bauer sofort durch "vorzeitige Besitzeinweisung" die benötigten Acker- und Waldgrundstücke verschaffen werde. Mit ersten vorbereitenden Baumaßnahmen, zu denen auch die Vernichtung von 56 Hektar Wald zählt, wäre dann zu rechnen. Wieder einmal sollen zunächst Bäume fallen, um ein unsinniges Großprojekt in Angriff zu nehmen! Der BUNDSCHUH würde dies freilich nicht tatenlos hinnehmen und unter anderem das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anrufen, um dem Grundgesetz Geltung zu verschaffen. Die erste Beschwerde gegen die Entscheidung im Normenkontrollverfahren gegen den Bebauungsplan liegt dort ja bereits seit 1982 vor, und Karlsruhe hat signalisiert, über die Abnahme beider Verfassungsbeschwerden gegebenenfalls gleichzeitig zu entscheiden.

Allerdings: die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts hat keine aufchiebende Wirkung. Mit dem Daimlerschen Versuch, die erste Phase der gigantischen Umweltzerstörung einzuläuten, wäre somit zu rechnen. Dazu können wir aber schon jetzt sagen: Wenn vollendete Tatsachen geschaffen werden sollen, bevor die Gerichte zu einer endgültigen Entscheidung gekommen sind, dann sind alle BUNDSCHUH-Genossen von Flensburg bis zum Bodensee gefordert. Dann werden wir sämtliche Hebel in Bewegung setzen, um die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Dann heißt es auch, durch praktische Widerstandshandlungen irreparable Landschaftseingriffe zu verhindern." (aus Informationsblatt Nr. 13 des BUNDSCHUH vom 12.2.1985)

Bad Mergentheims OB Mauch hofiert Daimler-Benz

"Mit Zufriedenheit habe ich das heutige Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin vernommen. Stante pede übermittle ich Ihnen namens der Stadt Bad Mergentheim ein aufrichtiges Gratulator. Die nun zu realisierende Teststrecke wird— davon bin ich überzeugt— zu einer wesentlichen Stärkung der Infrastruktur unseres unterentwickelten Raumes führen; vor allem aber dringend benötigte, sichere Arbeitsplätze schaffen. Die Nachbarschaft des Heilbades Bad Mergentheim mit seinem hohen schulischen, kulturel-

len und Freizeitwert, mit einem überdurchschnittlichen Angebot von Handel, Handwerk und Gewerbe, insbesondere aber in gastronomischer Hinsicht, wird dabei sicherlich dienlich sein." (aus Tauber-Zeitung vom 18.3.85)

Daten des Widerstands

1978: Die bad.-württ. Landesregierung bestätigt die Planung für eine Teststrecke der Daimler-Benz AG in Boxberg. Ca. 150 Bauern und andere Grundstückseigentümer gründen eine Interessengemeinschaft dagegen. Die Gemeinderäte in Boxberg und Assamstadt beschließen die Aufstellung des Bebauungsplans. Die Landsiedlung Bad.-Württ. beginnt mit dem Ankauf landwirtschaftlicher Nutzfläche. Der Fürst von Leiningen verkauft ca. 200 ha im 614 ha großen Planungsgebiet. Das Land Bad.-Württ. erwirbt 85 ha Gemeindewald. Der BUNDSCHUH greift die militärische Bedeutung der Teststrecke als Großflughafen und Panzererprobungs Gelände an. Knapp einen Kilometer entfernt wird ein NATO-Tanklager gebaut.

1979: Die BUNDSCHUH-Genossenschaft wird gegründet. Ministerpräsident Späth erklärt in Boxberg gegen starken Protest, daß er die Teststrecke durchziehen wolle.

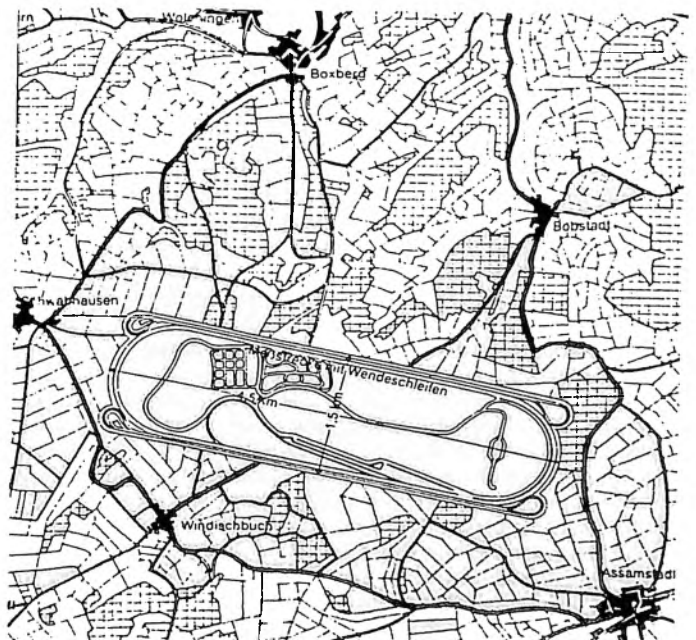
1980: BUNDSCHUH-Bauern verhindern durch Saalbesetzung den Bebauungsplanbeschluß durch den Gemeinderat. Mit Hilfe von acht Hundertschaften Polizei wird der Beschluß kurze Zeit später durchgesetzt. Die "Alternative Liste Boxberg" erhält bei den Kommunalwahlen 18% und vier Sitze für den BUNDSCHUH im Boxberger Stadtrat.

1981: Gegen den Bebauungsplan wird Normenkontrollklage beim Verwaltungsgerichtshof Mannheim erhoben. Die BUNDSCHUH-Genossenschaft hat ca. 1500 Mitglieder. Der Bau eines Lagerhauses zur selbständigen Vermarktung der Produkte aus biologischem Anbau wird erörtert.

1982: Der BUNDSCHUH organisiert in Stuttgart eine Demonstration mit 2000 bis 3000 Teilnehmern. Der VGH Mannheim weist die Normenkontrollklage gegen den Bebauungsplan ab.

1983: Der VGH Mannheim lehnt die Aufhebung des Flurbereinigungsverfahrens ab. Beim Bundesverwaltungsgericht wird Revision eingelegt. Der BUNDSCHUH verstärkt seine ökologischen Aktivitäten, und Ende des Jahres wird ein Lagerhaus eröffnet.

1984: Die rechtlichen Anstrengungen gegen den Neubau der Verbindungsstraße Schwabhausen-Boxberg (Zubringer zum NATO-Tanklager) werden abgewürgt, der Landkreis beginnt mit dem Bau. BUNDSCHUH-Anwalt de Witt zum Flurbereinigungsverfahren: "Wir sind sicher, daß wir das Revisionsverfahren in Berlin gewinnen werden." Die Prozeßkosten betragen inzwischen ca. 300000 DM. — (mah)



Kampuchea**"SCHREIENDES LAND" – NEUERLICHE EINMISCHUNG GERECHTFERTIGT**

Mit sieben Oscars hat die amerikanische Filmindustrie den Streifen "Killing Fields" – mit dem deutschen Untertitel "Schreiendes Land" – ausgezeichnet. Thema des Films ist die "Tragödie Kambodschas", dargestellt an den Erlebnissen von Sydney Schanberg, Reporter der New York Times, und seines kampucheanischen Kollegen Dith Pran.

Die Filmhandlung beginnt 1973, mit der versehentlichen und zunächst geheimgehaltenen amerikanischen Bombardierung von Neak Luong, einer Basis der kampucheanischen Marionettenregierung der USA. Pran hilft Schanberg, zu dem Stützpunkt zu gelangen, und Schanberg macht daraus eine Enthüllungssstory, die ihm den Pulitzerpreis einträgt. Zwei Jahre später, als die US-Army die letzten Amerikaner in Pnom Penh vor den heranrückenden Roten Khmer evakuiert hat, bleiben Schanberg und Pran in der Stadt. Als die Roten Khmer Schanberg und zwei andere westliche Journalisten als Vertreter des westlichen Imperialismus bedrohen, rettet Pran ihnen das Leben.

Pran als Kampucheaner muß bleiben. Er hat nicht die Privilegien eines ausländischen Journalisten. Um zu überleben, verbirgt er seine Identität vor den Funktionären der Roten Khmer; er gibt vor, ein armer Kampucheaner zu sein, der nicht

lesen und schreiben kann. Er muß auf dem Lande arbeiten und leidet unter Hunger und unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Er erlebt, wie andere gebildete Kampucheaner ihre Herkunft zugeben und anschließend weggebracht und auf den "killing fields" ermordet werden. In einer Filmszene findet sich Pran plötzlich auf solch einem Feld und waret durch Skelette. – Währenddessen ist Schanberg zurück in den USA. Er, der jahrelang die Grausamkeiten des US-Kriegs gegen Kampuchea angeprangert und vor die Weltöffentlichkeit gebracht hat, kann nicht an die Berichte über die Grausamkeiten der neuen Herrn, der Roten Khmer, glauben. Gleichzeitig zerbricht er fast an der Vorstellung, daß sein Freund Pran jetzt gefoltert oder ermordet wird und daß er, Schanberg, daran Schuld ist. Aber Pran überlebt und kann schließlich, nach der vietnamesischen Invasion in Kampuchea, nach Thailand fliehen. Schanberg, der davon erfahren hat, trifft ihn in einem Flüchtlingslager an der Grenze.

Der Film, der auf den wahren Erlebnissen von Schanberg und Pran basiert, ist eindrucksvoll. Es wird auch stellenweise der Versuch unternommen, die blutigen Ereignisse der kampucheanischen Revolution zu erklären – als Reaktion auf die unvorstellbaren

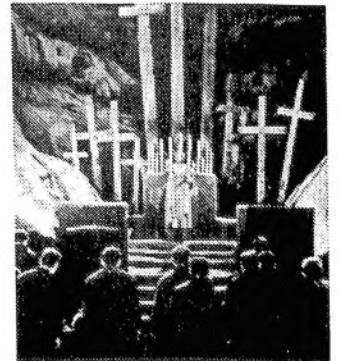
Massaker und Verwüstungen durch die US-Army und ihre Bombardements. Dennoch: Der Film hat keine Sympathie für die Ziele der kampucheanischen Revolution, klärt nichts auf, sondern weckt Gefühle für die "Tragödie" des kampucheanischen Volkes, das einst un-

ter Sihanouk "bescheiden und glücklich" lebte, dann von den USA, den Roten Khmer und den Vietnamesen heimgesucht wurde und jetzt auf die Hilfe der "Welt" wartet. Neuerliche Einmischung der westlichen Imperialisten wird gerechtfertigt. – (wom)

Metropolis**VERSÖHNUNG VON KOPF UND HAND IM DOM?**

"Man kann keinen gesellschaftlich bewußten Film machen, indem man sagt, der Mittler zwischen Hand und Hirn sei das Herz – ich meine, das ist ein Märchen." So hat der Regisseur Fritz Lang – Sohn eines Wiener Stadtbaumeisters, Jude, UFA-Regisseur, 1933 Emigration in die USA, dort Mitbegründer der "Anti-Nazi-League" und deshalb nach 1945 zeitweilig auf der "Schwarzen Liste", 1966 Großes Bundesverdienstkreuz, 1976 in Beverly Hills, Kalifornien, gestorben – seinen 1927 fertiggestellten Science-Fiction-Film "Metropolis" beschrieben. In der Stadt "Metropolis" des Jahres 2026 sind die Arbeiter zu schwerster Arbeit in unterirdischen Fabriken versklavt, während die herrschenden Ausbeuter, vertreten durch den "Herrn über Metropolis", Joh Fredersen, sich oberirdisch in Lustgärten und Stadien vergnügen. Am Ende einer Geschichte von Aufständen der Arbeiter, durch die diese ihre eigenen Kinder in Gefahr bringen, von einer unter den Arbeitern wirkenden Prie-

sterin, in die sich der Sohn des Joh Fredersen verliebt, von Kämpfen mit Magiern und Maschinenmenschen usw. vermittelt Sohn und Priesterin einen feierlichen Handschlag zwischen Herrscher und (Vor-)Arbeiter im städtischen Dom: Die Arbeiter sollen "wie Menschen" behandelt werden. Der Film ruft die Intelligenz zu Mitgefühl mit den Arbei-



Die Priesterin von Metropolis

tern auf, um am Ende eine religiös verbrämte Volksgemeinschaft zu propagieren. Jetzt läuft er wieder, mit Popmusik untermalt, in Hochschulkinos. – (rül)

Morenga**NAMIBIA – "DEUTSCH GEPRÄGT ..."**

"Deutsch geprägt bleibt das Land auch heute", heißt es in der begleitenden Reportage "Widerstand in Deutsch-Südwest" zum Film Morenga, der im ARD anläßlich der 100 Jahre zurückerliegenden Eroberung ausgestrahlt wurde. Die Geschichte des deutschen

Kolonialismus, wie alle Kolonialgeschichte gekennzeichnet durch Landraub, Unterdrückung, Ausbeutung und teilweise Vernichtung der Kolonisierten, das wird ganz treffend dargestellt. Im heutigen Namibia spielen die Deutschen eine durchaus positive Rolle, so

erfährt man. Die Ausbeuter, das sind jetzt die USA und die Südafrikanische Republik, die Deutschen machen etwas Kleinhandel, pflegen alte Traditionen und sind zu großen Freunden der Namibier avanciert. Gipfel dieser Darstellung sind Siegesfeiern der deutschen Kolonie, an denen Vertreter der damals unterworfenen Hereros teilnehmen. Der Film, der die Geschichte des Nama-Aufstandes 1904 bis 1906 gegen die deutschen Kolonialtruppen behandelt, zeigt immer wieder in einzelnen Bildern die Beteiligung des Befreiungskampfes, die ökonomische Grundlage der Unterdrückung der Afrikaner, die listenreiche Kriegsführung der Guerillatruppen. Sie werden aber zugekleistert durch 4 1/2 Stunden Mischung von Westernelementen, ambitioniertem Kino und schönen Bildern um den Entwicklungsweg eines Kolonialveterinärs, der schließlich angeekelt die Kolonie verläßt. Kein Wunder, daß die reaktionäre Hanns-Seidel-Stiftung für die Dreharbeiten des Films in Namibia eintrat. – (ech)

Kinofilm: "Der Schneemann"

SPONTIS AUFSTIEG IN DIE WELT DER HARTEN KONKURRENZ

Eigentlich ist der Held des Films "Der Schneemann" (Regisseur: Peter Brinkmann, Hauptdarsteller: Marius Müller-Westernhagen) ein Schriftsteller, aber bekanntlich ist das brotlos und kann davon in der Regel ein Intellektueller nicht leben. Er muß sich also mit "schmutzigen" Dingen befassen, konkret mit dem Außenhandel von pornografischen Heftchen in arabische Länder. Nun ist aus Erfahrung bekannt, daß sich für den einen oder anderen, der von höherer Berufung träumt und die entsprechende Ausbildung besitzt, auch beim schmutzigsten Geschäft mit etwas Glück und Willen die Chance zum Aufstieg bietet (ein Vermögen und damit der Ausstieg aus Lohnabhängigkeit winkt). Dem Helden fallen fünf Kilo Kokain mehr oder minder zufällig in die Hände, ein Millionengeschäft und damit ein Ende der kleinen Gaunerei scheint in Sicht. Unser Sponti schlägt sich nicht schlecht in der nun beginnenden harten Konkurrenz mit einer Rauschgift-händlerbande. Schließlich ist bei ihm die Intelligenz, und mit Tricks überlistet er die Banditen, entgeht verschiedenen Mordanschlägen und schafft zum Ende hin den Umtausch des Rauschgifts gegen bares Geld. Allerdings, so wird der Zuschauer belehrt, ist ein solcher Aufstieg, der mit der

Absicht der Beendigung von Abhängigkeit begonnen wird, teuer zu bezahlen und lohnt im Grunde nicht: Der beste Freund wird umgebracht, ein Ende der brutalen Konkurrenz ist nie abzusehen, und der gute Anzug allein bringt auch nicht das Lebensglück. So läßt der Aufsteiger denn am Ende im Tausch gegen seine Freundin die Millionenbeute fahren und träumt weiter vom Ende der Plackerei. – Der Film fällt trotz der Propaganda für "das Individuum" eher angenehm auf, wahrscheinlich wegen des Vergleichs mit den sonst üblichen Produkten, die dem gleichen Publikum den Aufstieg des Individuums als Karriere von soundsovielen Fäusten schmackhaft machen wollen. – (alk)



Schlußzene: Tausche brutale Konkurrenz gegen...

Arbeitswissenschaft

REFAS WUNDERHORN – TAYLORISMUS IN AKTUELLEM GEWAND

Frederic Winslow Taylor (1856–1915), Urahn und eigentlicher Begründer "wissenschaftlicher Betriebsführung" – an seinen Auffassungen kommt auch heute noch keiner vorbei, der sich mit Lohn- und Leistungsproblemen, Arbeitsorganisation und Betriebshierarchie beschäftigt. Helmut Spitzley setzt sich in seinem Buch "Wissenschaftliche Betriebsführung, REFA-Methodenlehre und Neuorganisation der Arbeitswissenschaft" (Köln 1980) sowohl mit diesem "Klassiker" wie mit der heute allgemein verbreiteten REFA-Lehre kritisch auseinander.

Brechung der Leistungszurückhaltung der Arbeiter – das ist der Dreh- und Angelpunkt Taylorscher Überlegungen. Das bei den Arbeitern angehäufte "Produktionswissen" war (und ist auch noch) ein erheblicher Machtfaktor bei betrieblichen Auseinandersetzungen. Dagegen empfiehlt Taylor, "all die überlieferten Kenntnisse zusammenzutragen, die früher Alleinbesitz der einzelnen Arbeiter waren, sie zu klassifizieren und in Tabellen zu bringen, aus diesen Kenntnissen Regeln, Gesetze und Formeln zu bilden ... , hieraus eine Wissenschaft aufzubauen" (31). Konzentriert bei der Betriebsleitung, wird dies dann zur "Wissenschaft der Leitung". Zentrale Elemente dieses Systems sind: Zeitstudien, Normierung der Produktionsmittel, Normierung der menschlichen Bewegung, Festsetzung des Pensums, Lohnform, Personalauswahl, Arbeitsunterweisung, Arbeitsbüro und Meistersystem.

Durch die Zeitstudien z.B. sollen optimale Bewegungsabläufe ermittelt und in Verbindung mit festgelegten Arbeitspensum als "wissenschaftliche Gesetze" den Arbeitern vorgeschrieben werden. In Kombination mit den anderen Elementen ergibt dies ein "geradezu lückenloses System der Arbeitsintensivierung". Zum Gesundheitsverschleiß, der Grenze für Arbeitsintensität, werden weder Definitionen noch Untersuchungsmethoden entwickelt. Von Wissenschaftlichkeit im Sinne der Erforschung arbeitsphysiologischer u.a. Gesetzmäßigkeiten kann keine Rede sein.

In Deutschland schließen sich die Anhänger Taylors 1919 im "Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung" zusammen; die dort entwickelte Vorgabezeitfestsetzung wird alsbald in Betrieben wie AEG, Siemens, Borsig usw. übernommen. 1924 gründen der "Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller" und der "Verein Deutscher Ingenieure" den "Reichsausschuß für Arbeitsstudien" (REFA). Zwischen 1935 und 1945 führt dieser seine Lehrgänge gemeinsam mit der faschistischen "Deutschen Arbeitsfront" durch. 1951 kommt es nach vorheriger Entfaltung der Tätigkeit auf Landesebene zur Gründung des REFA-Bundesverbandes, die Gewerkschaften erhalten Sitz und Stimme in seinen Gremien. Mit über 13 000 Lehrgangsteilnehmern und einem Unterrichtsumfang von 5,3 Mio. Stunden entspricht die REFA-Ausbildung dann 1973 der Kapazität einer Fachhochschule mit 5000 Studenten.

Wesentliche Änderung gegenüber bisherigen Vorgabezeitfindungsverfahren bringt die Einführung des Leistungsgradbeurteilens. Schließt früher der "REFA-Mann" direkt von den gemessenen IST-Zeiten auf die geforderten SOLL-Zeiten, vergleicht er jetzt die "gemessene" IST-Leistung mit einer in seiner Vorstellung existierenden "Normalleistung". Der ggf. empfundene Unterschied wird als Leistungsgradfaktor bei der SOLL-Zeitvorgabe berücksichtigt. Dabei handelt es sich weder um eine exakte naturwissenschaftliche Methode, noch um eine an fixierte Beispiele gebundene Setzung. Die Beurteilung der "Normalleistung" wird dem Augenschein und der Vorstellung des jeweiligen "Arbeitsstudienmannes" überlassen. Spitzley dazu: "Die REFA-Methodik setzt keine oberen Leistungsgrenzen, vielmehr erlaubt sie über das physiologische Optimum hinausgehende Anforderungen. Sie schützt

nicht vor der Anwendung der Akkordschere und (schleichender) Intensivierung der Arbeit. Erholzeit wird nicht allgemein, sondern nur ausnahmsweise für eine von drei Ermüdungsarten gewährt. REFA führt keinen Nachweis darüber, ob die geforderte Leistung auf Dauer ohne Gesundheitsverschleiß erbracht werden kann (141)."

"Ein tayloristisch intensivierter Arbeitsprozeß", schreibt Spitzley, "der angelegt ist auf ständige Wiederholung und Monotonie und verknüpft ist mit der zur höchsten Selbstbeanspruchung treibenden Akkordentlohnung, läßt allzuwenig zeitliche Poren zur Entfaltung von Menschlichkeit. Dem tayloristischen Strukturprinzip des Zeitsparens ist daher die Forderung nach Entdichtung der Arbeit entgegenzusetzen. Mit einer solchen Strategie sind Arbeits-hetze und Akkordentlohnung schlicht unvereinbar (151)." Die mit dem Lohnrahmentarifvertrag II eingeschlagene Politik, arbeitsorganisatorische Mindestnormen durchzusetzen, könnte perspektivisch den Taylorismus tendenziell überwindende Forderungen einzulösen versuchen. – (gka)

Rentenpolitik

GRÜNE ALTERNATIVEN (1) WERTSCHÖPFUNGSSTEUER

Erstmals mußte sich Ende letzten Jahres die gesetzliche Rentenversicherung Geld borgen, um flüssig zu bleiben. Der Bundeshaushalt 1985 hält eine Rückstellung von 5 Mrd. DM als Kreditmittel für die Rentenzahlung zur Verfügung. Am 1. März wurde von der Regierung ein "Gesetz zur Stärkung der Finanzgrundlagen der Rentenversicherung" in den Bundestag eingebracht. Nach ausdauerndem Sanieren und mindestens einem gesetzlichen Konsolidierungsanlauf durchschnittlich pro Jahr seit Ehrenbergs Amtsantritt scheint es damit nun endlich gelungen zu sein, die Kassen der gesetzlichen Rentenversicherung leer zu sparen. Blüm spricht zynisch davon, runde 60 Mrd. DM für die Rentenversicherung "beschafft" zu haben, Ehrenberg hat sicher keine geringeren Verdienste. Da darf man ohne Übertreibung sagen, daß das "Opfer" der Sozialrentner von wenigstens einer kompletten Jahresrente, gemessen an den Leistungsansprüchen noch vor zehn Jahren, die Finanzpleite der Rentenversicherung bestenfalls bis jetzt verzögert hat, aber bloß als Vorspiel zu betrachten ist.

Dies ist der platte Hintergrund für eine Diskussion, die nunmehr um eine "Strukturreform" der Rentenversicherung geführt wird, die so um die Jahrtausendwende den dann heraufziehenden "sehr ersten Belastungen" gerecht werden soll – wenn es nach der CDU geht. Gegenwärtig nehmen die Regierungsparteien die Angebote der SPD zur Zusammenarbeit entgegen: Mit ihrem Gesetzesantrag u.a. zur "Flexibilisierung" der Rentenformel durch eine "bevölkerungspolitischen Komponente" hat die SPD immerhin die Perspektive entworfen, nach der sich Rentner und Versicherte, jung und alt gegenseitig den Gürtel enger schnallen dürfen. Die CDU quittiert mit einer ganzen Liste von weiteren Möglichkeiten, wie Renten und Rentenausgaben zu senken sind: von weiterer Abwertung beitragsloser Zeiten über Harmonisierungen wie z.B. die allgemeine Rentenbesteuerung bis zur "Flexibilisierung" der Altersgrenze durch "finanzielle Anreize" (Blüm). "Kurzfristig" beweist die CDU "konsequente Fortführung" (George): Für eine "1" vor dem Komma in diesem Sommer dürfen die Rentner nun dem Beschluß über eine Erhöhung des von ihrer Rente abzuziehenden Krankenversicherungsbeitrages nicht nur auf fünf Prozent, sondern gleich auf 5,9% bis 1987 entgegensehen. Dies bloß zur Charakteristik.

Bemerkenswert für die Beurteilung dieser Diskussion ist: Die Kassen der Rentenversicherung sind leer, während ringsherum fast alles buchstäblich auf dem Geld sitzt. Z.B. Stoltenberg stellt einen Kredit von fünf Milliarden im Bundeshaushalt bereit; die Lebensversicherer konnten 1982

eine Vermögensanlage von 216 Mrd. DM ausweisen; die von den Kapitalisten teilweise aufgebaute "Betriebliche Altersversorgung" wartet nach Mitteilung des Berichterstatters der "Sachverständigenkommission Alterssicherungssysteme" Ende 1980 mit einem geschätzten Finanzierungsvermögen von 170 Mrd. DM auf, davon 115 Mrd. DM an Rückstellungen. – Die "Probleme" liegen somit weder in der Zukunft noch an unfaßbaren strukturellen Wandlungen: Die gezahlte Lohnsumme reicht schlicht und einfach nicht aus, und erst recht gilt das für den Umfang der sog. Lohnersatz- oder Versicherungsleistungen. Was als "Zukunftsprognosen" aufgetischt wird, läßt diesen Sachverhalt nicht nur deutlicher hervortreten. Es sind gleichzeitig die Drohungen, diese Tendenz der Verminderung der Lebensmittel für die vom Lohn Abhängigen epochal zu verschärfen, z.B. nach der mit immer noch wachsender Begeisterung aufgelegten Platte: "Bis zum Jahre 2035 müssen die Renten auf die Hälfte ihres heutigen Niveaus gesenkt werden oder die Beiträge ..."

Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN nun unternimmt den Versuch, sich in diese Räubergemeinschaft, der sich die sozialdemokratische Parlamentsopposition mit ihrem Gesetzentwurf deutlich andient, nicht einbinden zu lassen. In der Bundestagsdebatte am 18. Januar forderte die Abgeordnete Potthast:

"Unser Sofortprogramm soll den Einstieg in eine langfristige Reform ermöglichen, die den sozial Schwachen zugute kommt ... Erstens die Anerkennung von drei Kindererziehungsjahren ... Zweitens, daß Empfängerinnen und Empfänger von Renten der gesetzlichen Rentenversicherung unterhalb der Armutsgrenze leben müssen, ist ein gesellschaftspolitischer Skandal ... Drittens: Um die mit der Forderung nach drei Kindererziehungsjahren und der Rentenanehebung über die Armutsgrenze verbundenen Mehrkosten aufbringen zu können, ist eine Erhöhung des Bundeszuschusses unumgänglich ... Viertens: Die Forderung, daß die Bundesanstalt für Arbeit entsprechend den bis 1982 geltenden Regelungen den vollen Rentenversicherungsbeitrag gemäß dem früheren Bruttoeinkommen für die Bezieher von Arbeitslosengeld an die gesetzliche Rentenversicherung zu zahlen hat ... (1)

Für die "langfristige Reform" steht als Modell nach wie vor die in den "Leitlinien" (2) der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziales und Gesundheit der GRÜNEN entwickelte Vorstellung: An die Stelle der bisherigen Systeme der Altersversicherung tritt 1. eine steuerfinanzierte Grundrente für alle mindestens 60jährigen und 2. eine aus Beiträgen der Erwerbstätigen finanzierte obligatorische Zusatzrente. Dazu liegt inzwischen auch eine Berechnung vor. (3)

Im Modell der GRÜNEN soll die Grundversorgung nicht im Rahmen des bisherigen Versicherungssystems entwickelt werden: Gefordert wird eine "sozial gerechte Finanzierung" auf der Basis der Ersetzung der Arbeitgeberbeiträge durch eine Steuer. In einer Stellungnahme vom Dezember '83 zu den "Empfehlungen der Sachverständigenkommission Alterssicherungssysteme" heißt es erläuternd:

"Wertschöpfungsorientierte statt lohnorientierte Bei-



Blüm: "Wer länger arbeiten will: Laßt ihn länger arbeiten."
– Wicklerin 11,83 DM Stundenlohn

tragserbringung— Angesichts der Gefahr, daß selbst steigende Beitragssätze einem immer größeren Bevölkerungsteil (Teilzeitarbeitende, Arbeitslose, Behinderte, Kinderreiche oder bewußt "alternativ" oder ehrenamtlich Arbeitende) keine hinreichenden Renten mehr sichern, zumal der Anteil alter Menschen rapide steigt, hätte die Kommission die bereits vorliegenden Überlegungen zu wertschöpfungsorientierten Abgaben bzw. Wertschöpfungssteuern zur Rentenfinanzierung prüfen müssen." Weitere Gesichtspunkte dazu von M. Opielka: "Die technologische Entwicklung, die eine Finanzierung des Sozialstaats auf der Grundlage von erwerbsbezogenen Versicherungsbeiträgen immer prekärer werden läßt und die es immer schwieriger macht, den Anteil der individuellen Arbeit an der gesellschaftlichen Wertschöpfung zu bemessen, befördert derzeit die politische Diskussion um alternative Strategien der Erhebung von Sozialabgaben und der Einkommensverteilung... Einen Einstieg in die Abkoppelung von Erwerbsarbeit und Einkommen bietet dabei die Forderung der GRÜNEN nach einer über Steuern zu finanzierenden Grundrente..." (4)

Eines der gängigsten reaktionären Argumente gegen diese Überlegung zur Finanzierung einer Mindestabsicherung wird Genscher zugeschrieben: die Wertschöpfungssteuer sei "Fortschritts-Straf-Steuer". Dieses Verlangen nach optimaler Geschwindigkeit der Kapitalverwertung bezieht sich wesentlich auf ökonomische Argumente, die auch schon gegen den 1979 von Ehrenberg in der Sache gleichen als 'Maschinensteuer' bekannt gewordenen Vorschlag gemacht wurden. Die Lohnbezogenheit der Arbeitgeberbeiträge belaste Unternehmen mit überdurchschnittlichen Lohnkosten überdurchschnittlich, während Unternehmen mit überdurchschnittlicher Kapitalintensität begünstigt seien (= Fortschritt). Ohne nun hier auf Einzelheiten eingehen zu wollen, sei darauf verwiesen, daß neben dem genannten DIW-Gutachten auch ein Gutachten der Rentenversicherungen (5) zu dem Ergebnis kommt: Im Verarbeitenden Gewerbe einschließlich Bergbau und Bau liegen die Lohnkosten über dem Durchschnitt (abgesehen von hervorstechenden Ausnahmen wie Mineralöl- und Tabakverarbeitung, Chemie). Die Verarbeitende Industrie würde also überwiegend von Lohnnebenkosten entlastet. Durch Umbasierung der Arbeitgeberbeiträge auf Wertschöpfung würde also der Extraprofit von Rationalisierung ein klein wenig geringer ausfallen.

Ein zweites ebenso reaktionäres wie demagogisches Argument betrifft den Zusammenhang von Lohn, Beitrag und Rentenleistung, der zerstört würde durch die Aufhebung der Arbeitgeberbeiträge (und erst recht natürlich etwa durch eine Grundrente). Dieses selbst in der privaten Lebensversicherung eingeschränkte Beitrags-Leistungs-Prinzip auf die gesetzliche Rentenversicherung anzuwenden, hieße logisch, die gesetzliche Rentenversicherung als Sozialversicherung unausgeglichen bzw. überflüssig zu machen. So ist ja auch das Wirken der Reaktion zu verstehen: qualitativ, indem z.B. irgendwelche Minirenten als "Sozialrenten" angeboten werden. Von ihnen kann aber keiner leben, also sind sie unsozial. Und quantitativ: indem z.B. unablässig für mehr und höhere Beiträge niedrigere Renten geboten, bzw. in Aussicht gestellt werden.

Andererseits: Was spricht nun für den Weg der Umwandlung von gegenwärtig lohnbezogenen Abgaben im Rahmen eines Versicherungssystems in steuerfinanzierte staatliche Transferleistungen? Bleiben wir zunächst noch bei der Finanzierung.

Ist "die Wertschöpfung"— zusammengesetzt aus Gewinn vor Steuern, Abschreibungen, Mieten, Pachten, Fremdkapital-Zinsen, indirekte Steuern minus Subventionen, Sozialkosten, Bruttolöhne und -gehälter— die Alternative zum individuellen Erwerbseinkommen? Davon könnte man vielleicht unter der Voraussetzung sprechen, daß die an dieser Wertschöpfung Beteiligten darüber ebenso verfügen könnten, wie z.B. der Arbeiter genötigt ist, seinen Lohn zu verwandeln in unmittelbar benötigte Lebensmittel, Bedarf an bzw. Erhaltung von Reproduktionsmitteln, Abgaben für



Gegen die Einsetzung von "Arbeitskräften 2. Klasse". — Aktion der ÖTV-BG Bezirksamt Kreuzberg.

benötigte Dienste usw. Die "Wertschöpfung" ist demgegenüber eine ganz abstrakte Darstellung von bestenfalls Veränderungen des gesellschaftlichen Reichtums und drückt so gerade aus, daß eine gesellschaftliche Verfügung darüber nicht stattfindet. Daraus ergeben sich z.B. Entwicklungen im einzelnen, die schon verschiedentlich in der Diskussion kritisiert worden sind: Der Zugriff auf die Wertschöpfung soll als Besteuerung erfolgen und gerät praktisch in recht enge Nachbarschaft zur Mehrwertsteuer, von der als indirekter Steuer nachgewiesen ist, daß sie die unteren Einkommen am stärksten belastet.

Die in diesen Verhältnissen begründeten Probleme zeigen sich, wenn auf Basis der Wertschöpfungssteuer mehr Mittel wegen absoluter und relativer Zunahme der erforderlichen Zahl von Grundrenten nötig werden. Nehmen wir doch ruhig den Fall "2035". Es würde in der Entwicklung direkt ein Konflikt auftreten zwischen dem steigenden Steuersatz zur Finanzierung der zunehmenden Zahl von Grundrenten und den "Erwerbseinkommen" (Löhne + Gewinne). Das wären nun auch nicht gerade fortschrittliche Alternativen zu dem Trugbild des Generationenvertrages.

Eine weitere Frage: Welche Wirkung hat "eine Steuer für die Rente"? Wenn jetzt Blüm und andere die gewerkschaftlichen Bemühungen um Verkürzungen der Arbeitszeit verantwortlich machen möchten für Prozente, die angeblich den Rentnern fehlen, dann kann sich das jeder für die nächsten Lohnverhandlungen ganz gut merken. Die Konjunktur ist soweit äußere Bedingung. Was aber ist nach der "Wertschöpfungssteuer für die Rente", wenn es mit der Wertschöpfung nicht so ganz funktioniert?

An dieser Stelle vorläufig schließend noch ein drittes Problem: Eines der zitierten Argumente lautet, daß ein wachsender Bevölkerungsteil trotz steigender Beiträge hinreichende Renten nicht mehr erreichen kann. Dies ist einer der Ausgangspunkte für die grüne Diskussion der "Trennung von Einkommen und Erwerbsverhalten". Soll nun aber die Forderung nach steuerfinanzierten Sozialleistungen die Antwort auf all die mit zunehmender Verarmung in Ausdehnung begriffenen lumpigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse sein?

Während die oben zitierten praktischen Forderungen der GRÜNEN zur Rentenpolitik unbedingte Unterstützung verdienen, deutet sich an, daß die eigenen Programmpunkte der GRÜNEN— soweit im Hinblick auf die bisher vorliegenden sozialpolitischen Skizzen davon gesprochen werden kann— sich auf eine sehr enge gesellschaftliche Basis und damit begrenzte Erfahrung in der Auseinandersetzung mit der herrschenden Klasse beziehen.

Quellenhinweis: (1) Deutscher Bundestag, 115. Sitzung, Protokoll S. 8574; (2) vergl. Pol. Ber. 2/85, S. 10; (3) Grundrente statt Altersarmut, April 1985, Verlage Klartext, Gesundheit; (4) M. Opielka: "Alternativen zum Sozialstaat", Gewerkschaftliche Monatshefte 8/84; (5) W. Schmähl u.a. "Änderung der Beitragsfinanzierung in der Rentenversicherung?", Baden-Baden 1984 — (haj)

Landtagswahlen NRW

CDU UND FDP WOLLEN ES WISSEN: GELINGT IHNEN EINE MOBILISIERUNG FÜR REAKTIONÄRE POLITIK IN NRW?

Mit klebrigem Sendungsbewußtsein meldete die CDU auf ihrem Bundesparteitag vom 19. bis 22. März in Essen erneut ihr Ziel an, bei den Landtagswahlen am 12. Mai zusammen mit der FDP die parlamentarische Mehrheit in Nordrhein-Westfalen zu gewinnen. "Der Kurs der wirtschaftlichen Erneuerung, des Aufschwungs und der Konsolidierung, den die neue Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl seit 1982 mit Erfolg vorantreibt, muß endlich auch in Nordrhein-Westfalen zum Zuge kommen", heißt es in dem vom Parteitag verabschiedeten Antrag "Wir geben Nordrhein-Westfalen wieder eine Zukunft". Und weiter: "Wir lassen Nordrhein-Westfalen bei der Bewältigung seiner Strukturprobleme nicht im Stich. Voraussetzung dafür ist es, daß Bund und Land unter Führung von Helmut Kohl und Bernhard Worms wieder Hand in Hand arbeiten können." Diese Aussage hat den Charakter einer erpresserischen Drohung, zumal die angesprochenen Strukturprobleme viel mit Geldmitteln auch des Bundes zu tun haben. Vor allem wirft sie jedoch die Frage auf, worum es den Kapitalisten und allen bürgerlichen Parteien in punkto Umstrukturierung eigentlich geht.

Seit Jahren beklagen sie die "Wachstumsschwäche" der nordrhein-westfälischen Industrie, verschuldet durch eine überkommene Industriestruktur vor allem im Ruhrgebiet. Bestimmende Industriezweige in NRW sind der Maschinen- und Anlagenbau, Chemie, Stahl und Kohle, Energie und Textil. Die Entwicklung dieser Branchen ist unterschiedlich. Die Chemieindustrie – in Leverkusen ist der

Hauptsitz von Bayer – redet nicht einmal selbst von krisenhafter Entwicklung. Zurückgegangen ist der Anteil der nordrhein-westfälischen Wirtschaft am Brutto-Inlandsprodukt des Bundesgebietes von 28,7% 1970 auf 26,9% 1983.

Anders als Ende der 50er und in den 60er Jahren sehen die bürgerlichen Ökonomen die Ursache dieser Entwicklung nicht in der Montanindustrie, speziell dem Bergbau. Dr. Lamberts, wissenschaftlicher Direktor des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsinstituts (RWI) kam 1981 zu dem Schluß: "Das Problem besteht heute darin, daß diese Investitionsgüterindustrie ihre Produktionsanlagen auf die Fertigung von Großanlagen ausgerichtet hat, d.h. um es einmal sehr verkürzt zu sagen, sie haben sich auf die Herstellung von Erweiterungsinvestitionen ... spezialisiert ... Die Unternehmen investieren zwar nach wie vor in erheblichem Ausmaß, nur investieren sie nun in Ausrüstungsinvestitionen, d.h. also rationalisieren. Dazu benötigen sie andersartige Investitionsgüter als jene, die gerade vom modernen Teil der Ruhrwirtschaft hergestellt werden. Daraus folgt, daß die Ruhrgebietsindustrie nur bei hohen gesamtwirtschaftlichen Zuwachsraten floriert." Dieser Abhängigkeit soll die Umstrukturierung der Wirtschaft Abhilfe schaffen.

Vor allem geht es um die Schaffung profitablerer Möglichkeiten zur Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, wozu der direkte Angriff auf die Arbeiterklasse unabdingbar ist. Die Landeszentralbank hat dies kürzlich in dankenswerter Offenheit for-

muliert: "Im Interesse einer schnellen Lösung der Strukturprobleme des Landes" sei eine "weitere Korrektur der Lohnrelationen" zwischen NRW und dem Bundesdurchschnitt notwendig, heißt es in ihrem Jahresbericht 1984. Zur Begründung entwickelt sie eine chauvinistische Propagandalinie: Trotz einer Aufholbewegung liegt die Exportsteigerung in NRW mit 12% im Jahr 1984 unter der bundesdurchschnittlichen Steigerung von 15%. Da der Export die Hauptstütze der Konjunktur sei, müsse hier aufgeholt werden.

Ohnehin ist das Lohnniveau, das in NRW zumindest höher war, zum großen Teil überdurchschnittlicher Schichtarbeit geschuldet und einer Beschäftigungsstruktur, die einen geringeren Anteil ungelernter Arbeitskraft ausweist als in anderen Bundesländern. Dennoch: Nach eigenen Berechnungen auf Grundlage der Effektivlohnstatistik lag der Durchschnittslohn in NRW 1982 mit 2977 DM zwar noch etwas höher als der Bundesdurchschnitt von 2915 DM, 1984 jedoch genau beim Bundesdurchschnitt von 3188 DM. Das bedeutet, daß die Kapitalisten in NRW in den letzten Jahren drastischere Lohnsenkungen durchsetzen konnten. Allerdings: Diese Lohnsenkung ist in den unteren Bereichen nicht so gelungen, wie bundesweit (s. S. 39). Gerade darauf aber zielen die Kapitalisten.

Bereits im Juni 1983 hat der Kapitalistenverband Gesamtmetall ausdrücklich eine Aufweichung der Tarifverträge im Ruhrgebiet verlangt und Abschlüsse bei Neueinstellungen, alles zum "Kampf gegen die Arbeitslosigkeit". 11,6% betrug die Arbeitslosenrate im Februar 1985 in NRW, im Ruhrgebiet lag sie bei 15,1%. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger hat in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen, in Essen waren 1984 – verschärft durch die Kürzungen der Arbeitslosenversicherung – zwischen 13 und 14% der Arbeitslosen auf Sozialhilfe angewiesen. Aber: Um die Wirkung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt voll zur Geltung zu bringen, müssen die Tarifverträge weg, müssen die Versicherungen weiter eingerissen werden, muß das Arbeitsrecht geändert werden. Sowohl die CDU als auch die FDP entsprechen diesem Interesse der Kapitalisten in ihren Wahlprogrammen.

Diese programmatischen Ziele scheinen in Widerspruch zu stehen zu der von der CDU formulierten Absicht, gerade bei den Wahlen in NRW auch "Arbeitnehmer" zu gewinnen. Doch darf man sich nicht täuschen



Arbeitsniederlegungen von Stahlarbeitern (links Duisburg, rechts Oberhausen) gegen Rationalisierungen. Thyssen-Chef Spethmann hatte weitere 35 000 Entlassungen bis 1985 angekündigt. (Juni 1983)

lassen: Kohl bezieht sich ausdrücklich auf den "Arbeitnehmer der Mitte", der "nicht Utopien, sondern eine sichere Zukunft haben" will. Gemeint sind damit vor allem die "besseren" Angestellten, junge Wissenschaftler, und besser verdienende Facharbeiter, die, auch aufgrund der Niederlagen gewerkschaftlichen Kampfes in den letzten Jahren, ihre "Zukunftssicherung" z.B. im Aufbau einer kleinen Meisterwerkstatt suchen. Kohl bekannte sich, wie die FDP in ihrem Programm, auf dem Bundesparteitag ausdrücklich zur Elitenbildung. In jedem Fall ist diese Art der Mobilisierung eine Mobilisierung über das Eigentum bzw. über das Versprechen nach Eigentumsbildung— sei es in Form von Aktien oder eben als Selbständiger.

"Risikokapital" für Existenzgründungen, für "Wissenschaftler, 'Tüftler' und ideenreiche Anwender" (CDU-Landesprogramm), die Einrichtung von "Technologieparks" und "Gewerbhöfen", die die CDU fördern will— einige können sich davon wirklich etwas versprechen. Worms in einer Rede vor der Landesversammlung der CDU am 26.1.1985: "Es gibt Menschen, die haben gute Ideen, unternehmerische Wagnisbereitschaft, aber kein Geld. Es gibt dagegen Leute, die haben Geld, aber vielleicht keine guten Ideen. Unsere Aufgabe besteht darin, beide so zusammenzubringen, daß diejenigen, die Kapital besitzen, mit denen, die unternehmerisch interessante Ideen haben, so eng kooperieren, daß sich daraus für unser Land ein dringend erforderlicher Modernisierungsschub ergibt." Die Frage, wer denn über die Marktchancen einer guten Idee entscheidet, wenn nicht der "Geldgeber", wer letztlich über den als Existenzgründer hoch verschuldeten "Tüftler" mit seinem Computershop verfügt, läßt Worms absichtlich weg. Sicher ist nur, daß die in den CDU- und FDP-Programmen fast durchweg mit der Situation der Klein- und Mittelbetriebe begründeten Angriffe auf Tarif- und Arbeitsschutzrechte ihre Wirkung gegen viele entfalten werden, und zwar vor allem gegen die, die ohnehin hart arbeiten müssen.

Wer geglaubt hat, die SPD, die seit 1980 die absolute Mehrheit im Landtag hat und sie verteidigen will, würde solche Absichten angreifen, der hat sich geirrt. Ihre Kritik an der CDU brachte Ministerpräsident Rau auf der Landesdelegiertenkonferenz der SPD im Februar auf den Punkt: "Sie hat inhaltlich und personell keine Alternativen." Damit hat er offengelegt, daß die SPD einen großen Teil der Ziele der CDU und FDP teilt. Klar verpflichtet sich die nordrhein-westfälische Sozialdemokratie in ihrem Wahlprogramm auf die Modernisierung des Bergbaus und der Stahlindustrie, auf die Schließung unrentabler Anlagen und Überkapazitäten, auf

AUSZÜGE AUS DEM LANDESPROGRAMM 1985 DER CDU NORDRHEIN-WESTFALEN

"Arbeit für alle" durch "marktwirtsch. Offensive"

"Nordrhein-Westfalen ist seit Beginn unserer neuen Demokratie maßgeblich von der Christlich Demokratischen Union gestaltet und geprägt worden ... Während der fast 20jährigen Herrschaft der Sozialdemokraten hat Nordrhein-Westfalen jedoch erheblich an Bedeutung verloren und seine führende Rolle eingebüßt ... Rau und seine Regierung sind den Anforderungen unseres Landes nicht gewachsen. Wir setzen auf Zukunft und Freiheit. Wir wollen Rückbesinnung auf die Fundamente der Marktwirtschaft und die Zusammenhänge zwischen Leisten und Verteilen. Wir wollen die Kräfte des Marktes mobilisieren, Freiräume schaffen, Blockaden lösen. Wir sind entschlossen, mit marktwirtschaftlichen Mitteln eine Offensive für eine neue Struktur- und Technologiepolitik einzuleiten. Für uns gilt: Hilfe zur Selbsthilfe, Transparenz schaffen, Bürokratie abbauen, Reserven erschließen. Wir wissen, daß diese Politik eine soziale Politik ist. Ihre Wirkung ist Arbeit für alle, Abbau von Schulden, Zuwendung für die Hilfsbedürftigen und ein neuer Gemeinsinn in unserer Gesellschaft ... Wir haben in Bonn gezeigt, daß wir dies können. Ab 12. Mai 1985 muß gelten: 'Bund und Land, Hand in Hand'."

"Leistung muß sich lohnen" und "flexible Arbeitszeiten"

"Die CDU wird die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln verbessern und das Vertrauen in die Solidität der Wirtschafts- und Finanzpolitik des Landes wiederherstellen. Dazu ist das Zusammenwirken mit der Bundesregierung unabdingbar ... Wir sorgen dafür, daß sich Leistung wieder lohnt und nicht durch ausufernde Steuer- und Abgabenlast erstickt wird. Wir streben flexiblere Arbeitszeiten an, die sowohl den betrieblichen als auch den individuellen Bedürfnissen entsprechen. Wir sanieren die Landesfinanzen. Wir verbessern die Eigenkapitalbildung. Wir bauen Investitionshemmnisse ab. Wir treten ein für die Beseitigung jener verbotswidrigen Subventionen von EG-Nachbarländern, die den NRW-Industrien schaden. Wir stärken die Marktchancen, die Wettbewerbsfähigkeit, die Investitions- und Innovationskraft kleinerer und mittlerer Unternehmen."

"Im Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr sowie des Ministers für Landes- und Stadtentwicklung stehen erhebliche Geldmittel zur Verfügung, die für wirtschaftsfördernde Aktivitäten eingesetzt werden können. Diese Mittel müssen in einen besonderen Fond, eine 'Landesstrukturbank' eingebracht werden ... Ziel solcher Fonds ist es, Wissenschaftlern, 'Tüftlern' und ideenreichen Anwendern das erforderliche Kapital für die Entwicklung und Markteinführung erfolgversprechender Projekte zur Verfügung zu stellen und ihnen den Aufbau eines Unternehmens zu erleichtern. ... Die bestehenden Programme zur Förderung von Existenzgründungen müssen daher neu geordnet, zusammengefaßt und um zusätzliche Maßnahmen ergänzt werden ... Neben der Überprüfung aller Gesetzesvorschriften, die den Strukturwandel und die Eigeninitiative der Wirtschaft und der Bürger hemmen, ist vor allem das Arbeitsrecht an die Bedürfnisse neugegründeter Unternehmen in der Anlaufphase anzupassen (z.B. durch befristete Arbeitsverträge)."

Privatisierung und "Sparen" bei "staatlichem Personal"

"Wir wollen, daß die Schwerpunkte der staatlichen Ausgaben im Bereich der Investitionen liegen. Deshalb darf nicht immer mehr Geld für die Bezahlung von Schulden und für die Finanzierung des staatlichen Personals ausgegeben werden ... Eine CDU-Landesregierung wird einen produktiveren Einsatz von Beteiligungen des Landes prüfen, die Privatisierung öffentlicher Aufgaben vorantreiben und das Landesvermögen, z.B. die im Landeswohnungsbau gebundenen Mittel, für die Investitionsförderung aktivieren."

Familienpolitik statt Sozialversicherung

"Zur materiellen Unterstützung unserer Familien wird eine CDU-Landesregierung ein Landes-Familien-geld für das zweite Lebensjahr zahlen und ein Familiengründungsdarlehen gewähren ... Eine CDU-Landesregierung wird eine Stiftung 'Familien in Not' gründen. Diese Stiftung hilft durch einmalige Zahlungen jenen Familien, die durch Krankheit, Todesfall, Arbeitslosigkeit oder durch sonstige Umstände in akute Not geraten sind. Die Stiftung soll vorrangig auch dazu beitragen, Schwangerschaftskonflikte zu mildern oder zu beseitigen."

SPD-Kongreß Arbeit und Umwelt

FÜR FRIEDEN UNTER DEN MENSCHEN UND MIT DER NATUR

Am 22./23. März führte die SPD einen Kongreß der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) zum Thema "Arbeit und Umwelt" durch. Nicht zufällig in Dortmund und vor den NRW-Landtagswahlen am 12. Mai. Brandt, Vogel und Lafontaine waren zur Wahlkampfverstärkung gekommen, Jo Leinen (BBU), K.-H. Janzen (Geschf. Vorst. IGM) und K. Carl (Bundesvors. IG BSE) sollten dokumentieren, daß Arbeiter- und grüne Mittelstandsinteressen in der SPD unterkommen können. Rau will eine CDU-FDP-Regierung verhindern und kein Bündnis mit den GRÜNEN eingehen müssen. "Arbeit und Umwelt" war Wahlkampf gegen die GRÜNEN.

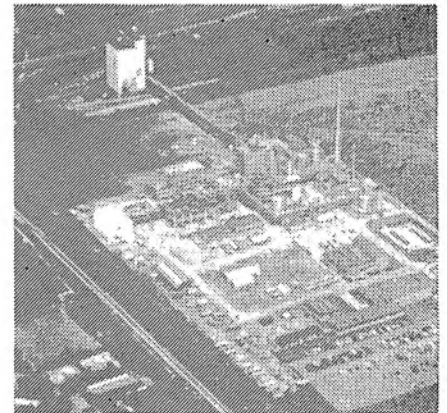
Bereits vor den Kommunalwahlen entwickelte die NRW-SPD ihr Programm von der "Solidarischen Gesellschaft", in der "jene Hilfe erhalten, die Hilfe brauchen" —, kombiniert mit einer Leistungsbilanz der SPD-Landesregierung in Sachen Umweltschutz, sozialer Politik, der es gelungen sei, sozialen Frieden trotz der Sanierung im Bereich Stahl und Bergbau zu erhalten und der Ankündigung, die noch fällige Modernisie-

rung der Industriestrukturen nicht gegen sondern, mit den Gewerkschaften durchführen zu wollen.

Inzwischen hat die Programmdiskussion der SPD Fortschritte gemacht. Die Parteibasis wurde in Dortmund mit der "ökologischen Modernisierung" vertraut gemacht. Die SPD versucht zu beweisen, daß grüne Hoffnungen und Wünsche nur mit der SPD in praktische Politik umzusetzen seien. Sie könne Arbeitsplätze sichern und neue schaffen — indem Forderungen nach Umweltschutz nicht in Konkurrenz zu kapitalistischem Wirtschaften durchgesetzt sondern zur profitablen Anlagemöglichkeit und neuen Marktchancen des Kapitals werden. Nicht utopisch durch Ausstieg aus der Industriegesellschaft, sondern "wirklichkeitsnah", im Schulterschuß mit den Gewerkschaften, die Schaffung von Arbeitsplätzen fordern und mehr "Lebensqualität". Sie sollen das ihre dazu beitragen, die Ansprüche der Lohnabhängigen im Rahmen zu halten, d.h. die ökologische Modernisierung zu finanzieren.

Rau (Ministerpräsident NRW): "Die beiden zentralen innenpolitischen Aufgaben in unserem Lande sind: ak-

tive Bekämpfung der andauernden Massenarbeitslosigkeit und Sicherung bzw. Wiedergewinnung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Beide Aufgaben sind eng miteinander verflochten; die Lösungen bedingen einander. ... Heute stehen wir vor der Aufgabe, einen neuen gesellschaftlichen Grundkonsens zu finden, der nicht auf Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts fixiert ist. Gleichzeitig sind diese Probleme aber so drängend und für viele von so existentieller Bedeutung, daß innerhalb unserer Gesellschaft die Gefahr der Polarisierung zunimmt. Wir sollten alles tun, um dieser Gefahr entgegenzuwirken."



Kohleveredelungs-Versuchsanlage. Kosten 226 Mill. DM (90% vom Land.)

Rationalisierung auf einen Standard, der der Weltmarktkonkurrenz Stand hält, sowie umfassende Modernisierung alter und Ansiedlung neuer Industrien auf technisch hohem Niveau. Rau will einen "Pakt für Zukunftstechnologien" aus "Landesregierung, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Forschung" ("Grundsätze sozialdemokratischer Kommunal- und Landespolitik"). Die Abgrenzung zu CDU und FDP beschränkt sich in diesem Punkt auf die Aussage: "Die Frage der sozialen Beherrschbarkeit neuer Technologien ist einzubinden in eine neue, umfassende Offensive der Mitbestimmung auf allen Ebenen."

Zwar übt die SPD Kritik am "Sozialabbau" der Bundesregierung — aber nur, weil sie sich um den "sozialen Konsens" sorgt. Sie verspricht "realistischen Wohlstand" — offensichtlich eine rechte Abkehr von der Godesberger Formel "Wohlstand für alle" — und sagt "soziale Hilfen" zu. Doch sie vermeidet es fast durchgängig, Ansprüche der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Klassen festzuschreiben. "Hier geht es nicht mehr um die da oben und die anderen da unten", so Rau. "Wir stehen für die Gemeinschaft derer, die Solidarität denen geben, die Solidarität brauchen." Dieser Begriff von Solidarität hat mit Klassensolidarität und mit der Entfaltung gemeinsamer sozialer Interessen nichts zu tun, viel dagegen

mit christlicher Nächstenliebe, ganz im Sinne der "Zuwendung zu den Hilfsbedürftigen" und des "neuen Gemeinns", den das CDU-Programm verspricht. Rau, dessen politische Wiege in dem der Bekennenden Kirche nahestehenden Kreis um den Alt-Bundespräsidenten Heinemann und den Landesvorstand der Evangelischen Kirche liegt, weiß wovon er redet.

Über dieses Christliche läuft eine Gemeinsamkeit von CDU, FDP und SPD, die weitgehend ist. In den "Grundsätzen ..." tritt die SPD für "Solidarität zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen" auf und meint "notwendigen Personalabbau", "Arbeitsflexibilisierung" und Lohnsenkung im öffentlichen Dienst. Zwar spricht sie sich in ihrem Programm nicht für Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen aus wie CDU und FDP. Doch ist sie sich mit CDU und FDP in der Verstärkung von Rationalisierung und Lohnsenkung im öffentlichen Dienst einig. Worms griff in seiner Rede auf dem CDU-Bundesparteitag den "überdurchschnittlichen Ausbau staatlicher Dienstleistungen" und "noch höhere Personalkosten, die wir Steuerzahler zu zahlen haben", besonders heftig an. Die Ausdehnung des öffentlichen Dienstes und die Tatsache, daß viele der "Tüftler" in NRW bisher dort unterkommen konnten, anstatt sich den Risiken einer selbständigen Existenz im unteren Bereich

auszusetzen, ist ein Hemmnis für die freie Entfaltung aller marktwirtschaftlichen Schönheiten. Daß die SPD mit den Angriffen darauf an ihrer eigenen Basis gräbt, ist ein Nebeneffekt.

Deutlich machen die Absichten der Reaktion: Ohne eine Bündnispolitik, die auf den Interessen der Arbeiterklasse fußt und die der anderen werktätigen Klassen berücksichtigt, wird der Vormarsch der Reaktion kaum zu stoppen sein. Um diese Interessen zu unterstützen, müßten die oppositionellen Kräfte — neben den GRÜNEN kandidierenden die "Friedensliste", die KPD und die MLPD — wenigstens in einigen Punkten eine deutlichere Kritik an der Reaktion entwickeln. Solche Punkte wären die Flexibilisierungs- und Lohnsenkungsabsichten der Reaktion, die Ausländerpolitik — die jetzt schon zu den übelsten Bedingungen ausgebeuteten ausländischen Arbeiter werden durch weitere Angriffe der Reaktion am härtesten betroffen — und die Politik gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Quellenhinweise: Reden und Dokumente des 33. Bundesparteitages der CDU vom 19. bis 22. März in Essen; "Arbeit schaffen, Umwelt schützen, Aufschwung sichern: Die Zukunft gewinnen", Landesprogramm 1985 der CDU NRW; Rede von Dr. Worms vor der Landesversammlung der CDU

Wie soll der Gefahr des Konflikts zwischen den Profitinteressen der Kapitalisten und dem Interesse der Werktätigen an gesunden Arbeits- und Lebensbedingungen entgegengewirkt werden?

Vogel (Vors. der SPD-Bundestagsfraktion): "Gefragt ist nach unserem Verhältnis zur Natur, also nach einer Grundbedingung unserer individuellen Existenz ... Wir sind die erste Generation in der Geschichte der Menschheit, in der sich nicht nur wie eh und je die Menschen gegen die Naturgewalten zu behaupten haben, sondern es auch umgekehrt zum Problem geworden ist, ob sich die Natur gegen die Menschengewalt ... behaupten kann. ... nicht nur die Menge unserer Eingriffe, — diese natürlich auch wegen der Bevölkerungsexplosion — auch ihre Qualität hat sich geändert." (Sternenwaffen, Gentechnologie etc.) "An nicht wenigen Stellen behandeln wir die Natur wie einen Feind. Führen wir mit ihr geradezu Krieg. Und übersehen dabei, daß wir damit Krieg gegen uns selber führen. Die Folgen sind so, wie wir sie aus Kriegen kennen. Es werden Wunden geschlagen. Und es wird gestorben. ... Wer den Frieden mit der Natur wiederherstellen will, ... der muß Beurteilungsmaßstäbe erarbeiten und konsensfähig halten. Der muß die Werte bejahen, aus denen er

die Maßstäbe ableitet."

Gestorben wird nach diesem philosophischen Husarenstück nicht etwa auf Schlachtfeldern in imperialistischen Kriegen oder vor Erreichung des Rentenalters durch Verschleiß in der Fabrik. Auch sterben die Menschen nicht auf unterschiedliche Weise und je nach Klassenlage früher oder sehr spät — die Schuldfrage ist vom Tisch. "Die Menschen" machen sich an der Natur schuldig und "die Natur" schlägt zurück. Auf den Boden der Tatsachen kommt Vogel unvermeidlich beim Problem des Friedens als Problem der Konsensbildung über umstrittene "Maßstäbe und Werte" "unter den Menschen".

Farthmann (Arbeit, Gesundheit und Soziales, NRW): "... nicht Arbeitsplätze oder Umweltschutz ist die Fragestellung, sondern Arbeitsplätze durch mehr Umweltschutz muß die Devise sein. Aber es ist natürlich nicht zu bezweifeln: Das sind keine Investitionen, mit denen Profite zu machen sind ... Wir müssen die Bereitschaft in dieser Gesellschaft zu neuer Solidarität erzeugen. Die Bereitschaft dazu, daß alle, die Arbeit haben, und vor allem diejenigen, die gut verdienen, ein Opfer bringen, damit wir die Umweltinvestitionen bezahlen und das Sozialleistungsniveau erhalten können." Z.B. durch das von der

SPD vorgeschlagene "Sondervermögen Arbeit und Umwelt", finanziert durch die Energieverbraucher. Durch den "Waldpfennig" sowie kommunale "Altlastenfonds" für die Beseitigung von Giftmüll und Grundwasserverseuchung. Ein Maßstab für den Frieden mit der Natur wäre also, die Kapitalisten nicht zu strapazieren, "Wert": die Wirtschaftskraft nicht gefährden, statt mehr Lohn bessere Luft.

Brandt (SPD-Vorsitzender): "Es ist immer gut, wenn Gewerkschaften und SPD auf Feldern nationaler Verantwortung Hand in Hand gehen ... Wir wollen nicht nur die Industriegesellschaft ökologisch modernisieren, wir wollen sie dadurch und dabei und darüber hinaus auch humanisieren ... dem Menschen zu Würde und Selbstachtung im Arbeitsprozeß verhelfen."

Der Konsens über die "Maßstäbe" und "Werte" wie von Vogel vertreten war offensichtlich nicht vorhanden. So wurde von Vertretern der Gewerkschaften das sofortige Verbot krebserregender Arbeitsstoffe wie Asbest, gesetzlich vorgeschriebene Gefährlichkeitsanalyse vor dem Einsatz neuer Arbeitsstoffe, Verweigerungsrecht bei Arbeit mit gefährlichen Stoffen verlangt. (Vortrag Janzen, IGM)

NRW am 26.1.1985; "Sag Ja! Positionen und Ziele liberaler Politik in NRW", Landespolitisches Programm der FDP; Politische Berichte Nr. 6/85; "Grundsätze sozialdemokratischer Kommunal- und Landespolitik für NRW" vom Landesparteitag März 1984; Rede von J. Rau vor dem Landesparteitag der SPD am 2.2.1985; Vortrag von Dr. Lamberts, Wiss. Direktor des RWI vor dem "Wirtschaftspolitischen Forum" der Staats- und Kommunalwissenschaftlichen Studiengesellschaft Ruhr e.V. Essen vom 15.10.1981; Fachkongreß der SPD, "Arbeit und Umwelt", Reden und "Dortmunder Thesen", 22./23.3.1985 — (alk, düb, maf, wof)



In Mensen arbeiten Frauen in Teilzeit für 8 DM Lohn/Std.

Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung

ERLEIDET DIE GRÜNE PARTEIBILDUNG EINEN RÜCKSCHLAG?

Die Wahlen in Nordrhein-Westfalen sind von wesentlicher Bedeutung für die künftige politische Entwicklung in der BRD: Verfehlen die GRÜNEN den Einzug in den Landtag, dann erleidet der Parteibildungsprozeß der werktätigen Mittelklasse als solcher einen Rückschlag. Können sie dagegen das in den Kommunalwahlen in NRW erreichte Ergebnis annähernd halten, dann wird der Prozeß der Ablösung der werktätigen Mittelklasse von der Bourgeoisie stabilisiert und werden dadurch die politischen Aussichten der Arbeiterbewegung mit günstigeren Möglichkeiten einer Bündnispolitik verbessert.

Die Wahlen in Westberlin und im Saarland zeigen, daß die Gefahr besteht, daß die Mittelklasse zu bedeutenden Teilen auf einem konservativ-liberalen Pfad ins Bündnis mit der Bourgeoisie gehen könnte, was zu einer Stärkung der Reaktion führen würde, andererseits aber auch die Möglichkeiten, auf einem sozialliberalen Pfad die Suche nach einem Klassenkompromiß im Rahmen einer ökologisch angefärbten SPD à la Lafontaine zu veranstalten, keineswegs erschöpft

sind. Beides zusammengekommen könnten dann die Kräfte für eine eigene Parteibildung in Abgrenzung gegen den konservativen Liberalismus und Reformismus nicht mehr ausreichen.

Die Reaktion will's probieren, ob sich die in Westberlin und im Saarland von der FDP erfolgreich durchgeführte Mobilisierung bei "alter" und "neuer" Mittelklasse wiederholen läßt, um die Regierung Rau abzulösen. Die SPD dagegen scheint darauf zu spekulieren, durch Stimmenwerbung unter dem GRÜNEN-Potential in NRW das Ergebnis vom Saarland wiederholen zu können.

Wenn auch kein mathematisch enger Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Prozessen — Änderungen der Klassenzusammensetzung und der Stellung der Klassen zueinander — und der Parteienbildung und -entwicklung besteht (etwa nach dem Muster: 15 Prozent lohnabhängige Mittelklasse = 15 Prozent GRÜNE-Wähler), so ergibt die Untersuchung doch wichtige Hinweise über die Anhangsbildung bei der SPD und vor allem der FDP aufgrund sich ändernder sozialer Interessen.

In den Schaubildern unten ist ein Vergleich der Einkommenslage verschiedener Gesellschaftsschichten in NRW mit der im Bundesdurchschnitt angestellt und zur Erinnerung nochmals der im vorigen Heft veröffentlichte Vergleich zu Westberlin abgedruckt (dort waren auch die entsprechenden Ergebnisse für das Saarland zu finden). Danach wären typische Unterschiede:

– Nirgendwo tritt – 1980 – so verbreitet in den unteren Einkommenszonen die "selbständige" Existenz, die auf verschiedenste Weise ihr Leben fristet, auf wie in Westberlin.

– Für das Saarland typisch ist in diesem Bereich der Armut dann doch eher Haus (und Hof), alle Arten von Kleineigentum.

– In NRW fällt auf, daß derartige Existenzen weniger vorkommen, daß insgesamt die unteren Einkommen im Vergleich zum Bund eher unterdurchschnittlich vertreten sind. Das dürf-

ten durchaus Spuren einer "sozial" gezeichneten Beschäftigungspolitik sein: z.B. durch die Einstellungspolitik der Kommunen wie auch vielleicht durch vergleichsweise geringere Privatisierung u.ä.

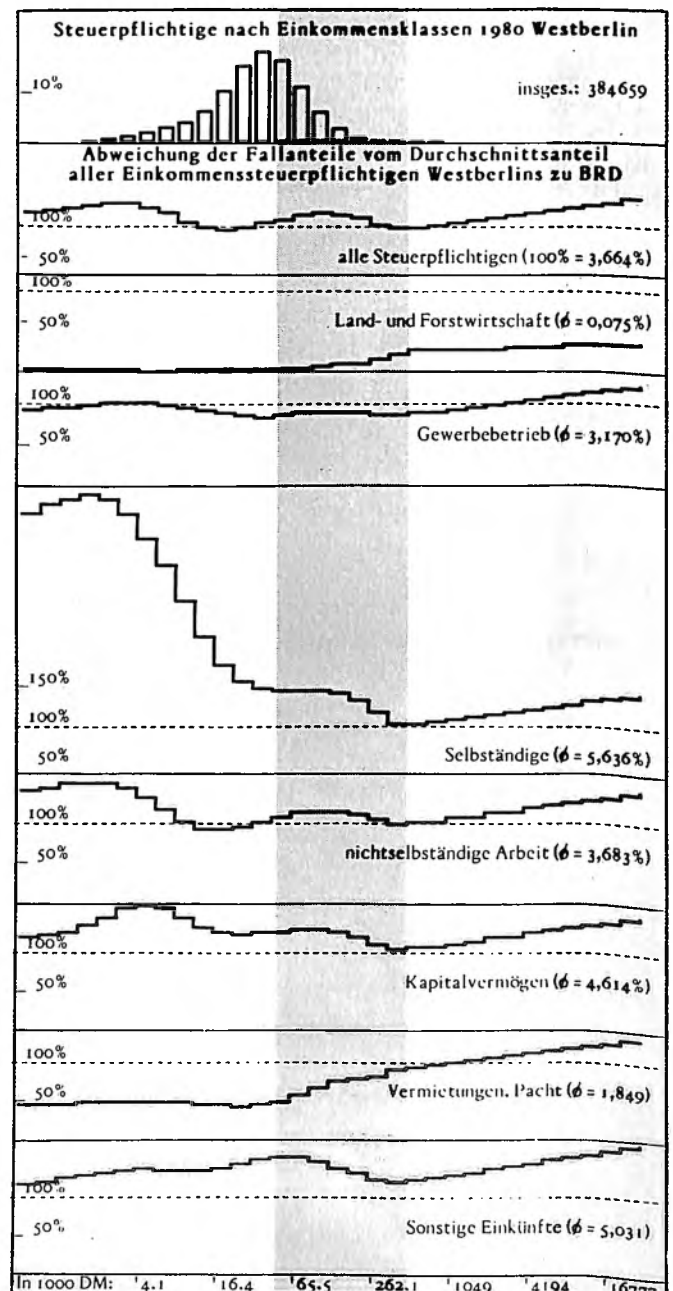
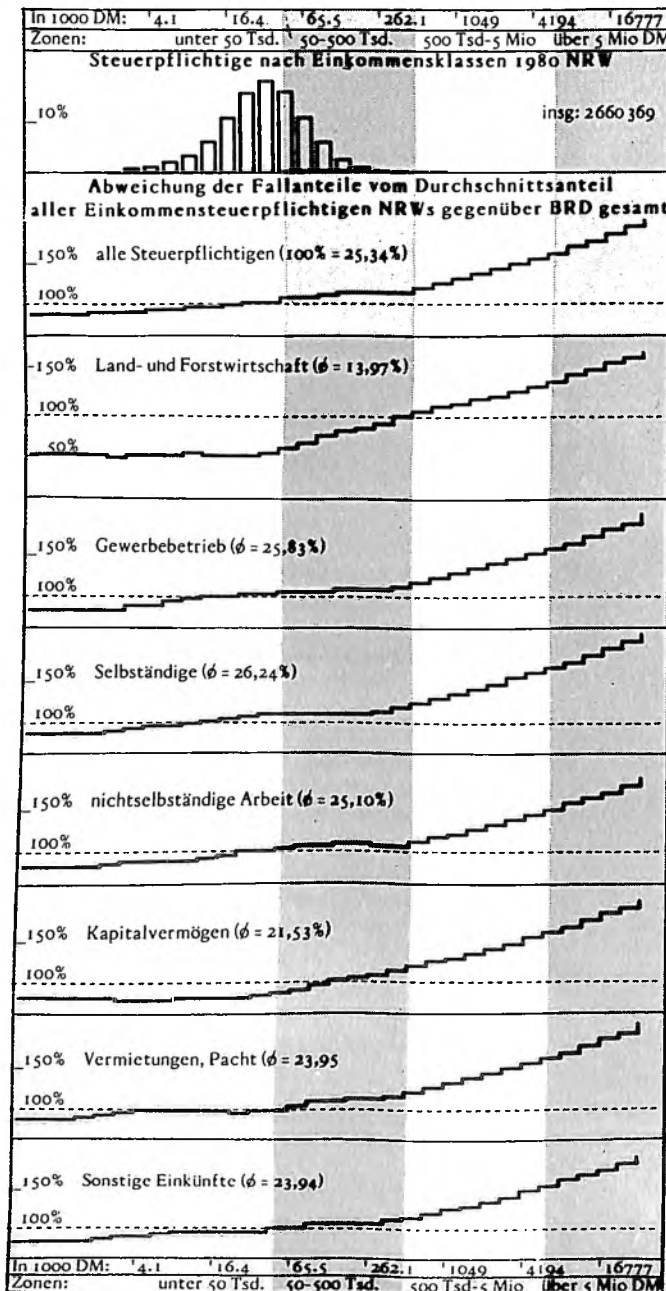
Die deutlich überdurchschnittliche Belegung bei den Einkommen der tatsächlich Reichen, die in NRW bei allen Arten von Einkünften vorkommt, mag sich durch die industrielle Struktur mit im Schnitt größeren Betrieben erklären, was sich nicht nur bei den Gewerbetreibenden, d.h. den Kapitalisten, bemerkbar macht. Auch der Geschäftsführer eines Großbetriebes kriegt mehr; so erscheint das Einkommen aus nichtselbständiger Arbeit in der obersten Bereichen ebenfalls überdurchschnittlich.

Nach diesen – aus den Daten von 1980 gezogenen – Hinweisen würde man sagen: Die GRÜNEN, die besonders in der von ihnen untrennbaren "autonomen" Komponente durch die

dauernden Degradierungsprozesse der kapitalistischen Gesellschaft an ihre unsichere Existenz stets gemahnt und gestoßen werden, finden solche Anhaltspunkte in NRW nicht so gut. Das Vermögen ist sicherer, weil größer, die Degradation des (besitzenden) "Mittelstandes" schwächer, die Differenzierung zu den übrigen Gesellschaftsschichten mehr "klassisch", d.h. mehr geprägt durch Einkünfte nicht aus Lohnarbeit, sondern aus Vermögen, die zudem im Durchschnitt höher als sonstwo liegen.

Die Bindung der Mittelklasse an die bürgerliche Gesellschaft ist dementsprechend ein bißchen fester (das macht z.B. verständlich, wieso Otto Schily seinen Wirkungskreis von Westberlin nach NRW verlegte).

Die (wahrscheinlich) "bessere" Sozialpolitik wird nicht nur auf sozialdemokratisches Wirken, sondern auch auf christliches zurückzuführen sein. Vieles (auch bei den GRÜNEN stammt



so manche(r) aus Bethel) trifft sich hier im "Sozialen".

*

Nun sind das Ergebnisse und Einschätzung aufgrund der Daten von 1980, also noch vor den letzten Landtagswahlen in NRW. Aktuellere Hinweise liefern Vergleiche der Bruttoeinkommen von Arbeitern und Angestellten in Industrie und Handel zwischen Oktober 1982 und Oktober 1984 (in etwa also für den Zeitraum seit dem Regierungswechsel in Bonn), entnommen aus der Effektivlohnstatistik.

Obwohl wichtige Daten zur genaueren Beurteilung der gesamten sozialen Prozesse dabei fehlen – so sind in den Lohnstatistiken nicht die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes enthalten, die Einkommensentwicklung von Rentnern und Sozialleistungsempfängern ist ebenfalls nicht bekannt –, so können in dieser Statistik doch einige weitere Anhaltspunkte zur Beurteilung der Erfolgsaussichten der Propagandabemühungen der verschiedenen Parteien gefunden werden.

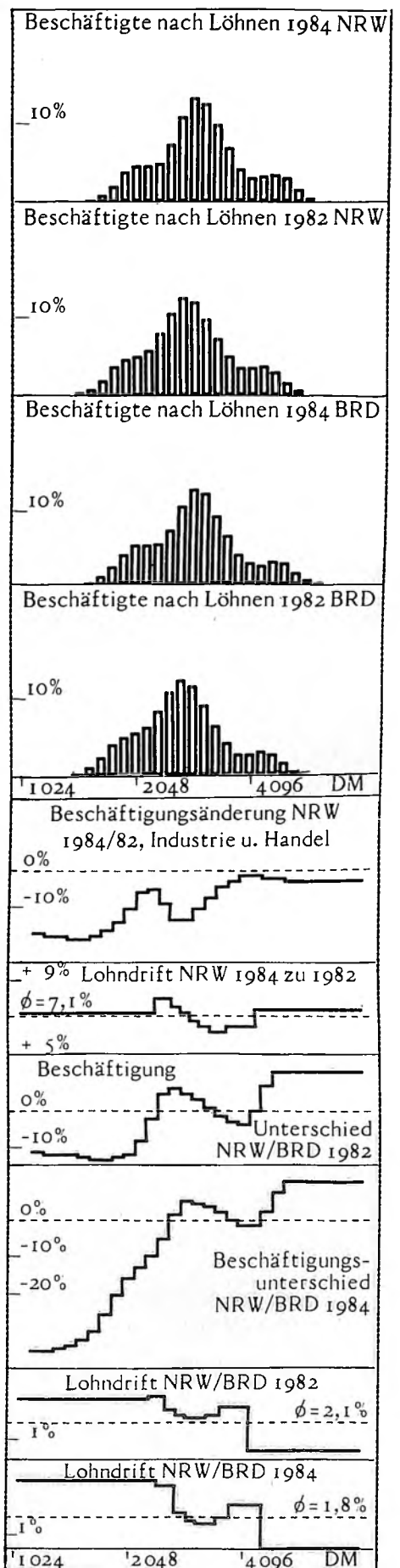
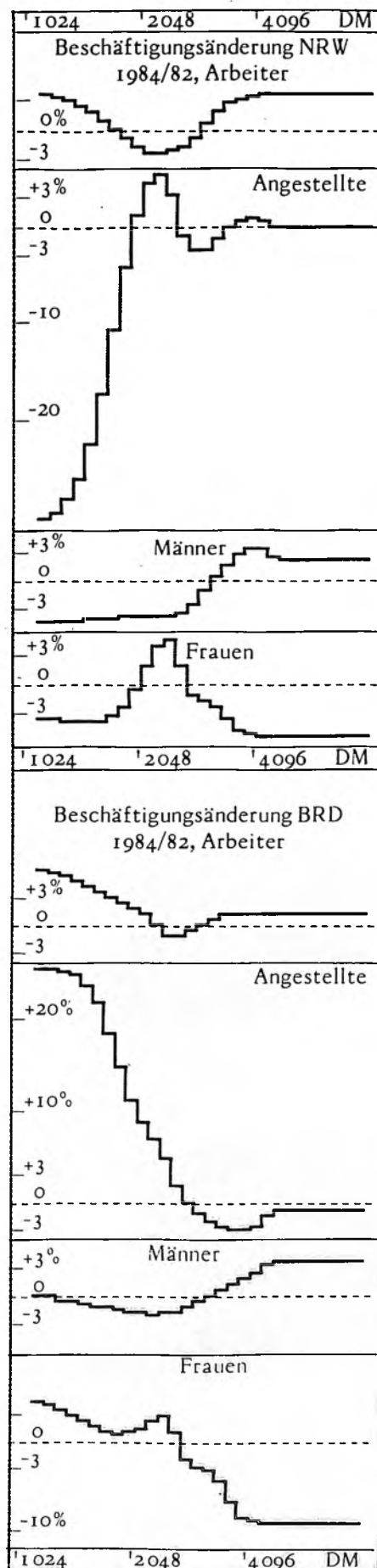
– Festzustellen ist eine Differenzierung im Niedriglohnbereich. Die Verteilung der (Vollzeit-)Beschäftigten nach Effektivlöhnen sowie die Beschäftigungsveränderungen weisen auf die Vertiefung des Unterschieds zwischen dem "besserverdienenden" Facharbeiter und den "Hilfs"arbeitern (bzw. der entsprechenden Kategorie bei Angestelltenberufen) hin.

– Die Ausdehnung der Frauenbeschäftigung bei himmelschreiend niedrigen Löhnen läßt die "Frauenfrage" als Einzug weiblicher Arbeitskraft für jede Drecksarbeit erscheinen und macht jedenfalls die Grenzen "sozialer" Beschäftigungspolitik deutlich.

– Die Innovationsideologie, mit der die CDU/FDP in Westberlin bzw. im Süden landet, findet bis jetzt in NRW weniger Anhaltspunkte: Wäre das so, dann müßten, wie sonst im Bundesdurchschnitt der Fall, die Beschäftigungsveränderung im hochqualifizierten (männlichen) Angestelltenbereich stärker positiv sein.

Alles zusammengefaßt, sind die Schwierigkeiten des Parteibildungsprozesses der GRÜNEN in NRW in den letzten Jahren nicht geringer geworden. Hier könnte sich rächen, daß die ideologische Abgrenzung gegen den Liberalismus schwach entwickelt ist und gegenüber einer sozialdemokratischen oder christlich geprägten Strömung der Sozialreform eine grüne Partei als nicht so nötig erscheinen mag (zumal sie in NRW sich selbst für eine Koalition mit der SPD ausgesprochen hat).

Quellenhinweis: Statistisches Bundesamt, Einkommensteuerstatistik 1980; ders., Arbeitnehmerverdienste in der Industrie, Angestelltenverdienste in Industrie und Handel, jew. Okt. 1982 u. 1984



Die Schaubilder sind aus der Effektivlohnstatistik 1982 und 1984 jeweils Oktober errechnet. Die Durchschnittslöhne/gehälter betrugen:
 1982: NRW: 2977 DM; BRD: 2915 DM
 1984: NRW: 3188 DM (+7,1%); BRD: 3188 (+7,5%)



Weltwirtschaftsgipfel

Eine Schuldenlast ohnegleichen lastet heute auf den Staaten der Dritten Welt. "Leistung muß sich wieder lohnen" – dieser Schlachtruf der Imperialisten gegen die Arbeiter ihrer Länder bedeutet für die arbeitenden Klassen in den Staaten der Dritten Welt: der Zins muß gezahlt werden! Über 100 Mrd. Dollar strichen die imperialisti-

schen Gläubiger der Dritten Welt schon 1982 als Zins und Schuldentilgung ein, inzwischen dürften es – durch hohen Dollarkurs und hohe US-Zinsen – weit mehr sein. Eine unerträgliche Brutalisierung der Ausbeutungsverhältnisse in der Dritten Welt ist die Folge. Wie diese "internationale Arbeitsteilung" gesichert werden kann, ist Hauptthema auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Bonn.

PLO: Lage im palästinensischen Befreiungskampf

Widersprüchliche Versionen und Interpretationen der Übereinkunft zwischen Arafat und Hussein, allerlei diplomatische Verrenkungen und Offerten arabischer Staatschefs gegenüber den USA und Israel, trotzdem: Nein zu Verhandlungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO, Nein zu einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz. Die Sowjetunion geht auf erhebliche Distanz zur PLO. Innerpalästinensische Versöhnungsversuche scheinen gescheitert. Verwundbar ist Israel offenbar allein im Guerillakrieg im Südlibanon. Doch welche Rolle spielt dabei die PLO? Hat die Niederlage im Libanon die PLO an den Rand der Vernichtung gebracht?



Kasernenunterdrückung

Augustdorf (Kreis Lippe), größter Kasernenstandort im Bundesland Nordrhein-Westfalen: ein faschistischer Leutnant wird befördert, ein Panzergrenadier wird wegen Beteiligung an einer Friedenskundgebung in Uniform diszipliniert. – Wir werden in einer Reportage über die Schleiferei und Schikanen an den Soldaten zur Abrich-



tung auf den Krieg berichten. Unglaublich lange Dienste ohne entsprechenden Dienstaustausch für den Truppenübungsaufenthalt in Bergen-Hohne. Die Kasernenführung reagiert nervös auf die Veröffentlichungen in der Soldatenzeitung "Rührt Euch", die in Augustdorf verteilt wird. Offiziere verbieten das Lesen der Zeitung oder lassen sie in einer Ausbildungskompanie wieder einsammeln.

Friedensvertrag: Diskussion in der politischen Opposition

In Teilen der politischen Opposition wird in den letzten Monaten über die Bedeutung eines abzuschließenden Friedensvertrages diskutiert. Bei SPD und Grünen machen sich Positionen breit, die mit der Forderung nicht auf die Anerkennung der bestehenden Grenzen drängen, sondern die Blockkonfrontation auf deutschen Boden überwinden und einen deutschen Staatenbund gründen wollen. DKP, VVN/BdA und andere wenden sich zu Recht gegen solche Positionen, die die Stellung der BRD stärken würden. Für sie gibt es dagegen keinen nennenswerten Stoff für einen Friedensvertrag. Sie sprechen davon, daß sich BRD und DDR seit den 60er Jahren auseinandergelebt hätten.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.
Politische Berichte sowie ein Nachrich-

tenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM. Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57
Postscheckkonto Köln,
Konto-Nr. 104 19-507
Bankleitzahl 370 100 50

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Sozialstatistik: Alfred Küstler; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Spezialberichte: Ulrike Detjen. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.